

## **Anhörung der Fraktion DIE LINKE zur bevorstehenden Haushaltsdebatte**

**Dora Heyenn (Fraktionsvorsitzende):** Ja, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich sehr und begrüße Sie alle und euch alle im Namen der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft zu unserer heutigen Anhörung zur bevorstehenden Haushaltsdebatte, die wir in den Ausschüssen schon intensiv führen und im Dezember mit einer dreitägigen Beratung abschließen wollen.

Bekanntlich ist DIE LINKE die einzige Partei, die in allen Ländern und auch in Hamburg gegen die Schuldenbremse ist. Wir vertreten die Auffassung, was man mit einer Zweidrittelmehrheit in die Verfassung reinschreiben kann, das kann man auch wieder rausschreiben. Und wir erleben zurzeit, dass die Wohlfahrtsverbände, dass aus der Wirtschaft, aus den Gewerkschaften die Kritik an der Schuldenbremse immer höher wird, insbesondere auch deswegen, weil die Einnahmeseite nicht richtig in den Blick genommen wird. Ich möchte in diesem Zusammenhang erinnern an das, was vor einigen Wochen der Vorsitzende von ver.di gesagt hat, der Herr Bsirske, der hat darauf hingewiesen, dass, wenn wir die Steuergesetzgebung von 1997 hätten, dann wären jährlich 50 Milliarden Euro mehr im Haushalt. Und deswegen hören wir natürlich nicht auf, Steuergerechtigkeit zu fordern. Und worauf wir jetzt uns konzentrieren müssen, ist, welche Auswirkungen haben die Kürzungsvorschläge des Senats in den einzelnen Bereichen. Deswegen haben wir Sie eingeladen und freuen uns auf Ihre Anregungen und auf Ihre Einzelfälle, die Sie uns darlegen. Ich bin nur die Fraktionsvorsitzende, unser Spezialist für Haushalt ist Norbert Hackbusch, und dem übergebe ich jetzt das Wort. Ich freue mich, dass Sie da sind.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Ja, vielen Dank, Dora. Mein Name ist Norbert Hackbusch, ich begrüße Sie und euch hier herzlich. Die erste Klippe ist ja schon dadurch überstanden, dass man es geschafft hat, an der FDP, am Herbstempfang, vorbeizukommen. Das ist halt Herbst bei denen. Bei uns ist noch nicht so richtig ...

(Zwischenrufe)

Ich ahnte schon wieder, dass Bestimmte doch anfällig sind für solche kleinen Angebote, die es da oben gibt. Ich meine, wir können natürlich auch das Buffet in einer Stunde dort plündern gehen. Vielleicht ist das auch die richtige Antwort dann.

Also, von daher, vielen Dank, dass so viele den Weg gefunden haben. Wir machen heute ja etwas, dass wir gesagt haben, in diesem Haus wird gegenwärtig der Haushalt diskutiert, und zwar sehr intensiv, und zwar an verschiedenen Punkten und mit verschiedenen Zahlen. Und jeder, der sich damit beschäftigt hat und sich den Haushalt angeguckt hat, ist erst mal verwirrt. Schon deswegen, weil alles umgestellt worden ist auf Doppik, das ist das eine, für die Spezialisten unter euch, unter Ihnen. Das Zweite ist aber auch, dass es immer natürlich sehr abstrakt vorgestellt wird und abstrakt diskutiert wird.

Ich will mal sagen, wie das, was die meisten von euch oder von Ihnen betrifft, wie das gegenwärtig formuliert wird, dass es natürlich keinerlei Kürzungen gibt im Hamburger Haushalt, sagt der Senat. Keine einzige. Sondern das Einzige, was es

gibt, dass das Aufwachsen begrenzt wird, das Aufwachsen der Zahlen. Das ist der Begriff, mit dem er gegenwärtig irgendwie agiert, das Aufwachsen der Zahlen wird begrenzt. Wir finden das einen großen Zynismus, weil es sich praktisch mit der Wirklichkeit nicht beschäftigt. Das ist so ähnlich wie, dass gegenwärtig alle sagen, wir haben doch einen gefühlten Aufschwung in der Wirtschaft seit mehreren Jahren, und wir alle merken, die damit nicht so zu tun haben mit den Aktien und Ähnlichem, dass es irgendwie bei uns in der Tasche nicht ankommt. Und so ähnlich ist es mit der Begrenzung der Aufwüchse.

Wir haben deswegen eingeladen heute hier dazu, dass wir aus den verschiedenen Bereichen – und da bin ich ganz froh, dass eben viele das auch gerne darstellen wollen – dass aus den verschiedenen Bereichen wir versuchen zusammenzutragen, was bedeutet denn das, dass die Aufwüchse nicht mehr ... dass die begrenzt werden. Dass wir das praktisch an den einzelnen Punkten uns genauer ansehen. Wir haben uns dazu Folgendes überlegt. Wir werden das Ganze eben auch, das ist ja die wichtige Auswirkung, als eine öffentliche Anhörung machen, und dafür war uns einerseits wichtig, dazu einzuladen, aber wir werden auch jeden Beitrag mitschneiden, um damit in der Lage zu sein, praktisch dann auch, wenn nicht irgendjemand sagt, er möchte das lieber nicht so sehr in der Öffentlichkeit, dann kann er gerne zu uns kommen und sagen, wir verteilen das dann nicht nach außen. Aber wir wollen damit auch gerne nach außen treten, damit wir auch die einzelnen Beispiele machen. Wir werden die verschriftlichen und eben nach außen zeigen, dass diese Diskussion, die hier stattfindet gegenwärtig über den Haushalt in der Hamburgischen Bürgerschaft, zynisch ist.

Von daher ist das das Wichtige, was wir eben heute hier machen wollen. Wir werden nach einer gewissen Logik darstellen, dass wichtig ist eben uns auch, dass hier eben aus völlig verschiedenen Bereichen verschiedene Menschen eben da sind, und das ist für uns auch aus einem anderen Grund wichtig, weil wir festgestellt haben, dass es natürlich leicht so eine Situation gibt, dass der eine Bereich gegen den anderen ausgespielt wird. Die Situation nach dem Motto „Gerade bei uns ist es doch besonders schwer, man kann doch in bestimmten anderen Bereichen kürzen.“ Das ist ein einigen Bereichen ja völlig richtig. Bei Elbphilharmonie. Das ist so, dass wir als LINKE durchaus sagen, wir wollen eine Aufgabenkritik haben, wir sind nicht der Meinung, dass alles, was dieser Senat ausgibt, richtig ist. Aber wir sagen trotzdem, dass wir insgesamt mit dem Geld, was wir hier zur Verfügung haben, nicht auskommen und dementsprechend die Schuldenbremse, die gegenwärtig eingeführt worden ist, nichts anderes ist als das, was sie den Reichen geschenkt haben in den letzten zehn Jahren über die Steuergesetzgebung, dass sie das jetzt bei den sozialen und kulturelle Projekten in dieser Stadt wieder reinholen wollen. Das ist Klassenkampf von oben, dagegen müssen wir uns wehren, und das ist das Entscheidende, was unsere politische Auseinandersetzung davon ist.

Von daher finde ich es auch sehr gut, wenn wir die einzelnen Beispiele haben und wir auch von den einzelnen eben auch hören, dass man nicht so allein dasteht mit seiner Kürzung und dass es eben auch notwendig ist, die Politik grundsätzlich ja zu verändern und auch darüber hinaus über den einzelnen Bereich.

Das sind so die beiden Hintergedanken, die wir dabei haben. Wir sind ja immer sehr offen darin, dass wir die auch von vornherein sagen. Deswegen sind wir so froh, dass so verschiedene Menschen eben auch hier sind. Und wir werden

dementsprechend die Situation so machen, dass im Wesentlichen die Menschen von den verschiedenen Verbänden – ich werde sie dann ja einzeln auch aufrufen – praktisch diejenigen sind, die vor allen Dingen das Wort hier führen sollen. Wir als Abgeordnete oder eben auch die Zuhörer, wir können Fragen stellen, wir sollen aber nicht das Hauptwort führen. Das Wichtige ist, dass wir andere eben zu Wort kommen lassen. Das ist auch die wichtige Aufgabe, die wir hier haben.

Soweit. Jeder bekommt für seinen kurzen Vortrag fünf Minuten. Es sollte möglichst gesungen werden. Na ja, das stimmt nicht. Also, man darf es gerne mit normalen Worten eben hier formulieren. Wir zeichnen das auf, wenn nicht irgendjemand sagt, er möchte das nicht so gerne. Deswegen würde ich auch gerne, dass am Anfang man kurz seinen Namen sagt und wen man hier repräsentiert, damit wir das auch gut aufzeichnen können und verbreiten können.

So, habe ich jetzt irgendwas Wichtiges vergessen? Ach ja, dafür muss man immer, dafür sind so schöne Mikrofone da, man muss einmal draufdrücken. Für die parlamentarisch Erfahrenen, die wissen das, aber einige sind vielleicht noch nicht so erfahren. Oder man darf sich auch hier vorne hinstellen, wenn man möchte, weil das ein bisschen erhabener ist und für das Kreuz auch besser ist.

So, soweit. Wenn ich nichts vergessen habe, fangen wir jetzt einfach mal an, und zwar als Erstes Bettina Reuter – Wo ist sie denn eigentlich? Ah. – von der Ambulanten Hilfe Hamburg. Bitte sehr. Da ist das Mikrofon, einmal draufdrücken, und wenn es leuchtet, ist alles in Ordnung.

**Frau Reuter:** Ja, guten Tag. Mein Name ist Bettina Reuter, ich bin vom Verein Ambulante Hilfe Hamburg e.V., wir betreiben eine soziale Beratungsstelle für Wohnungslose in Altona.

Seit 2012 sind die von der Sozialbehörde bewilligten Zuwendungen eingefroren. Es werden keine Energiekostensteigerungen, Mieterhöhungen und andere Preissteigerungen mehr berücksichtigt. Für das Jahr 2014 fehlen uns circa 25.000 Euro, allen sieben sozialen Beratungsstellen in Hamburg zusammen fehlen etwa 100.000 Euro. Auch Tarifsteigerungen werden nicht berücksichtigt, gegebenenfalls nach Haushaltslage im Nachhinein bewilligt. Für 2013 erhielten wir die Tarifsteigerung erst im August diesen Jahres. Für 2014 wurde uns die nachträgliche Bewilligung der Tariferhöhung inzwischen mündlich zugesagt. Ein finanzieller Ausgleich soll durch die Bewirtschaftung einer halben Sozialarbeiterstelle hergestellt werden. Aufgrund dessen mussten unsere Hilfeangebote stark eingeschränkt werden.

Der Zulauf von Hilfesuchenden wird immer größer, der Beratungsbedarf nimmt stetig zu. Durch die Stellenvakanzen können wir hilfesuchenden Menschen die notwendige Unterstützung leider nicht mehr zeitnah genug anbieten.

In Altona konnten wir circa 176 Menschen nicht in die längerfristige Hilfe gemäß Paragraph 67 bis 69 SGB XII aufnehmen. Das waren 80 Fälle mehr als im Vorjahr. Wir müssen Menschen abweisen, die von den Fachstellen an uns vermittelt werden. Wegen ihres drohenden Wohnungsverlustes werden die Menschen zu uns geschickt. Unsere Beratungskapazitäten sind leider ausgeschöpft. Desgleichen können wir Obdachlose, die über die offene Sprechstunde oder die Straßensozialarbeit erreicht

werden, manchmal erst spät aufnehmen, manchmal gar nicht. Auch in der offenen Sprechstunde können weniger Menschen beraten werden, weil das Angebot zeitlich reduziert werden musste. In Altona waren es bereits 200 Menschen weniger in diesem Jahr.

Begleitungen von Klienten und Klientinnen zu Ämtern, Vermietern oder anderen Institutionen sind nur noch selten möglich. Die telefonische Erreichbarkeit musste eingeschränkt werden, dadurch sind Erstkontaktaufnahmen und Anfragen erschwert. Auch für die Straßensozialarbeit steht weniger Zeit zur Verfügung, weil wir oft personell unterbesetzt sind.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeuten die Sparmaßnahmen verringerte Fortbildungsmöglichkeiten, das heißt, die Qualitätssicherung wird stark eingeschränkt. Die Gelegenheit zu konzeptionellem Austausch mit Kolleginnen und Kollegen bei Fachtagungen auf Bundesebene entfällt völlig. Die Sparmaßnahmen führen dazu, dass jährlich mehr als 1.000 hilfebedürftige Menschen in Hamburg ihren Rechtsanspruch auf Hilfe nach Paragraph 67 bis 69 SGB XII nicht realisieren können. Viele verlieren zum Beispiel ihre Wohnungen, weil wir ihnen dringend notwendige Hilfen nicht anbieten können. Die Verhinderung eines Wohnungsverlustes ist für die Stadt Hamburg deutlich kostengünstiger als die Beseitigung von Wohnungslosigkeit.

Die Beratungsstellen helfen der Stadt, Kosten zu sparen. Sie sollten daher ausgebaut werden, anstatt kaputtgespart zu werden. Soweit.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Vielen Dank. Wir haben jetzt die Möglichkeit, Fragen dazu zu stellen, wenn direkte Verständnisfragen da sind. Als zweite Anregung von mir, wir würden natürlich auch immer gerne hören, auf der einen Seite, wie die Situation ist, und das Zweite interessiert uns natürlich auch sehr, gibt es eigentlich Formen oder, wollen wir mal sagen, gibt es schon so etwas wie einen Widerstand dagegen oder hat man irgendwelche Erfolge gehört. Meinetwegen, ich habe eben rausgehört, mündlich wurde immerhin eine Verbesserung zugesagt. Wie hat man die geärgert, dass man in der Lage war, dass sie eine mündliche Zusage dazu gemacht haben? So etwas würde mich einfach auch interessieren, auch bei allen anderen. Hat man irgendwelche Erfolge auch im Streit in der letzten Zeit gehabt?

**Frau Reuter:** Also, wir sind seit sehr langer Zeit, also nicht erst dieses Jahr, auch schon in den Vorjahren, intensiv in Gesprächen mit der Sozialbehörde dran, sage ich mal. Mal kommen sie zustande, mal weniger. Und insofern haben wir da schon versucht, so eine Gesprächsebene herzustellen, auf der wir das dann auch, unsere Sorgen und unsere Nöte, auch transportieren können.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Vielen Dank. Sehe ich noch andere Fragen? Sehe ich nicht. Wir haben ja auch sehr viele, von daher bin ich auch darüber nicht unglücklich. Als Nächstes möchte ich zu Wort kommen lassen René Claire, mit diesem schönen Namen.

(René Claire: René!)

Ja, Entschuldigung, ich werde es ... Wir können ja noch ein paar Sprachübungen versuchen. Ja, beim nächsten Mal strengere ich mich mehr an.

**Herr Claire:** René Claire, Straßensozialarbeit ... Doch, doch, ich höre mich durch den Lautsprecher. Soll ich näher rangehen? Ich bin noch nicht so geübt, gebe ich zu, ja. So. René Claire, Straßensozialarbeit Neuwiedenthal. Ich sitze aber hier nicht für die Straßensozialarbeit Neuwiedenthal, sondern für die Landesarbeitsgemeinschaft für Straßensozialarbeit hier in Hamburg. Das ist eine lose, freie, freiwillige Vereinigung aller kommunalen und freien Träger, die sich irgendwie im Bereich der Straßensozialarbeit hier in Hamburg tummeln. Ich würde mal, ich weiß es nicht ganz genau, die Zahl, aber wir sind 30, 35 Einrichtungen. Dazu gehören Einrichtungen wie zum Beispiel das Drob Inn, das Park-In, das Kids Sidewalks(?), ihr seid auch über eure Beratungsstelle mit vertreten, die Straßensozialarbeit hier im Innenstadtbereich, die zum Diakonischen Werk gehört, gehört dazu und halt eben auch alle bezirklichen, also sprich kommunalen, Straßensozialarbeiterdienststellen. Ja, und dafür bin ich hier.

Seit etlicher Zeit beschäftigen wir uns damit, insbesondere jetzt noch mal ausgelöst oder wir haben das, denke ich, auch mit angeschoben durch viele Gespräche, mit der Großen Anfrage der CDU, die ja auch beantwortet worden ist, und jetzt im Nachklapp die große Kleine Anfrage von der FDP, die dann vom Senat auch beantwortet worden ist. Und dazu haben wir natürlich auch Stellung genommen, und ich habe das hier auch schriftlich, ich kann das euch dann auch geben. So, (...) dann einfach mal vor.

Also, wir tun uns mit der Antwort des Senates da schon sehr schwer, weil wir das so sehen, dass die Zahlen, die da vorgelegt worden sind, aus unserer Sicht schlicht Augenwischerei sind. So zum Beispiel, dass die Anzahl der Beschäftigten in dem Arbeitsfeld mit 149 angegeben ist, das halten wir ... Schön wäre es, wenn es so wäre. Schön wäre es, wenn es so wäre, ist aber keineswegs so. Wir zählen so für uns lediglich 62 Vollzeitstellen für die kommunalen wie auch für die freien Träger.

Was uns besonders natürlich auch umtreibt, ist einfach der Stellenabbau so, der seit 2010 so klammheimlich betrieben worden ist, obwohl wir ja relativ viele Einrichtungen sind und zumindestens die Freien Träger ja auch versuchen, über die Verhandlungen im Rahmen der Rahmenzuweisung und so weiter da zu sichern, was irgendwie geht. Können wir im kommunalen Bereich natürlich gar nichts machen, weil, wir sind da weisungsgebunden und es geht immer nach dem Motto „Friss, Vogel, oder stirb!“. So, und es ist einfach so, dass seit 2010 fast 12 Prozent der Stellen abgebaut worden sind. So. Und, wie gesagt, da redet fast keiner davon. Das hat aber natürlich ganz konkrete Auswirkungen, wenn wir die Ansprüche, die wir an die Straßensozialarbeit selber haben, und zwar sind wir auch organisiert in der Bundesarbeitsgemeinschaft Straßensozialarbeit, haben da bestimmte Standards festgelegt für die Straßensozialarbeit, dass zum Beispiel jede Dienststelle mit mindestens zwei Mitarbeitern ausgestattet ist. Passiert ist aber hier, dass es zum Beispiel in solchen vielleicht nicht ganz einfachen Stadtteilen wie St. Pauli, Karolinenviertel, Schanzenviertel, es überhaupt keine kommunale Straßensozialarbeit gibt beziehungsweise in St. Pauli die Dienststelle einfach ersatzlos gestrichen worden ist. Solche Sachen passieren oder sind passiert.

Das hat schon 2002 ... Das geht schon über einen relativ langen Zeitraum. Man muss das vielleicht so geschichtlich noch mal so sehen. In den Achtziger- bis vielleicht günstigstenfalls erste Hälfte Neunzigerjahre gab es so einen Schwung Straßensozialarbeit und überall musste etwas sein. Bei uns im Stadtteil war das so,

es gab diesen fürchterlichen Tod von Mirco und daraufhin wurde der ganze Stadtteil wirklich mit sozialen Einrichtungen im positiven Sinne zugesperrt und es passiert etwas und es hatte auch positive Ergebnisse. Aber seitdem passiert halt auch eben nichts mehr und wird auch einfach die Mitarbeiter zurückgefahren. Für uns, also auch Harburger Sicht, finde ich ganz problematisch zum Beispiel im Harburg-Kernbereich, Sigi Kaiser ist da ganz alleine. Das finde ich völlig untragbar, der ist zuständig für 100.000 Einwohner. Ja? Und hat das Phönix-Viertel, hat Heimfeld-Nord und sonstige schwierige Arbeitsfelder da. Und hat dann ein mini-, das muss man sich wirklich mal angucken, minikleines Büro im HDJ in der Steineckestraße. Das ist unerträglich. Es ist wirklich nicht nur sparmäßig, sondern es ist jetzt schon alles unerträglich.

Und wir haben – ich mache mal eben weiter – da natürlich auch mal geguckt, wo gibt es eigentlich ... wo gibt es Lücken, also so in den einzelnen Stadtteilen. Und da gehören solche stark belasteten Stadtteile wie Rothenburgsort, Veddel, Iserbrook, Wilhelmsburg, Sülldorf, Bahrenfeld, Mümmelmannsberg, Billstedt, Lohbrügge, Barmbek, Fuhlsbüttel und Harburg, also eigentlich überall. Also alles, was irgendwie schwierig ist in Hamburg, da ist von der Straßensozialarbeit kein Mensch mehr.

Und was ich auch beobachte oder wir in Neuwiedenthal halt beobachten, wir sind ganzteil(?) eben auch so ein bisschen oder entwickelt sich klammheimlich, dass wir so Ausfallbürge für den ASD sind. So wenn ich gucke, wie viel Zeit ich noch habe tatsächlich, durch den Stadtteil zu gehen, obwohl wir befreit sind von Aktenführung, von Vermerkeschreiben, von JUS-IT und so weiter, sind wir trotzdem damit beschäftigt, von Anträgen und umfangreichem Arbeitskatalog – habe ich auch schriftlich dabei, könnt ihr auch haben – alles zu machen, was ich mir so vorstelle, was eigentlich ein Allgemeiner Sozialer Dienst machen sollte. So. Und ich läster immer ab, vielleicht tue ich den Kollegen ein bisschen weh, die können auch nichts dafür, aber das ist eigentlich nicht Allgemeiner Sozialer Dienst, sondern das ist die Abteilung Hilfe zur Erziehung. So, und das, was eigentlich gebraucht wird, nämlich Präsenz im Quartier und wirklich da, wo die Menschen sind, und da, wo die Sorgen und Nöte der Leute sind, da ist einfach keiner mehr. Es ist einfach keiner mehr da.

Und das ist jetzt auch nicht nur Geschnacke und weil es hier um Spargeschichten geht, sondern weil wir tagtäglich merken, zu uns kommen Leute, völlig außerhalb dessen, was wir per Ansage eigentlich machen sollen, zuständig sind wir so für die Altersgruppe 14 bis 27, so steht es auf dem Papier, Fakt ist, eigentlich machen wir alles. Von vor der Geburt bis, wir haben auch schon Trauerfeiern finanziert und geholfen, von irgendwelchen Leuten, und alles, was dazwischen ist. Und natürlich auch Straffälligenhilfe und Wohnungslosenhilfe, Schuldenproblematik und so weiter und so fort. Und so weiter. So, und da sage ich, das kann irgendwie ... irgendwie passt das alles nicht zusammen. Wie gesagt, wir sind sozusagen aus meiner Sicht das schwächste Glied so ganz am Ende, sehr schon geschrumpft worden, kommunal wie auch bei den Freien Trägern.

Aber die Probleme fangen ja eigentlich vorher an, nämlich, dass wir das so wahrnehmen, dass die Stadt aus der Fläche rausgegangen ist und alles zentralisiert und versucht, dadurch diese leidvollen Synergieeffekte zu erzielen. Und dann sagen wir immer, und was bleibt denn bei den Bürgern denn wirklich übrig.

Und wir sind jetzt gerade umgezogen worden, noch ein Wort dazu, und das ist die nächste Spararie für die Straßensozialarbeit Neuwiedenthal, obwohl beide Stellen

besetzt sind, die wir haben, sollen wir 2017 in eine Schulbau-integrierte Einrichtung kommen. Dann haben wir versucht, über wochenlange Sitzungen unseren Standard, sprich, auch wenigstens die sowieso schon kleine Bürogröße zu sichern. Und jetzt ist dann dabei rausgekommen, dass wir quasi so integriert werden ins HDJ und dann wahrscheinlich irgendwo Vertretungsdienste machen dürfen für das HDJ Neuwiedenthal und so langsam, aber sicher, Straßensozialarbeit, so nehmen wir das wahr, auch vor dem Hintergrund nicht besetzter Stellen, ja, plattgemacht wird, um das einfach mal so zu sagen. So.

Und ich finde, dass das Mindeste, was ja passieren sollte, ist, dass die Stellen, die seit 2010 gestrichen worden sind, dass die einfach nur mal wiederbesetzt werden. Wir reden überhaupt nicht davon vom Ausbau, da reden wir überhaupt nicht davon, trauen wir uns schon gar nicht. Weil es eh so ein bisschen schwierig ist, wenn man laut etwas sagt, dass man gleich Druck kriegt von oben, wie es leider mir auch so passiert ist. Aber ich sage mir, das Mindeste, was wir wollen ist im Bereich der kommunalen Straßensozialarbeit, dass die Stellen die wir schon mal hatten, dass wir die auch behalten dürfen. Ja? Aber da sind wir, glaube ich, ziemlich weit weg von. Erst mal soweit. Schnelldurchritt.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Ja, vielen Dank. Ich bin begeistert von der Disziplin, dass es klappt. Jetzt zwei Nachfragen, einmal von Christiane, einmal von Ronny.

**Christiane Schneider, MdHB:** Ja, mich würde der Gesichtspunkt interessieren, welche Auswirkungen das eigentlich auf die Betroffenen hat, also für die die Straßensozialarbeit da ist. Ich kann ein Argument noch bringen. Aus der Polizei sind mir die Klagen bekannt, dass es zunimmt, dass sie in diese Großsiedlungen müssen, dass sie eigentlich mit Sozialarbeiten betraut werden, wozu die Polizei überhaupt gar nicht da ist, wofür sie auch nicht ausgebildet wird. Und da leiden die auch drunter. Das sagen verschiedene Leute, die an den Kommissariaten zum Beispiel in Neuwiedenthal sind. Aber interessant ist ja, was hat das konkret für gesellschaftliche Schäden, also nicht nur für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern für die Gesellschaft.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Ja, vielen Dank. Nur ganz kurz. Auch die Abgeordneten sollten Ihren Namen vorher sagen. Das war Christiane Schneider. Fürs Protokoll. Und jetzt die Antwort.

**Herr Claire:** Also, wir arbeiten – da kann ich jetzt nur für Neuwiedenthal sprechen – in Neuwiedenthal ziemlich gut mit den BüNaBes, also sprich mit der Polizei, auch zusammen. Und es ist tatsächlich so, also es ist schon ... Früher war das ja eher ein ausgeprägtes Spannungsverhältnis zwischen gerade Straßensozialarbeit und der Polizei. Mittlerweise – sorry, wenn ich das sage – aber bin ich froh, dass es die Polizei gibt und dass sie uns einen Teil der Arbeit abnimmt. Ja, das geht natürlich ... das geht gar nicht, weil, die haben schon ein anderes Aufgabenfeld. Das ist uns natürlich bewusst. Aber wenn ich denke, zum Beispiel ein kleines Beispiel, 2011 hatten wir eine heftige Auseinandersetzung Polizei mit Jugendlichen, jungen Volljährigen, in Neuwiedenthal, es ging da ja auch durch die Presse und war alles sehr umfangreich, das hat mich, also ich weiß nicht, wie viel Überstunden gekostet, um da wirklich, in Tüttelchen, die Finger da im Spiel zu behalten. Und zu diesen, gerade diesen ganzen Jugendlichen, haben wir einen sehr intensiven Kontakt, oder jetzt älteren, jungen Volljährigen, sind das ja mittlerweile. Und eigentlich ist es so, wir

machen Einzelfallarbeit. Ja? Also, wir machen schon Einzelbegleitung, weil halt auch die Fälle insgesamt so schwierig sind. Und das geht überhaupt nicht. Also nicht mit zwei Leuten. Wir sind zuständig für 16.000 Einwohner, meine Kollegin und ich. Und da können wir keine Einzelfallarbeit leisten.

Müssten wir aber eigentlich, weil natürlich, das geht ja auch überall rum, das ist nachher denn ja auch noch mal Thema, durch die zum Beispiel jetzt vermehrt kommenden Flüchtlinge, minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge, so die Jugendlichen, die sind alle bei uns im Stadtteil. Wir haben einen Ausländeranteil da in Neuwiedenthal-Kern von zwischen 60 und 70 Prozent. Und das sind ganz oft Menschen, die brauchen gerade ganz viel Hilfe. Und was wir eigentlich ja nur machen sollen, ist, über die Straße gehen, Leute ansprechen. Wir haben immer noch ganz viel mit Aussiedlern/Spätaussiedlern zu tun und mit trinkenden und prügelnden russischen Vätern, und das sind alles Einzelfälle. Manchmal wissen wir gar nicht, wie gesagt, was wir zuerst machen sollen. Gerade im Moment. Ich komme morgens hin und ich schiebe eine Überstunde nach der anderen. Und da sage ich, das geht nicht. Das mache ich auch nicht mehr lange mit. Dann sage ich, weißt du was, Schluss, fertig aus. Das sage ich ganz offen, ungeschützt hier vielleicht, ja, aber so geht es vielen Kollegen. Und dazu kommt noch, dass die Stellen ja auch noch abgewertet worden sind, so. Also die Stadt hat es dann ja auch ganz toll hingekriegt, im Zuge des neuen Tarifvertrages, dass ehemalige ... Also wir haben eine völlig kuriose Situation, ich werde nach 4 B BAT noch bezahlt, ich habe noch einen Altvertrag. Meine Kollegin ist eingestuft worden E 9, erste Stufe. Wir machen aber die gleiche Arbeit, so. Und die Stadt hat einfach diesen Tarifwechsel offenbar genutzt, alle Stellen, alle, die neu eingestellt werden in dem Bereich, auch noch abzuwerten. So. Und die Konsequenz ist, zum Beispiel in Sandberg hatten wir eine Stelle zu besetzen, da bewirbt sich kein Mensch mehr drauf. Warum sollen wir das machen? So, wir arbeiten am Wochenende, wir arbeiten bis 21 Uhr, 22 Uhr manchmal in der Woche, und zwar durchaus regelmäßig. Und das für das Gehalt, sagt jeder, wisst ihr was, macht euren Kram alleine. So, und dann geht halt die Stadt hier vor die Hunde. Und?

Also es gibt schon so wirklich so eine Resignation, glaube ich, da kann ich für alle Kollegen reden und sprechen und hier auch nur bestätigen, was du eben gesagt hast, ja. Da sage ich, es wird Zeit, dass wir da mal auf den Tisch hauen, wenn wir überhaupt noch in dem Bereich irgendwas wirklich retten wollen. Und, wie gesagt, wir trauen uns nicht mal zu sagen, dass wir mehr Stellen haben wollen, machen wir gar nicht, ja? Ich hoffe, ich habe die Frage beantwortet.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Danke. Ronnie und dann vielleicht auch gleich ...

**Ronald Pries:** Ja, Ronald Pries, Referent für Kinder und Jugend bei der Fraktion die LINKE. René, eine Nachfrage, du hast von 12 Prozent Absenkung gesprochen, sind das die acht Stellen, die wir jetzt im Antrag „Sicherheit und Ausbau sozialer Infrastruktur“ in unserem Antrag für die Bürgerschaft da gestellt haben? Sind das die acht Stellen?

**René Claire:** Ja. Das sind die acht Stellen.

**Ronald Pries:** Die wollt ihr wiederhaben?



**René Claire:** Ja, die (...).

**Ronald Pries:** Alles klar, gut, danke.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Das ging ja schön.

**Dora Heyenn, MdHB:** Ja, Sie oder Du haben davon gesprochen, dass ihr Jugendliche begleitet, das ist die Altersgruppe 14 bis 27, ich denke, auch Begleitung zu Behördengängen. Meine Frage ist, hat die Einrichtung der Jugendberufsagentur irgendwie merkbare Auswirkungen, dass ihr damit weniger zu tun habt?

**René Claire:** Nein, wir haben mehr Arbeit, weil wir den Kollegen das auch noch erklären müssen und die versuchen, für 150.000 Einwohner im Bezirksamt ... Also, es sind zwei Kollegen, also das geht nicht gegen die Kollegen, damit das klar ist hier. So, aber das sind zwei Kollegen, die sie dahin gesetzt haben, und die sind halt für 150.000 Einwohner zuständig. Und wir haben ein gutes Verhältnis zu denen, aber natürlich müssen wir denen erst, wenn wir eine Fallübergabe machen, müssen wir mit denen sprechen, dann haben wir das Jobcenter noch hinten dran, das auch noch so seine Spiele da dann spielt. Und ich kann leider bis jetzt nicht so richtig feststellen, dass das eine Entlastung für uns ist.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Gut, vielen Dank. Dann möchte ich als Nächstes aufrufen Burkhard Czarnitzki. Irgendwo habe ich ihn schon gesehen, ach, da, genau. Er hat ja das Minus am Zeichen, ich weiß auch nicht, wieso.

**Burkhard Czarnitzki:** Ich weiß auch nicht, wie das Minus da zu mir gekommen ist.

(Zwischenruf: Also ich bin unschuldig.)

**Burkhard Czarnitzki:** Ja, Burkhard Czarnitzki, ich bin Abteilungsleiter der Jugendsozialarbeit bei einem Träger, der nennt sich Basis & Woge e.V. Ich muss dazu ein bisschen was erzählen, weil ich da gleich Bezug drauf nehme. Basis & Woge e.V. ist ein Anbieter sozialer Dienstleistungen, verortet im Stadtteil St. Georg. Da fühle ich mich eben hier sozusagen Mehrbereichsvertreter, weil ich natürlich auch die Kollegen aus St. Georg da kenne, ich bin im Paritätischen und dadurch habe ich einen Kontakt zur AJB. Das heißt, es ist sehr vielschichtig.

Basis & Woge e.V., ich wollte ein paar Zahlen nennen, setzt ungefähr 6 Millionen Euro um und arbeitet zu 99 Prozent im staatlichen Auftrag, zur Hälfte im sogenannten Leistungsbereich, also Jugendhilfe, und zur anderen Hälfte im Zuwendungsbereich. Das ist jetzt ein bisschen trocken, aber ich werde daher ein bisschen dazu Bezug nehmen. Ich habe mir überlegt, wie ich einsteige, und da gab es einen sozusagen so Aufschlag Bolly(?), ich nehme mal den Begriff des Aufwachsens. Das finde ich einen schönen Begriff, wenn ich den zusammen mit meiner Arbeit sehe, wir kümmern uns um Straßenkinder mit dem KIDS, „Anlaufstelle für Straßenkinder und Sidewalks, Überregionale Straßensozialarbeit“. Und dann macht es Spaß, diese Arbeit, und sozusagen junge Menschen aufwachsen zu sehen, nämlich dann in dem Augenblick, wo wir helfen können. Das wird immer schwieriger, aber eigentlich ist der Begriff des Aufwachsens ein total schöner Begriff. In eurem Zusammenhang macht er mir so ein bisschen Bauchschmerzen.

Dann bin ich angefragt worden, Stellung zu beziehen zu den Wirkweisen der derzeitigen Haushaltsentwicklung. Da habe ich mir als Erstes notiert, das ist ambitioniert in fünf Minuten. Ich werde es aber trotzdem versuchen. Und da ich sozusagen, nachdem ich Abteilungsleiter geworden bin, aber vorher 16 Jahre wirklich auf der Straße gearbeitet habe und sozusagen wirklich von der Basis komme und meinen Job von der Pike auf gelernt habe und eher so ein Praktiker bin, habe ich gesagt, darf ich auch mal ein bisschen praktisch schnacken und sozusagen mal versuchen, deutliche Worte zu benutzen. Zum Thema, wie die Wirkweisen sind, muss ich sagen, das hat auch etwas mit Sichtweisen zu tun, es kommt darauf an, von wo man guckt. Wir sind natürlich als Anlaufstelle verknüpft, bundesweit verknüpft, wir sind zum Beispiel im Bündnis für Straßenkinder der Bundesrepublik Deutschland, hatten wir jetzt gerade die erste Bundesstraßenkinderkonferenz, eine ganz tolle Geschichte. Wenn ich dort ankomme, dann heißt es immer, ah, der Pfeffersack kommt. Wir sind die reichen Hamburger, die sich alles leisten können. Und das sagen uns dann die lieben Kollegen und das sind echt gute Leute aus Gera, aus Dresden, die tolle Arbeit machen oder machen wollen, ähnliche Arbeit wie wir, die mit Straßenkindern arbeiten, die auch eine Übernachtungsstelle zur Verfügung haben, die Kollegen in Gera, und die bewirtschaften ihre Stellen nur noch mit Bundesfreiwilligendienstlern, weil die Stadt Gera total pleite ist. Von daher ist es mir manchmal peinlich, so viel Geld zu haben.

Die andere Sichtweise ist, ich bin ja nun mal im Westen und hadere natürlich mit den Sparmaßnahmen. Von daher muss ich sozusagen diese Sichtweisen immer koppeln. Ich werde aber trotzdem versuchen, ein paar Sachen zu erzählen. Ich hatte mir überlegt, mache ich das mündlich, mache ich das schriftlich, ich habe gesagt, nein, ich mache das mündlich. Und warum mache ich das nicht schriftlich, und das kann ich Ihnen ganz einfach sagen, weil ich überlastet, erschöpft und ausgebrannt bin. Ich habe so wahnsinnig viel zu tun, dass ich gar nicht mehr Zeit habe, so etwas Tolles zu machen, Ihnen mal zu erzählen, wie wir hier arbeiten. Und das ist mir schon fast unangenehm, aber ich komme nicht dazu, deshalb mache ich das alles mündlich. Da es ja aufgezeichnet wird, ist es ja auch kein Problem.

Also, ich soll Stellung beziehen zu den Wirkweisen der derzeitigen Haushaltsentwicklung und so ein bisschen Bezug nehmen auf das, was früher gewesen ist. Das KIDS existiert seit 20 Jahren, von daher kann ich auch ein bisschen aus der Vergangenheit berichten, aber so etwas ganz Praktisches ist, dass ich natürlich diese Geschichte, was ich jetzt so erzähle, oder meine Informationen natürlich mit meinem Geschäftsführer abgesprochen habe. Da habe ich gesagt, ich gehe als Trägervertreter eines staatlich geförderten Unternehmens zu den LINKEN und werde hier etwas äußern, das könnte sogar presserechtlich verwurstet werden, gib mir Rückendeckung. Hat er gesagt, geh und erzähl. Das fand ich schon mal sehr gut, weil, ich komme da nachher ganz kurz zu noch einmal zu den Widerstandsformen, weil die Widerstandsformen eher, ich sage mal, bei den Trägern, bei den sogenannten ENGyOs(?) oder e.V.s eher ist, wegducken, sich verstecken und bloß nicht auffallen, damit man sozusagen noch am Tropf bleibt. Da ist Basis & Woge mutiger und ich bin ein bisschen zitterig, weil ich nicht so genau weiß, was hat das für Auswirkungen für später. Aber trotzdem bin ich mutig, weil, ich habe die Schnauze voll, kann ich anders nicht sagen, so.

Also, seit zehn Jahren gibt es nur eine teilweise Erhöhung der Sachkosten, also, dass, wenn man sagt, wir bezahlen immer das Gleiche, dann muss man einfach

auch gucken, dass es einfach teurer wird. Bei 6 Millionen Euro Umsatz haben wir Personalkosten, okay, da gibt es manchmal eine Tarifsteigerung, ähnlich wie die Kollegen so auf Zuruf und manchmal später und so, aber für eine Planungssicherheit von 6 Millionen Euro kommst du gar nicht drum herum, am Anfang des Jahres zu wissen, was kriege ich eigentlich und nicht, oh, eventuell könntest Du im Folgejahr einen Nachtrag ... Die Kollegen wollen wissen, kriege ich oder kriege ich nicht, so. Und das hat dazu geführt, dass wir bei unserem Träger eine Vierklassengesellschaft haben, die Altvertrügler, die Neuvertrügler, die Altvertrügler aus der Zuwendung, die Neuvertrügler aus der Leistung. Also das ist unglaublich, dass wir sozusagen im Kollegenkreis schon spalten. Das ist extrem schlimm. Im Sachkostenbereich, es ist einfach ein Fakt, das Leben ist teurer geworden. Mieten steigen, alles steigt, Wasser, Strom, et cetera, et cetera, et cetera, das wird gedeckelt. Da kann man sich so ein bisschen durchmummeln und dann kann man hier noch ein bisschen sparen, wir geben uns da auch ganz viel Mühe und so, auch Energiesparlampen eindrehen und alles so ein Kram, um das so ein bisschen zu reduzieren, aber das bringt es nicht. Und da stoßen wir an Grenzbereiche, wo wir manchmal (...) zu sagen, wir uns freuen, wenn wir mal 15.000 Euro Gewinn am Ende des Jahres machen, wobei der Begriff des Gewinns in einer e.V. sozusagen ja gar nicht machbar ist, offiziell jedenfalls nicht. Also, der Lebenshaltungskostenindex wird in den Zuwendungen nicht weitergegeben, das heißt, das Leben wird teurer, aber in den Zuwendungen bleibt das auf dem Niveau, so. Es gibt Sachen, die billiger geworden sind, Fleisch, und da schäme ich mich für, dass das so billig ist, aber ich will den Jungs und Mädels, die wir betreuen, auch gute Sachen zur Verfügung stellen und sie sollen nicht nur satt machen, weil Essen ist etwas Pädagogisches, das ist nicht die Zuführung von Energie, damit sie wieder laufen können wie ein Auto, sondern das hat etwas mit Atmosphäre, das hat etwas mit Wertschätzung zu tun. Und Gott sei Dank haben wir, obwohl wir die Pfeffersäcke aus dem Westen sind, hängen wir so ein bisschen am Tropf der Hamburger Tafel. Das finde ich für eine große Jugendhilfeeinrichtung – boah, da muss ich schlucken. So.

Das hatte ich schon erwähnt, das Thema Tariferhöhung ist unsäglich, dass man sozusagen immer im Nachgang das machen muss. Ich glaube, da brauche ich jetzt gar nicht weiter eingehen. Ich hatte vorhin von dem Kollegen links gehört, dass Stellen abgewertet werden, ja. Parallel muss ich einfach mal gucken, wieso werden wir nicht aufgewertet. Wir machen echt eine tolle Arbeit. Ich gönne das den ASD-Kollegen, ich habe ganz viel mit denen zu tun, die machen einen guten Job, aber warum kriegen die TVL 10 und meine Kollegen, die seit Jahren wirklich extreme Arbeit auch machen mit, von drogenabhängig mit durchgeschüsselten Jugendlichen, liebenswerten Jugendlichen, vielen Jugendlichen, TVL 9 und irgendwann ist bei Entgeltstufe 5 zu Ende. Das ist eine Abwertung unseres Jobs. Wir haben genau das Gleiche studiert, wir tragen genau so viel Verantwortung, das heißt nicht im Sinne von Verantwortung, ich bin dafür zuständig und wenn das schief läuft, kriege ich auf den Kopf, sondern Verantwortung im Kontakt, zu sagen, Burghard, kann ich heute hier irgendwo pennen? Ich sage, nein, es ist 9 Uhr, ich habe nichts für dich, geh. Da trage ich eine ganz andere Form der Verantwortung und das macht mürbe. Und ich finde, da müssten wir aufgewertet werden und zwar analog zu den Kollegen im ASD.

Dann kommt etwas, und da bin ich jetzt mal gespannt, weil die Kollegen von der AJW ja neben mir sitzen, deshalb hatte ich mir überlegt, ob ich das sage, aber ich tue es jetzt mal trotzdem. Ich habe einen guten Kontakt zu meiner Fachreferentin im Amt, also das Amt ist nicht immer böse, da sitzen gute Leute. Wir haben einen relativ

guten, sagen wir, Kontakt auf Augenhöhe und wir kriegen auch Informationen und eine große Unterstützung. Aber, Herr Czarnitzki, Sie haben für den Antrag 2015 die Eigenmittel nicht eingestellt. Da renne ich zu meinem Geschäftsführer und sage, Tomas, das ist doch dein Job, wo sind die Eigenmittel? Da sagt er, ich stell keine Eigenmittel mehr ein, ich habe keine Eigenmittel. Wir sind ein e.V., woher sollen wir denn Eigenmittel nehmen? Wir haben keine. Und es sagte die Fachreferendarin ein bisschen und so 2 Prozent, da ist die AJW gerade in Verhandlung getreten, 2 Prozent ist doch machbar, weil, eigentlich fordert der Rechnungshof 10 Prozent. Und jetzt, die Zahlen, wenn wir aus einer Zuwendung 3 Millionen Euro kriegen und 10 Prozent Eigenmittel einstellen müssen, sind das 300.000 Euro. Wir haben die letzten zwei Jahre Defizit gemacht, ich weiß nicht, woher ich das nehmen soll. 2 Prozent sind immer noch 60.000 Euro. Das sind die 60.000 Euro, die mir fehlen, die treuen, jungen Kolleginnen, die eben keine Sonderzahlung dieses Jahr kriegen und keine Tarifsteigerung, dann könnte ich denen das bezahlen. Ja, dann nehmen Sie Spenden. Sage ich, nein, ich kann doch einem Spender, wir haben eine ganz tolle Schule in Altona, die uns sozusagen immer den Basar zur Verfügung stellt, denen kann ich doch nicht sagen, übrigens, ich nehme nicht Ihre Spende, um damit Ausflüge, Kleidung oder so etwas zu machen, sondern ich nehme diese Spende, um die Lücke zu stopfen, die mir der Staat für unsere hoheitlichen Aufgabe nicht gibt. Die gucken mich an und zeigen mir einen Vogel. Das geht nicht, also wir können nicht Spenden einstellen. Also, dann haben wir gedacht, okay, das Einzige, was wir machen können, ist, unsere sieben Mitglieder in unserem Verein, oder zehn haben wir, glaube ich, die müssen jetzt einen Mitgliedsbeitrag machen und bei 2 Prozent müssen die 60.000 Euro, das wird ein ganz schon hoher Mitgliedsbeitrag. Oder, wir nehmen das Dienstfahrzeug und der Praktikant fährt noch Taxi. Ich sehe da kein Land, so. Und da müssen wir ran, weil, das sind Summen, das bricht uns das Genick. Bei 10 Prozent, was der Rechnungshof fordert, sagte mein Geschäftsführer, und der ist auch fleißig und der ist schon lange dabei, sagt der, dann schmeiße ich den Laden hin. Also ähnlich, so, wie es bei dir auch schon war. Ich echauffiere mich, das merken Sie, aber das ist so.

Dann noch Auswirkungen sind, Wegbruch der Peripherie, also ich gucke dann auch da mal so rüber, ich sehe so auch Kollegen aus St. Georg, wir sind sozusagen als Einrichtung gerade für die Straßenkinder dafür gedacht, die, die zu uns kommen, ja nicht am Bahnhof zu halten, sondern auch wieder zu gucken, dass die rauskommen. Und ein Rauskommen, dann heißt es immer, vielleicht gehen sie in einen Sportverein oder in ein Jugendzentrum. Ich sage immer, habt ihr mal gesehen, was in den Jugendzentren los ist? Die dann mit weniger immer mehr machen müssen, das passt nicht. Also die Peripherie bricht so weg, Café Sperrgebiet ist eingestampft worden, mehr oder weniger eingestampft worden. Die Straße-Leute, die einen tollen Job machen, Häuser der Jugend habe ich schon erwähnt, dann sollen sie in den Kinder- und Jugendnotdienst, der Kinder- und Jugendnotdienst, der quillt über, der bricht aus allen...

(Zwischenruf: Nähten.)

... Nähten – genau, das ist das, ich wollte, ein Glück, dass mir das jemand zugerufen hat. Es ist so, dass wir entscheiden bei 14-, 15-, 16-jährigen Mädchen, sie nicht mehr in den Kinder- und Jugendnotdienst zu bringen. Die sind da nicht gut aufgehoben. Das ist ein Fakt. Und ich bin derjenige, der sich jetzt hier, und da komme ich gleich so ein bisschen zu den Widerstandsformen. Wir trauen uns das zu sagen, andere

nicht. Aus den ASDs höre ich das auch immer wieder, dass mir ASD-Kollegen sagen, wir schicken sie da nicht mehr hin, aber sagen Sie nicht meinen Namen. Das ist so und das muss einfach mal beguckt werden. Da turnen jetzt 200 Leute rum und dann kommen noch die minderjährigen, unbegleiteten Flüchtlinge, das ist ein zentralisierter, ich sage es nicht. Also das ist sehr zentral da, ja, und ein nicht immer guter und sicherer Aufenthalt für junge Menschen. Nicht echauffieren, Czarnitzki.

So, Übernachtungsstellen hatten wir früher zehn für Straßenkinder, dann hatten wir noch die CUXE. Eigentlich kamen wir so auf 15, 20, aktuell haben wir drei, die bewirtschaften wir mit Studenten von 10 Uhr nachts bis 10 Uhr morgens, das ist schön, das ist eine schöne, kleine, feine Einrichtung, aber reicht bei Weitem nicht aus, so. Also die Peripherie bricht weg. Und das macht unsere Arbeit extrem schwer.

Kommen wir zu 7., zusätzliche Aufgaben. Das war ja auch sozusagen das, was auch noch auf uns zukommt. Ich glaube, mein Redebeitrag wird ein klein bisschen länger, ich gebe jetzt Gas. Ja, wir haben zusätzliche Aufgaben, das stimmt. Datenschutz, wir hatten früher natürlich auch Computer, die haben wir so in Eigenwirtschaft so zusammengefrickelt und jeder, der so ein bisschen Ahnung hat, was inves... nicht? Aber jetzt ist mehr, jetzt ist sozusagen alles per Computer, das können wir nicht mehr in Eigenleistung, das heißt, da kommt eine Computerfirma, die ist extrem teuer, das kostet Geld, aber nach Datenschutz müssen wir das machen, weil, der Mailverkehr muss geschützt sein. Alles das, das kostet alles ein Heidengeld. Das bezahlen wir obendrauf. Wir schreiben Schutzkonzepte, selbstverständlich, wollen wir natürlich umsetzen. Schreib mal ein Schutzkonzept, ja, mache ich. Das ist eine ambitionierte Sache. Ich will ein Schutzkonzept schreiben, was nicht wie unser Datenschutzordner irgendwo im Schreibtisch verschwindet, sondern ich möchte etwas schreiben, was lebendig ist, was mit Partizipation zu tun hat, wo Jugendliche verstehen, warum auf unserem Plakat draufsteht, wenn hier ein Mitarbeiter dir an die Wäsche gegangen ist, kannst du anrufen, und der sagt, wieso, den Namen, den verstehe ich gar nicht, der ist doch bestimmt, gehört zur Mischpoke. Also, wenn ich die nicht mitnehme und sie sehen können, dass wir das ernst meinen mit dem, was wir tun, das ist Partizipation, dann ist Partizipation eine Lufthölse und dann ist ein Schutzgesamtkonzept schlecht, aber an so einem Schutzkonzept, da sitze ich dran, bis mir dann unsere Referentin im Nacken sitzt und sagt, wenn Sie das nicht abliefern, kriegen Sie keine Betriebsgenehmigung. Also habe ich Gas gegeben und ich finde mein Schutzkonzept ansprechend, aber nicht so, wie ich es wollte.

Partizipation habe ich erwähnt, Partizipation ist eine tolle Sache, aber die ist arbeitsintensiv, weil, man muss die Leute schulen, also Mitarbeiter, und man muss mit den Jungs und Mädels reden und das ist richtig aufwendig und das kann man nicht nebenbei machen. Das Thema Inklusion schenke ich mir, das ist ... machen wir Inklusion, ja. Für nichts, für lau, dann möchte ich mal sehen, wie das funktioniert. Qualitätsmanagement machen wir, haben wir tolle Kollegen beim Paritätischen, die uns da etwas geben, wir mussten jetzt einen Qualitätsmanager einstellen, 20 Stunden, kostet auch Geld. Dokumentation, selbstverständlich. Wir haben JUS-IT, das hat ja auch nur 120 Millionen Euro gekostet, wir haben so eine Light-Version, aber die kostet auch Geld und das muss am Leben erhalten werden und vor allen Dingen muss dann auch etwas Lebendiges reingeschrieben werden. Das ist alles zusätzlich hinzugekommen.

Widerstands- und Protestformen, es gib die schlimmste Protestform, die habe ich vorhin schon erwähnt, das ist das Nichtssagen, das ist das Schweigen, das ist das Wegducken, das ist keine Widerstandsform, das ist Feigheit, aber ich kann viele, viele Träger verstehen, die sich nicht trauen. Als in Hamburg mal wieder das Thema GU, Geschlossenen Unterbringung, ein Thema war, war Basis & Woge der Einzige, der draußen am Schaufenster gesagt hat, wir sind dagegen, wir machen das nicht mit. Das ist mutig, aber andere haben Angst. Das muss man einfach sagen.

Vor zehn Jahren, zu den Protestformen, hatten wir es schon einmal geschafft. Da gab es plötzlich einen Herrn Schill, der hat dafür gesorgt, dass wir um 100.000 Euro gekürzt werden. Wir haben parallel einen Förderverein, da haben wir unsere Paten akquiriert, da sind viele Leute für uns in die Bütt gesprungen, da sind die Leute aus dem Stadtteil gekommen, haben gesagt, wir unterstützen das, dann haben wir es ein Jahr hinausgezogen. Das war gut und ich bin mir ein bisschen peinlich, dass ich diese Energie und diese Zeit dafür nicht mehr habe, das auch in meinem Stadtteil zu tun, der mir wichtig ist, ich arbeite da ja. Ich hatte keine Zeit, zur Protestaktion gegen Café Sperrgebiet und was alles im Stadtteil passiert, du hast auch nicht mehr die Energie dazu. Aber der Widerstand heißt, du musst Flagge bekennen und das ist nicht ganz einfach, wenn ein SPD regierter Senat eine hundertprozentige Macht hat und sozusagen alles steuern kann.

Und wir haben natürlich unsere Kooperationspartner, denen wir zeigen, dass wir eine gute Arbeit machen. Und wenn wir eine gute Arbeit machen, ist es leichter, mal zu sagen, ey, lass die mal in Ruhe. Aber es ist mir teilweise unangenehm, wenn ich weiß, dass ich nicht gekürzt werde oder vielleicht sogar etwas mehr kriege, kriegen andere weniger. Das ist bescheuert. Und mit der Idee, macht eine Fortentwicklung, ihr müsst euch entwickeln, da sage ich ja, mhmh, wohin, ich kriege ja überhaupt keinen Antrag mehr durch. In der BASFI heißt das, tolle Ideen, aber wir finanzieren das nicht. Suchen Sie sich einen Sponsor. Das war es in Kürze. Das war ein Schweinsgalopp, nicht? Ja. Wenn noch Nachfragen sind ...

**Norbert Hackbusch (MdHB):** Ja, vielen Dank für den Schweinsgalopp, war aber natürlich, finde ich, äußerst spannend. Gibt es noch Fragen? Sehe ich nicht. Dann gehen wir ganz schnell weiter zu Joachim Gerbing, OKJA. Ich weiß sogar, was es heißt, Offene Kinder- und Jugendarbeit. Ich bin ganz stolz darauf.

**Joachim Gerbing:** Das kann ich ja gleich noch einmal erklären, das heißt Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e. V. Ja, mein Name ist Joachim Gerbing, ich bin der Geschäftsführer des VKJH und das, was ich gleich noch einmal erzählen werde, ist weniger jetzt aus der Binnensicht eigentlich unserer Organisation, weil, wir sind sowohl ein Träger, wir sind aber in erster Linie auch ein Fachverband für die Arbeitsfelder offene Kinder- und Jugendarbeit und Familienförderung in Hamburg und sehen uns auch schon seit mittlerweile 30 Jahren traditionell als eine Lobbyorganisation für dieses Arbeitsfeld. Wer ein paar Jahre zurückdenkt, vielleicht noch die Kampagnen „Entschlossen offen“ im Kopf hat, die wir durchgeführt haben, als es damals um die großen Kürzungen ging hier in Hamburg, das ist wesentlich über uns organisiert gewesen damals. Inhaltlich zu dem, was ich heute hier zu sagen habe, vieles ist auch schon angesprochen worden. Die Kollegin Bettina hat vorhin schon zu Recht darauf hingewiesen, die Zuwendungen im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind gedeckelt, das sind sie seit Jahren. Und ich bin jetzt ganz ehrlich, ich sage, ich kann das überhaupt nicht konkret mit der Schuldenbremse

in Zusammenhang stellen in diesem Moment, weil tatsächlich bereits unter Schwarz-Grün der Haushalt in diesem Bereich gedeckelt worden ist.

Man kann sich allerdings vorstellen, wenn ein Haushalt seit sieben, acht Jahren gedeckelt ist, gleichzeitig aber Inflationsraten steigen und Tarifkostensteigerungen erfolgen, dann hat das natürlich Auswirkungen sozusagen auf die jeweilige einzelne Einrichtung, führt ganz simpel dazu, dass die Gelder, die diese Einrichtung bekommt, immer weiter abschmelzen, ganz einfach dadurch, weil es bis vor wenigen Jahren noch möglich gewesen ist, aus dem Gesamtetat steigende Tarifkosten zu refinanzieren. Also es gab nicht mehr, aber man durfte sozusagen den bestehenden Etat nehmen und ihn anzapfen und sagen, okay, wenn ihr noch in dem einen Bereich etwas überhabt, dann verwendet das für die steigenden Personalkosten.

Mittlerweile sind viele Einrichtungen an einem Punkt angekommen, ich habe letzte Woche noch mit einem Jugendclub und einem Bauspielplatz darüber gesprochen, auch ein bisschen in Vorbereitung auf das heutige Treffen. Der Jugendclub hat für die pädagogisch-praktische Arbeit aufgrund dieses Abschmelzens mittlerweile noch 5 Euro pro Tag zur Verfügung bei einer Öffnungszeit von 200 Tagen im Jahr. Und das ist gering gerechnet, die Öffnungszeiten sind tatsächlich länger. Der Bauspielplatz ist demgegenüber fast noch optimal ausgestattet, der hat 10 Euro pro Tag. Man muss sich vorstellen, von diesem Geld müssen Ausflüge finanziert werden, es gibt durchaus in vielen Einrichtungen noch eine Art von Essensversorgung, eine kleine, da, wo möglicherweise größere Anteile von Kindern nicht an der Essensversorgung der Schulen teilnehmen, davon wird das ganz simple Ersatzmaterial gekauft, wenn mal ein Spiel kaputtgegangen ist. Kann man sich lebhaft vorstellen, dass wahrscheinlich mit so einer Summe eine qualifizierte pädagogische Arbeit, also das sagen selbst Jugendamtsmitarbeiterinnen in Bezirken mittlerweile zu mir, also eigentlich ist das gar nicht mehr möglich. Das ist ein Aspekt. Das heißt, wir sagen ganz klar, was wir brauchen, ist eine strukturelle Absicherung als Minimalstandard für das gesamte Arbeitsfeld, mindestens ein Ausgleich, ein jährlicher, der Inflationsrate, mindestens ein jährlicher Ausgleich, und zwar ein festgelegter, der steigenden Personalkosten.

Im Moment funktioniert das mit den Personalkosten so, dass es auf die Bezirke im Grunde genommen verschoben wird. Wenn ein Bezirk das Glück hat, über Restmittel oder über Einsparungen irgendwelche Rücklagen sich zu schaffen, dann kann er, wenn es eine Tarifkostensteigerung gibt, unterjährig sagen, okay, wir können euch jetzt das Geld doch noch geben, es gibt ganz andere Bezirke, die haben das Geld schon gar nicht mehr und da gibt es dann auch keine Tarifkostensteigerung. Und das führt zu einer fatalen Situation, denn selbstverständlich, der öffentliche Jugendhilfeträger zahlt den Bediensteten in seinen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, die er auch hat, zahlt selbstverständlich die Tarifkostensteigerung. Bei den Zuwendungsempfängern kommt es teilweise nicht mehr an. Das heißt, tendenziell erleben wir hier eine Zweiklassenfinanzierung innerhalb der Kinder- und Jugendarbeit und Familienförderung, wer beim öffentlichen Jugendhilfeträger tätig ist, der hat dann noch Glück, wer beim Zuwendungsempfänger tätig ist, der hat dann Pech. Das ist eine Situation, die muss dringendst verbessert werden.

Dass wir im Grunde genommen als Arbeitsfelder so ein bisschen in diesem Dilemma stecken, hängt auch mit einer rechtlichen Bindung der Arbeitsfelder im SGB VIII, also im Kinder- und Jugendhilfegesetz zusammen. Wir sind zwar neben den Hilfen zur

Erziehung eines der als Pflichtveranstaltung festgeschriebenen Arbeitsfelder, gleichzeitig gibt es aber keine Rechtsbindung dergestalt, dass es ein Klagerecht gibt. Es wird im SGB davon gesprochen, dass ein angemessener Anteil aller Jugendhilfemittel jeder Kommune für die Kinder- und Jugendarbeit zu verwenden ist. Der ist aber weder quantifiziert noch ist er mit einer Klagemöglichkeit verkoppelt. Das heißt, es ist im Grunde genommen ein Rechtsanspruch ohne Recht, wenn man so will, denn man kann sich das Recht nirgends holen. Das heißt, unser großes Interesse besteht natürlich darin zu sagen, dass diese Situation verbessert werden muss, wir brauchen einen deutlich besseren Rechtsschutz auch im SGB VIII. Mindestens muss also festgestellt werden, dass diese Quantifizierung mit einer Prozentzahl zu unterlegen ist und der ebenfalls im SGB festgeschriebene Finanzierungsvorbehalt der Kommunen, da steht nämlich drin, je nach Haushaltslage, muss eigentlich raus aus dieser ganzen Geschichte, weil, das nutzen die Kämmerer und das nutzt auch Herr Tschentscher hier in dieser Stadt natürlich dafür aus um zu sagen, also ist ja nirgends festgelegt, wie viele Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit es geben muss pro Stadtteil. Wir haben einmal anlässlich der Kampagne „Entschlossen offen“ ein Schreiben bekommen seitens der BASFI damals, da stand dann drin, na ja, aus unserer Sicht ist das erreicht, wenn es weniger als eine Einrichtung gibt in Hamburg. Also das ist natürlich ... und so etwas muss man natürlich auch mal zur Kenntnis nehmen und zu sagen, da kann man draus ableiten, wo geht eigentlich der Trend auch hin für dieses Arbeitsfeld.

Schon angesprochen worden von dem Kollegen von Basis & Woge, auch mich sprechen viele Mitarbeiterinnen aus der Offenen Kinder- und Jugendarbeit an auf die Frage der Bezahlung. Warum bekommt eine ASB-Kollegin, ein ASB-Kollege, sei es ihm gegönnt, aber trotzdem, E 10, warum E 9, ich will irgendwie nur E 9, wenn wir Sozialpädagoginnen sind und eine gleiche, ähnliche oder gleichgelagerte Arbeit manchmal auch machen und mit der gleichen Verantwortung und mit der gleichen Professionalität da rangehen. Ich will hier noch einmal den Fokus so ein bisschen darauf richten, dass E 9 ja schon fast die obere Mittelklasse ist, viele Einrichtungen in Hamburg, gerade in der Kinder- und Jugendarbeit, sind mit Erzieherinnenstellen besetzt und die bekommen, wenn sie Glück haben, E 8, das heißt, die arbeiten noch weit unterhalb der Schwelle einer Sozialpädagogin. Und auch das ist eine Situation, die seit Jahren im Grunde genommen immer unverändert so läuft, obwohl, und jetzt komme ich zu dem dritten Punkt, auch immer neue Aufgaben natürlich auf die Kolleginnen zukommen.

Ich will nur mal ein großes Stichwort nennen, das betrifft beispielsweise alle Einrichtungen, die mit Kindern im Alter so bis zu elf, zwölf, 13 Jahren arbeiten, das ist die Kooperation mit den Hamburger Schulen, mit der Ganztagschulentwicklung, insbesondere im GBS-Bereich. Schulen nutzen die Bauspielplätze, Spielhäuser, die es gibt, gerne, also wir haben deutlich auch steigende Zahlen an Nutzungen seit ein paar Jahren, das auch deutlich darauf zurückzuführen ist, dass ganze Schulklassen während des Unterrichts auf die Plätze und in die Einrichtungen kommen. Gleichzeitig stehen dafür keine Mittel zur Verfügung. Das finanziert Jugendhilfe dem Grunde nach aus ihrem jeweiligen Etat, die Einrichtung. Obwohl es eigentlich vorgesehen ist, dass die Schulen über Mittel verfügen im GTS-Bereich, aber diese Mittel liegen nur bei den Schulen. Das heißt, die entscheiden auch sehr selbstständig darüber, was sie mit diesen Geldern machen.



Das gilt auch für die Kita-Träger im GBS-Bereich. Es gibt Mittel, aber wir wissen auch alle, wie die Situation im Kita-Bereich dort ist. Und man überlegt sich dann vielleicht auch zweimal, ob man ein Geld dafür nutzt, um einen außerschulischen Kooperationspartner zu bezahlen oder ob man das nicht lieber nehmen muss, um die eigene Personalsituation überhaupt mal auf einen vernünftigen Standard zu bringen. Das heißt, aus unserer Sicht müsste es eigentlich hier deutlich darum gehen, solche zusätzlichen Aufgaben wie Kooperation, die müssen auch zusätzlich finanziert werden und zwar über einen Finanzierungsfonds, der nicht einseitig einer Institution zuzuordnen ist, der muss auf bezirklicher Ebene angesiedelt sein und an dem müssen alle diejenigen partizipieren können, die tatsächlich in qualifizierte Kooperationen mit Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen gehen. Und zwar ergänzend zu dem, was bisher an Mitteln zur Verfügung steht.

Das Problem, was wir auch sehen, ist, wenn Gelder einseitig nur bei einem Träger liegen, dann entsteht natürlich nicht der Kooperationsgedanke, obwohl der das ja eigentlich sein sollte, Kooperieren auf Augenhöhe, das schöne Stichwort haben wir alle schon mal gehört, wissen wir, glaube ich auch, in der Praxis muss ich es den Kollegen nicht erzählen, was davon zuhalten ist. Aber wenn Geld einseitig verteilt wird, fördert das natürlich in erster Linie den Dienstleistungsgedanken und den Abhängigkeitsgedanken und nicht die Entwicklung förderlicher Kooperationen im Sinne auch der Kinder und Jugendlichen.

Ich möchte noch abschließend zwei Punkte bringen, also zum einen, Thema Jugendhilfeplanung. Voraussetzung eigentlich für eine Jugendhilfe, in jeder Kommune gibt es die gesetzliche Verpflichtung zur Jugendhilfeplanung. Die ist sogar im SGB VIII so exakt beschrieben, dass da sogar drinsteht, in welcher Reihenfolge sie eigentlich zu erfolgen hat. Insbesondere hebe ich hier noch mal ab auf die Nutzerinnenbeteiligungen. Wir haben erlebt vor zwei Jahren, wie im Zuge der damaligen Kürzungen, wurde eine Jugendhilfeplanung, ich sag es mal, vom Stapel gelassen und an die Bezirke delegiert, die aus unserer Sicht nicht wirklich eine Jugendhilfeplanung war. Das war Jugendhilfeplanung nach Kassenlage. Also eine Beteiligung der Nutzerinnen und Betroffenen, die es eigentlich ja gibt, die auch zwingend gesetzlich vorgeschrieben ist, hat zum Beispiel überhaupt nicht stattgefunden. Das heißt, auch das ist aus unserer Sicht ein Punkt, der dringend auf die Tagesordnung gehört, also eine Jugendhilfeplanung, aufgrund deren Basis man dann auch sozusagen über finanzielle und personelle Standards und Ausrichtungs- und Einrichtungstypen in den Regionen und in den Stadtteilen sprechen kann.

Zwei Sachen vielleicht noch, die nicht hamburgspezifisch sind, sie sind zum Teil, glaube ich, auch schon angesprochen worden, das ist etwas, was die Arbeitsfelder der Jugendhilfe insgesamt betrifft, die Geschlossene Unterbringung. Wir erleben ja nicht nur in Hamburg die Diskussion um die Geschlossene Unterbringung, sondern wir erleben insgesamt bundesweit steigende Zahlen in den GUs und zunehmende Einweisungen auch in die GUs, und da muss ich dem Kollegen jetzt so ein bisschen widersprechen, also ihr wart natürlich nicht die Einzigen, die damals was im Fenster gehangen haben, in unseren Einrichtungen hing es auch. Ich wollte es nur noch einmal erwähnen an dieser Stelle, weil das ja auch ein bisschen ein heißes Eisen ist immer, die Geschlossene Unterbringung, kann man ja auch mal durchaus ins Fettnäpfchen treten.

Und das Zweite, was ich noch einmal sagen würde, ist, wir erleben in Hamburg eigentlich seit Jahren, insbesondere im Bereich der Jugendhilfe, die Einmischung Dritter. Das fängt an tatsächlich dabei, bei einer Entwicklung von einem sogenannte Zehnpunkteprogramm, das ja wesentlich entwickelt worden ist über, ich sag mal, in Führungszeichen, Expertinnen, so haben sie sich selber bezeichnet, aus dem Bereich der Innenbehörden der Länder, aber natürlich mit Auswirkung auf die Jugendhilfe. Und dieser Trend setzt sich aus meiner Sicht im Moment deutlich fort und es muss uns auch darum gehen, sozusagen wieder die Deutungshoheit über unser eigenes Arbeitsfeld zurückzugewinnen, das ist nämlich ein riesiges Problem, dass wir zunehmend fremddefiniert werden. Vielleicht so weit.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Ja, vielen Dank, ich sehe keine weiteren Fragen, wir sind auch weit in der Zeit. Jetzt als Nächstes Sandra Berkling.

**Sandra Berkling:** Ja, Sandra Berkling von der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, AGFW. Vielleicht kurz zur AGFW, wir sind ein Zusammenschluss der freien Wohlfahrtsverbände in Hamburg. Ich möchte gerne kurz auf zwei Bereiche, auf zwei Tätigkeitsfelder der freien Wohlfahrtspflege eingehen, nämlich die Wohnungslosenhilfe und die Suchthilfe, wobei ich jetzt zur Wohnungslosenhilfe nicht so viel sagen möchte, weil die Kollegen da auch schon sehr gut das Ganze geschildert haben. Vielleicht noch anknüpfend an das, was Frau Reuter schon geschildert hat, dass es ja mittlerweile eine Einigung mit der Stadt gibt, dass die Stadt zugesagt hat, Tarifsteigerungen wieder refinanzieren zu wollen. Aus Sicht der Verbände ist das natürlich eine gute Nachricht, aber dennoch sehen wir diesen ganzen Vorgang kritisch, denn die Wohnungslosenhilfe ist, so wurde es zumindest vom Senat im Jahr 2012 erklärt, ein Schonbereich. Sie sollte eigentlich von Kürzungen verschont bleiben, was auch nicht ganz verkehrt ist, wenn man bedenkt, dass wir in Hamburg ein massives Wohnraumproblem haben. Es herrscht Wohnungsnot und es gibt Tausende von Menschen, die auf der Straße leben oder in der öffentlichen Unterbringung und die nicht in Wohnraum vermittelt werden können. Insofern ist die Wohnungslosenhilfe natürlich ein ganz wichtiges Standbein der freien Wohlfahrtspflege. Und leider wurde ja dennoch gekürzt, wie wir von Frau Reuter gehört haben. Zumindest werden jetzt die Tarifsteigerungen wieder refinanziert, aber dieses Vorgehen sehen wir dennoch kritisch, denn offenbar war es notwendig, dass die Träger, ich sage das jetzt mal ganz bewusst salopp, ausgehungert werden mussten, bevor der Senat oder bevor die BASFI eingelenkt hat. Also es wurde viel gespart, die Träger mussten Maßnahmen ergreifen, sie mussten beim Personal sparen, es gab Leistungseinschränkungen und erst dann, als es eigentlich wirklich nicht mehr ging und als schon zahlreiche Gespräche geführt worden waren, hat die BASFI eingelenkt. Das ist ein Vorgehen, von dem wir hoffen, dass es eigentlich nicht zur Routine wird, denn es ist eine erratische Sozialpolitik, die keine Verlässlichkeit bietet. Auch der Kollege neben mir hat es schon gesagt, es gibt keine Planungssicherheit für die Träger.

Außerdem, was man jetzt auch zu den sozialen Beratungsstellen noch sagen muss: Es gibt ja nach wie vor Liquiditätsprobleme, die Refinanzierung von Tarifsteigerungen ist nicht das einzige Problem. Dadurch, dass schon seit Jahren gespart wird und andere Kostensteigerungen, wie zum Beispiel Mietkostensteigerungen nicht übernommen wurden, sind Träger zum Teil wirklich in

Finanzierungsschwierigkeiten geraten und es ist jetzt nicht damit getan, dass einfach nur die Tarifsteigerungen refinanziert werden. Da müsste die Behörde noch nachsteuern und die Zuwendungen müssten angepasst werden und das ist bislang noch nicht passiert.

Ich möchte dann kurz auf einen anderen Bereich eingehen, nämlich die Suchthilfe, in der sich die Auswirkungen der derzeitigen Haushaltspolitik auch sehr gut besichtigen lassen. In der Suchthilfe gab es auch starke Einsparungen, es gab direkte und indirekte Kürzungen. Bei den Suchtberatungsstellen, von denen es mittlerweile ungefähr 25 in Hamburg gibt, wurden auch Tarife nicht mehr refinanziert. Das war im Jahr 2013 der Fall. Noch schlimmer eigentlich, die Personalkosten wurden eingefroren auf dem Niveau von 2010. Das hatte bei den Suchtberatungsstellen genau den gleichen Effekt wie auch bei den sozialen Beratungsstellen, es musste Personal abgebaut werden, es gab Abwertungen von Stellen, die Klienten konnten nicht mehr so gut betreut werden, weil Sprechzeiten verkürzt wurden. Dadurch haben sich dann wiederum die Wartezeiten verlängert, was jetzt gerade bei dieser Klientel, das kann man sich denken, nicht gerade zuträglich ist für den Genesungsprozess. Das waren die Kürzungen bei der Suchthilfe, die bis heute nicht zurückgenommen worden sind.

Auch bei der Suchtselbsthilfe gab es Kürzungen und zwar wirklich massiver Art. Da wurde im Jahr 2013 die Zuwendung komplett gestrichen. Das Geld war wirklich einfach nicht mehr da. Das ist ungefähr ein Betrag von 130.000 Euro, von dem wir da reden, und wenn man bedenkt, dass die Suchthilfe mit ungefähr 18 Millionen Euro unterstützt wird von der Stadt, dann sind das ja Peanuts, könnte man denken, aber es hatte verheerende Auswirkungen, denn auch die Suchtselbsthilfe musste sich neu aufstellen. Da sind fast nur Ehrenamtliche tätig, die natürlich auch von hauptamtlichen Mitarbeitern unterstützt werden, aber diese Ehrenamtlichen machen Fortbildungen, sie brauchen erst mal eine Ausbildung zum Suchtkrankenhelfer. Dieses Fortbildungsangebot konnte nicht auf dem gleichen Niveau gehalten werden, es gab weniger Fortbildungen, die Ehrenamtlichen mussten sich mit einem höheren Geldbetrag selbst daran auch beteiligen. Auch die hauptamtlichen Strukturen wurden geschwächt, zum Teil wurden Treffpunkte auch eingestellt.

Das sehen wir vor allem deswegen kritisch, weil es hier nicht nur um ein monetäres Problem geht, sondern auch um das Signal, was die Stadt damit aussendet. Denn einerseits wird immer wieder betont, wie wichtig das ehrenamtliche Engagement ist, es wurde auch die Freiwilligenstrategie zusammen mit dem Aktivoli Landesnetzwerk erarbeitet. Das heißt: Auf der einen Seite baut man diese Strukturen auf, auf der anderen Seite reißt man sie wieder ein. Und das ist für die Ehrenamtlichen, die dort arbeiten, ein ganz verheerendes Signal, denn damit wird gesagt, eigentlich brauchen wir euch gar nicht so richtig. Diese Arbeit wird somit entwertet.

Leider gibt es, wie gesagt, in diesem Bereich noch keine Erfolge zu vermelden. Man muss auch sagen, dass die Träger tatsächlich auch Angst haben, sich zu äußern. Sie sind eben von den Zuwendungen abhängig und die Suchthilfe ist generell ein stiller Bereich, in dem die Träger eigentlich froh sind, wenn nicht so viel Wind gemacht wird. Und momentan sind sie eben zögerlich und trauen sich noch nicht so ganz in die Offensive. Wir sind in Gesprächen mit der Politik und wir schreiben natürlich auch Briefe an die BGV, aber es ist, das haben wir auch kürzlich erst wieder feststellen müssen, erst mal kein Einlenken sichtbar. Wir hoffen, dass es vielleicht noch eine

gute Nachricht zu vermelden gibt, aber das sieht momentan nicht so aus. Kurz gesagt, wir haben es mit Kürzungen zu tun, die nicht bedarfsgerecht sind, die sich überhaupt nicht am Bedarf orientieren, denn sowohl in der Suchhilfe als auch in der Wohnungslosenhilfe ist der Bedarf vorhanden und trotzdem wird gespart. Der Stadt geht es darum, ihre haushaltspolitische Maxime durchzusetzen. Und das ist etwas, was wir höchst fragwürdig finden. Danke schön.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Ja, vielen Dank. Bevor ich Jens das Wort gebe, Kersten.

**Kersten Artus, MdHB:** Ja, schönen Dank für den Beitrag. Wir haben ja letzte Woche in der Diakonie zusammengesessen, da haben Sie uns das ja noch einmal ausführlich dargestellt. Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD sprach ja dann zu unserer großen Überraschung davon, dass es so was wie einen Feuerwehrgeld geben soll, wo Einrichtungen, die nun wirklich so nachweisen können, dass es ihnen ganz, ganz schlecht geht, dann doch noch irgendwoher Geld kriegen sollen. Wie ist das so im Nachhinein, diese lapidare Aussage von Ihnen und euch bewertet worden, das würde mich noch einmal interessieren.

**Sandra Berkling:** Ja, also, wir haben das nicht so gut aufgenommen, , denn einerseits wird dann doch wieder Geld zur Verfügung gestellt, aber eben in Form eines Fonds, der dann wirklich nur als Feuerwehrgeld qualifiziert wird. Und das gibt den Trägern auch wieder keine Planungssicherheit. Es muss wirklich so sein, wie der Kollege auch schon sagte, man muss zu Beginn des Jahres wissen, was auf einen zukommt. Diese Mittel sind ja nicht verlässlich vorhanden, sondern nur wenn man sie wirklich dringend braucht, wenn man wirklich in Not geraten ist, dann bekommt man vielleicht diese Mittel, aber sie sind nicht sicher vorhanden. Die Kollegen, die an diesem Gespräch teilgenommen haben, haben das mit großer Skepsis aufgenommen, weil man eher das Gefühl hatte, man wird damit beruhigt. Es ist so eine Art Beruhigungsspiel nach dem Motto, jetzt echauffiert euch doch nicht so, es ist doch noch ein bisschen Geld vorhanden. Aber ist dieses Geld wirklich vorhanden, reicht es für alle aus? Es ist ein Tropfen auf den heißen Stein, denn eigentlich müssten die Strukturen richtig refinanziert werden und nicht nur, wenn Alarmstimmung ist.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Vielen Dank. Sigi noch einmal.

**Sieglinde Frieß(?):** Ja, ich habe nur eine Frage zu der Refinanzierung. Ich bin ein bisschen überrascht, dass es auf einmal Refinanzierung gibt in bestimmten Bereichen. Gibt es das schriftlich, gibt es da Zusagen dafür, dass es längerfristig ist, oder ist das jetzt einmalig in diesem Jahr, weil im nächsten Februar ein Termin ist?

(Zwischenruf)

**Sandra Berkling:** Also da möchte ich jetzt Frau Reuter nichts wegnehmen, aber soweit ich informiert bin, gibt es erst mal eine mündliche Absprache, schriftlich fixiert ist das meines Wissens noch nicht und es gilt auch erst mal für das nächste Jahr. Oder, Frau Reuter, nicht, dass ich Ihnen da jetzt ...

**Frau Reuter:** Also, für 2013 haben wir die Tarifsteigerungen im August diesen Jahres nachbewilligt gekriegt, richtig schön mit Zuwendungsbescheid und allem

Drum und Dran. Und jetzt, vor, sage ich mal, vier oder sechs Wochen oder so, waren wir in der Behörde zu einem Gespräch mit den Trägern der sozialen Beratungsstellen und Vertretern aus der BASFI, da wurde uns mündlich zugesagt, dass die Tarifsteigerung 2014 sozusagen im Nachhinein mit der Verwendungsnachweisprüfung dann auch bewilligt würde. Nicht, stimmt das so?

(Zwischenrufe)

2014, dann in 2015 wieder ausgezahlt, also analog zu 2013. Stimmt das so? Ja, nicht? So war das, genau.

(Zwischenruf: Also einmalig, (...))

Ja, dann wäre es ja schon das zweite Mal.

(Zwischenruf: Oh, oh, oh, doch so viel!)

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Zweimalig am Ende des Jahres.

**Mehmet Yildiz, MdHB:** Ich wollte nur kurz sagen, im Familienausschuss hatte der Senat wegen den Tariferhöhungen gesagt gehabt, dass im Bereich Offene Kinder- und Jugendarbeit, dass sie 3 Millionen Euro zur Verfügung stellen, das war genau diese Beruhigungsspielle, beim letzten Haushalt war die Offene Kinder- und Jugendarbeit sehr aktiv, sie haben sehr viel und sie waren auf der Straße und sie versuchen damit, die zu beruhigen, aber unter dem Motto, wir verhandeln mit den Trägern, danach werden wir diese Gelder freigeben. Nicht einfach so, jetzt habt ihr 3 Millionen Euro, ihr könnt so ausgeben, wie ihr wollt und der Senat hat so argumentiert, hat gesagt, das Geld können sie auch für andere Sachen ausgeben, nicht nur für Tarifsteigerungen, nach dem Motto, letztes Jahr haben wir 3,5 Millionen Euro gekürzt, jetzt geben wir 3 Millionen Euro in Führungsstrichen ausgleichsmäßig, aber das muss nicht unbedingt für die Tarife ausgegeben werden.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Ja, vielen Dank. Jetzt würde ich Jens Stappenbeck das ...

**Jens Stappenbeck:** Ja, danke schön. Mein Name ist Jens Stappenbeck, ich bin auch von der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege und ich habe zwei Themen. Das erste Thema ist das Mantra der AGFW in den letzten Jahren und das heißt, Tarife, Tarife, Tarife, Tarife. Refinanzierung eben dieser Tarife. Und das versuchen wir seit langer Zeit, immer wieder mit der Behörde oder den Behörden, muss man sagen, an dieser Stelle, zu verhandeln oder dort zumindest zu verankern. Es kann nicht angehen, dass Freie Träger hier keine Refinanzierung eben von Tarifen bekommen, denn das führt am Ende zum Ausbluten genau dieser Arbeit in diesem Bereich, wir haben die Beispiele gehört, muss ich nicht weiter drauf eingehen oder das weiter aufbohren. Nichtsdestotrotz, ich bring an dieser Stelle eine kleine Forderung mit und formulier das vielleicht noch einmal, nämlich wir, die AGFW, fordern die Stadt Hamburg auf, nicht nur die tariflich bedingten Personalkosten sowie Kosten einer betrieblichen Altersvorsorge ihrer eigenen sozialen Angebote vollständig zu finanzieren, sondern auch die der Freien Träger, um Standardabsenkungen, das ist nämlich die Folge, haben wir eben gehört, prekärer Beschäftigung und Tariffucht nicht noch weiter Vorschub zu leisten.

Standardabsenkungen ist ein Stück weit der Taschenspielertrick, der hier so ein bisschen passiert, denn da wird ja ganz viel vom Senat immer wieder gesagt, wir finanzieren oder wir refinanzieren Tarife. Das tun sie dann auch, aber mit weniger Arbeitszeit, das heißt einfach, die Arbeitszeit der Kolleginnen und Kollegen wird dann einfach runtergekürzt und dann passt das schon mal irgendwie da. Oder man macht das halt so, dass man sagt, na ja, wir können ja mal gucken, wie wir das Ganze irgendwie querfinanzieren und welche Möglichkeiten da bestehen und so weiter und so fort. Und dann wird geguckt, was ist denn da noch an Sachkosten da, welche Stellen kann man denn noch bewirtschaften und so, und versucht das so noch irgendwie hinzudrehen, also auszuknautschen bis zum Gehtrichtmehrer. Das kann es nicht sein aus unserer Sicht. Und ich gucke einmal hier auf meine erste Seite, weil, ich habe die Mappe mit von unserer Tagung, Sozialpolitik in Zeiten der Schuldenbremse, Auswirkungen auf das soziale Klima in Hamburg, da gab es eine Diskussionsveranstaltung am Ende. Und jetzt wird es interessant, da halte ich es mit Katja Suding, das sage ich Ihnen ganz ehrlich, die hat im Rahmen dieser Veranstaltung gesagt, dass gehört sich nicht. Das finde ich auch. Das gehört sich nicht, dass die Tarife nicht refinanziert werden, so. Da, finde ich, ist die FDP ganz weit vorne, was das angeht.

(Zwischenruf: Besonders leitende Dienst(?).)

– Eben. Das vielleicht zum ersten Teil

Ich habe einen zweiten Teil, den ich hier kurz benennen möchte, das ist der Teil, den kennen Sie alle, das treibt uns alle um. Die Rahmenbedingungen in den Hamburger Krippen sind inakzeptabel und führen zu einer Überlastung der Fachkräfte. Das ist Fakt an dieser Stelle. Vielleicht kurz zum Hintergrund, bislang ist das so weit noch nicht gekommen, wir haben rund 59.000 Kita-Plätze, das war 2013. Diese sind bei etwas mehr als 1.000 Kitas, diese Plätze insgesamt. In Hamburg liegt der Krippenbereich beim Personalschlüssel der Fachkraft Kindrelation im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern an letzter Stelle. Das sind so einmal die Highlights vielleicht in diesem Bereich. Und nicht nur wir, also nicht nur die Studie der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zu diesem Thema, sondern auch der Ländermonitor von der Bertelsmann Stiftung kommt zu genau diesem Ergebnis und dann heißt es dort, in der frühkindlichen Bildung bleibt gute Qualität oftmals auf der Strecke, weil viele Kindertageseinrichtungen nicht genügend Erzieherinnen haben. Die Personalschlüssel in Hamburgs Kitas weichen erheblich von einem kindgerechten und pädagogisch sinnvollen Betreuungsverhältnis ab, in keinem anderen westlichen Bundesland ist eine Erzieherin für mehr unter Dreijährige zuständig als in Hamburg. Das ist die Situation.

Und vor diesem Hintergrund haben wir oder sagt dann unsere Studie, an dieser Stelle Frau Viernickel(?), ich lass da auch noch einmal die Wissenschaftlerin sprechen mit einem Zitat: „Wir haben die Arbeitssituation der Erzieherinnen und Erzieher in den Hamburger Kitas, die Rahmenbedingungen und die Qualität der Erziehung und die Betreuung in den Kitas der Hamburger Wohlfahrtsverbände untersucht. Außerdem fragten wir, in welchem Maß die Hamburger Bildungsempfehlungen berücksichtigt werden. Unser wichtigstes Ergebnis: Der Personalschlüssel für Kinder im Krippenbereich ist deutlich zu niedrig. Das ist kurz zusammengefasst das, wo sich oder wo im Moment aufseiten der AGFW ganz viel

Arbeit reingesteckt wird, um diesen Bereich besser ausstatten zu können, das machen wir gemeinsam mit SOAL, da drüben sitzt die Kollegin von SOAL, wir haben hier versucht, in den Verhandlungen das Ganze nach oben zu verhandeln. Die Antwort des Senates an dieser Stelle ist, es gibt nichts.

Die Größenordnung, mit der wir einsteigen würden, wäre, dass wir für den in einem ersten Schritt, weil das, was da fehlt, ist eine Menge, das muss man dazu sagen, dass wir in einem ersten Schritt vor allen Dingen den Bereich refinanziert bekommen oder, ja, muss man schon sagen, refinanziert oder finanziert bekommen, der da heißt, mittelbare Pädagogik und Ausfallzeiten, das wären ... in einem ersten Schritt 25 Prozent dieses von der Gesamtforderung ausmachen würde und damit würden wir einsteigen wollen, aber, wie gesagt, da passiert nichts.

Vielleicht ganz kurz zu den Möglichkeiten, was man da tun kann. Tja, ich glaube, eine Menge, das haben wir gesehen. Es ist deutlich geworden durch Fachtage, die wir hier von unserer Seite organisiert haben, aber von Kolleginnen und Kollegen sind hier weitere Aktionen gelaufen. So haben beispielsweise Leitungskräfte einen Brandbrief überreicht, es hat eine große Demonstration gegeben et cetera. Also ich glaube, da ist eine Menge zu machen oder geht eine Menge. Und ich denke auf der anderen Seite, dass an dieser Stelle sich deutlich etwas bewegen muss. Soweit erst mal.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Ja, vielen Dank. René möchte eine Frage.

**René Claire:** Zwei Sachen, ich bitte um Entschuldigung, ich muss gleich gehen, weil ich noch in die Fraktionsgeschäftsstelle zu euch will zu einer weiteren Sitzung. Ich bitte um Nachsicht, ja. Das geht gleich los. Das ist das Erste. Das Zweite ist, ein paarmal, vielleicht habe ich das ja falsch verstanden und ich will jetzt auch keine Diskussion eröffnen, ging das darum, so, dass die Mitarbeiter im kommunalen Bereich, dass die ja abgesichert sind und die Altersversorgung und solche Sachen, das habe ich bei Ihnen ja eben so verstanden. Also gespart wird bei uns halt eben anders. Da wird halt über Jahre Stellen nicht besetzt. Ich habe zwei Jahre völlig alleine gearbeitet da in Neuwiedenthal und die Stellen werden einfach nicht besetzt, so. Oder die Sachmittel werden bei uns natürlich selbstverständlich auch gekürzt. So, da ist eben ein Einstellungsstopp einfach im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit auch im öffentlichen Dienst, selbstverständlich, und es gibt nur ein paar wenige Schonbereiche, den ASD zum Beispiel, wobei das auch da schwierig ist, die Stellen alle wieder zu besetzen, weil auch selbst für E 10 ist die Bereitschaft, da noch etwas zu machen, auch eingeschränkt.

Dann, wie gesagt, ich weiß, wie schwierig die Situation bei euch bei den Freien Trägern ist und vielleicht nicht zu vergleichen, aber ich denke, wir sollten aufpassen, dass wir da nicht gegeneinander ausgespielt werden. Weil, es wird bei allen gekürzt und wir werden alle scheiße bezahlt, so, sage ich jetzt mal. Oder es gibt andere Mechanismen, um halt eben die Bereiche klein zu sparen. So, das war das Wort noch mal zum Sonntag, okay.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Gut, vielen Dank. Das sollte noch mal gesagt werden. Jetzt Sabine Kümmerle.

**Sabine Kümmerle:** Sabine Kümmerle, Sozial- und alternativer Wohlfahrtsverband SOAL, (...)

(Zwischenrufe: Alle müssen ausmachen.)

Ah, jetzt leuchtet es, sehr gut. Noch mal, Sabine Kümmerle, Alternativer Wohlfahrtsverband, wir vertreten in Hamburg rund 200 Einrichtungen aus dem Bereich Kindertagesbetreuung und GBS und seit diesem Jahr auch Einrichtungen der Jugendhilfe und des HzE-Bereichs. Den Bereich wird gleich noch Heinz Bründel erläutern. Und obwohl ich mich mit Jens Stappenbeck nicht abgesprochen habe, passt das sehr gut, was Sie gesagt haben, weil ich für den Kita-Bereich noch einmal den Fokus auf einige andere Fragen legen wollte.

Der Kita-Bereich ist ja in den letzten Jahren, so sagt es die Senatswerbung, einer der bevorzugten Bereiche gewesen und immer gut ausgestattet worden. Was dabei nicht gesagt wurde, ist, wo in dem Bereich die Kürzungen stattgefunden haben. Ich möchte das einfach nur mal kurz geschichtlich aufgliedern. Im Jahr 2003 ist das Kita-Gutscheinsystem eingeführt worden. Damit ist die Stadt aus der Jugendhilfeplanung ausgestiegen und auch aus der Finanzierung der Zuwendungen für die Kitas, sondern sie ist umgestiegen auf ein nachfrageorientiertes, subjektfinanziertes Marktsystem, jedes einzelne Kind bringt das Geld mit. Damit ist den Kitas auch die marktwirtschaftliche Verantwortung übertragen worden, die Stadt zieht sich hier vollkommen aus der Verantwortung raus. Und angefangen davon hat sich die Stadt aber dann doch nicht ganz rausgezogen, weil sie 2005 massive Standardabsenkungen durchgesetzt hat. Wenn man die Leitungswochenstunden 2004 pro Kind mit denen 2014 vergleicht, dann gibt es im Krippenbereich eine Absenkung von 28 Prozent im Bereich der Leitungswochenstunden. Im Elementarbereich sind es 7 Prozent bei den Leitungswochenstunden. Wenn man die Erzieherinnen anguckt, also die Erzieherwochenstunden, dann wurden bei den Krippen 2004 13 Prozent gekürzt und im Elementarbereich 10 Prozent. Diese Kürzungen sind nie zurückgenommen worden.

Im Jahr 2009, das ist der nächste Schritt gewesen, den wir zusammen gegangen sind, gab es Neuverhandlungen des Landesrahmenvertrages. Und da gab es eine Sache, über die wir sehr froh sind, nämlich, wir haben eine indexbasierte Fortschreibungsrate für den Kita-Bereich festlegen können. Das heißt, ein Index, der sich zusammensetzt aus den Personalkosten, natürlich nicht 1:1, sondern die Durchschnittswerte von Hamburg im Bereich der öffentlichen Dienstleistung und das Teilentgelt Gebäude und die Sachkosten werden angeglichen über den Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes.

Diese Steigerung ist einmalig und wenn es eine Waffe gibt, meiner Ansicht nach, gegen die Schuldenbremse, die bisher geholfen hat im Kita-Bereich, dann ist es diese Steigerungsfortschreibungsrate, die in Paragraf 20 Landesrahmenvertrag Kita feststeht, weil, die hatte auch Bestand bei der letzten Auseinandersetzung vor der Schiedsstelle. Die Stadt wollte nur 1,25 Millionen Euro(?) refinanzieren in 2012, wir sind zusammen vor die Schiedsstelle gezogen, die uns recht gegeben hat. Sowohl für den Kita- als auch für den GBS-Bereich müssen diese Fortschreibungsraten umgesetzt werden. Sie haben aber auch, und das haben wir schon von den Kollegen gehört, den gleichen Haken wie bei den anderen Fortschreibungsraten, nämlich, sie



refinanzieren nicht die vollen Kosten und sie werden erst ein Jahr im Nachhinein gezahlt. Das heißt, die Einrichtungen müssen auch massiv in Vorleistung gehen.

Ebenfalls im Landesrahmenvertrag 2009 haben wir festgeschrieben, dass es Verbesserungen geben muss. Die Stadt hat in der Protokollerklärung festgeschrieben, dass es sie nicht geben kann wegen der Haushaltssituation et cetera. Die Verbesserungen, die wir schon damals eingefordert haben, lagen bei Personalstandards und Berücksichtigung der mittelbaren pädagogischen Arbeit im Krippenbereich, Frühförderung bei den unter Dreijährigen, die ist ja bis jetzt nicht geklärt, und die Verbesserung der Situation in den sozialen Brennpunkten. Allein der letzte Punkt ist über das Kita-plus-Programm für rund 300 Kitas umgesetzt worden, allerdings auch nicht im Rahmen der Gutscheinförderung, sondern als Extramittel und jetzt findet gerade eine Verlängerung um ein Jahr statt und wir werden dann sehen, wie es weitergeht. Kita-Plus bezieht sich auch nur auf den Elementarbereich im Augenblick, also der Krippenbereich ist da außen vor.

Was ebenfalls im Kita-Bereich und im GBS-Bereich stattgefunden hat, war eine massive Strukturveränderung. Das haben wir auch schon von den Kollegen gehört, die Arbeit hat sich komplett verändert und ich habe hier ein Papier dabei, was Einrichtungen aus allen Verbandsbereichen mal zusammengetragen haben. Es ist einfach eine Auflistung der Dinge, die sich verändert haben in den letzten Jahren. Wir haben das jetzt nicht abgesprochen, aber ich würde Ihnen das gerne dann mitgeben. Das sind so viele Seiten, die ich hier nicht vorlesen möchte. Genau.

Aber so ein paar Beispiel vielleicht noch so lebhaft, was denn überhaupt jetzt dazugekommen ist. Zum einen ist irgendwann im Landesrahmenvertrag verhandelt worden, ja, die Kitas sollen alle zwei Jahre ein Qualitätsentwicklungsverfahren, sich zertifizieren lassen, Qualitätsentwicklungsverfahren machen, im zweijährlichen Rhythmus ihre Arbeit überprüfen. Und die Kosten für diese Qualitätsentwicklungsverfahren wurden nie in den Sachkosten hinterlegt. Es wurde immer darauf verwiesen, ja, ihr habt doch da irgendwie Mittel für Fortbildung in den Sachkosten, daraus könnt ihr das doch bezahlen. Diese Fortbildungsmittel waren bei der Verhandlung zum Landesrahmenvertrag 2003 echt wenig im Vergleich zu dem, was Kitas jetzt an Fortbildung brauchen durch die Einführung des Krippenausbauprogramms, durch die vielen jüngeren Kinder, durch die Hamburger Bildungsempfehlungen. Wenn man das vergleicht, reicht das schon allein für die Fortbildung nicht, geschweige denn für die Qualitätsentwicklungsverfahren. Das heißt, das muss aus Mitteln, die originär eigentlich in die Betreuung gehen sollten, bezahlt werden.

Und wir erleben in letzter Zeit eine unglaubliche Fülle an gesetzlichen Regelungen, hat der Kollege von Basis & Woge auch schon gesagt, die wir irgendwie erfüllen müssen. Lebensmittelhygieneverordnung, HACCP-Schulungen, Brandschutzverordnungen, Erstellung von Schutzkonzepten, Dinge, die wir gerne machen, weil sie den Kindern dienen, die aber unglaublich viel Zeit kosten. Sie haben gesagt, Sie haben ein Konzept geschrieben für Schutzkonzepte. Ich möchte, dass die Einrichtungen dieses Konzept nicht schreiben, ich möchte, dass sie es leben. Und dazu brauchen die Teams Zeit, sie brauchen Zeit, sich zu reflektieren, Zeit für Fortbildung, Zeit für Gespräche. Das ist im Kita-System nicht vermacht und dringend notwendig.

Wir sind durch die Kinderschutzfragen über Yagmur auch dazu gekommen, dass wir verbindlich mit dem ASD zusammenarbeiten sollen. Joachim hatte vorher die verbindliche Zusammenarbeit, die auf die Offene Kinder- und Jugendhilfe zukommt, angesprochen. Das betrifft auch den Kita-Bereich an verschiedenen Ecken und Enden. Und eine besonders große Farce finde ich, jetzt in letzter Zeit, ist die Aussage von Senator Scheele zur externen Evaluation. Sie wissen ja alle, über diese Kontrolldiskussion Kita-TÜV hat sich dann die externe Evaluation entwickelt, an der wir gerade arbeiten. Wir haben festgestellt, dass das eigentlich einer gesonderten Finanzierung bedürfte, dass wir da auch drüber verhandeln müssen. Jetzt haben wir gehört, nein, das ist auf jeden Fall in den Leistungsentgelten drin, das könnt ihr doch selber zahlen. Das heißt, wir haben eine Situation, wo, wie Herr Stappenbeck dargestellt hat, die Forschungsergebnisse zeigen, wir können die Hamburger Bildungsempfehlungen nicht umsetzen mit den Personalstandards. Und jetzt sollen wir auch noch die Kontrolle dafür, die gucken soll, ob wir die Hamburger Bildungsempfehlungen umsetzen können, selber bezahlen. Ehrlich, da hört es bei uns auf. Gut.

Vielleicht noch ein kurzes Wort zur GBS. Das ist ja ein relativ neues Feld. 2013 wurden die Horte komplett abgeschafft und alles in den GBS-Bereich umgestellt. Hintergrund dieses Gedankens war, dass die SPD sagte, na ja, eigentlich wollen wir möglichst viele Kinder in die Nachmittagsbetreuung bekommen, ihnen diese Chance geben. Dafür stehen wir auch und da stehen wir voll dahinter. Aber eigentlich wollten sie doppelt so viele Kinder fürs gleiche Geld da hineinkriegen und das ist eben etwas, was nicht funktioniert. Diese Discounter-Mentalität funktioniert bei Menschen nicht. Sie werden nicht billiger, wenn man sie in der Menge betreut. Und das merken wir eben jetzt. Die Schulen sind in ihrer Räumlichkeit noch nicht so weit, dass man sagen kann, ja, da ist ein guter Ganzttag in den Räumen möglich. Da muss deutlich nachgesteuert werden. Und wir sind dabei, dieses System zu entwickeln, aber die Sparmentalität greift dann nicht. Da muss noch etwas kommen.

Also noch einmal so zusammenfassend, wir hatten massive Standardabsenkungen. Die sind bis heute nicht zurückgenommen worden. Kein Wunder, wenn 500 Leitungen hier einen Brief schreiben und sagen, sie sind im Grunde genommen überlastet. Die Aufgaben und Anforderungen an die Kitas sind gestiegen. Die Ressourcen sind nie angepasst worden. Die Fortschreibungsrate deckt die Kostensteigerungen nicht in Gänze ab. Die Standardabsenkungen gehen weiter. Das hat für die Erzieherinnen die Konsequenz, dass sie überlastet sind, dass sie sagen, jetzt reicht es, dass sie auf die Straße gehen. Und was wir eigentlich brauchen, wäre eine ganz andere Wahrnehmung, die ausgeht von den Rechten der Kinder. Was brauchen denn die Kinder und wie können wir das realisieren? Und wir brauchen eine Wertschätzung für die Arbeit der Kollegen. Das ist hier auch schon öfters gefallen, auch gerade im Zusammenhang mit der Lohnforderung. Ja, danke fürs Zuhören.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Ja, vielen Dank, dann leiten wir gleich über zu dem Nachbarn Heinz Bründel.

**Herr Bründel:** Ja, ich bin Heinz Bründel und sitze hier sozusagen auch auf dem So-Hall-Ticket (?) und gebe Ihnen einmal so ein paar Blicke auf den Bereich, der hier genannt worden ist mit Leistungsbereich. Also, gemeint ist sozusagen alles das, was unter HzE fällt, Hilfen zur Erziehung, die ja im SGB VIII sozusagen einen

Rechtsanspruchsstatus haben, der individuell einklagbar ist. Das allein ist für jede Schuldenbremse natürlich die Gefahr, die irgendwie gesehen wird und die zu bannen ist. Und der Senat hat sich ja in den letzten Jahren einiges einfallen lassen dazu, um da an der Stelle das Aufwachsen, und zwar das Aufwachsen und damit ist da in dem Falle dann auch das Über-den-Kopf-Wachsen gemeint ... Übrigens, kleiner Schlenker nach Altona. Da wird, wenn die Haushalte sinken, von Abwachs gesprochen. Das ist da der Gegenbegriff, schmunzel, schmunzel, aber tiefer Ernst. Also, das Programm, was sozusagen in diesen Leistungsbereich eingeführt worden ist, das nennt sich hier in Hamburg ja Weiterentwicklung der Jugendhilfe. Das ist alles das, was in dem Bereich der, ich nenne das immer: der S-Klasse kommt, also alles, wo „sozialräumlich“ davor steht, ist sozusagen eine vierte Jugendhilfesäule geworden neben der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, den Leistungsbereich der Hilfen zur Erziehung und den Kita- und Krippenbereich sozusagen als vierte Säule inzwischen aufgestellt ... Ein völlig eigenständiges Programm hat der Senat auf die Beine gestellt, aber aus dem gleichen Haushaltstitel, aus dem Haushaltstitel, aus dem auch die Hilfen zur Erziehung finanziert werden. Das heißt, rechnerisch geschieht mit diesem Geld eine Hilfe zur Erziehung, rechnerisch und auch haushalterisch. Und der Witz an der Sache ist, dass man natürlich gut sozialräumlich denken kann, wenn man sozialräumlich im Sinne von schnell erreichbar für die Bevölkerung ohne große Bewilligungsverfahren sozusagen bedarfsgerecht organisierbar, wenn man all diese Begriffe sozusagen unter „sozialräumlich“ nimmt, dann wäre das wunderbar, wenn man das könnte. Das bedeutet aber, dass man auch sozialräumlich organisieren muss und sozialräumlich entscheiden muss, und das genau passiert nicht, weil das nämlich Mittel der Hilfen zur Erziehung sind, die aus dieser sogenannten Zweckzuweisung im Haushalt kommt und von daher eine Steuerungsmaße sind. Und Steuerung hat immer etwas damit zu tun, dass einer sagt, so wird es gemacht. Und das hebt letztlich den sozialräumlichen Gedanken auf, weil dort nicht mehr einvernehmlich gehandelt wird, sondern weil die Mittel eingesetzt werden. Die bezirklichen Jugendhilfeausschüsse haben sozusagen zunehmend weniger Einfluss auf diese Mittel, also wenn es hochkommt, informiert das Jugendamt das bezirkliche Jugendamt über den Einsatz dieser Mittel, aber mit dem Argument der Steuerung. In Bezug auf die Frage der Schuldenbremse sozusagen gerät zunehmend Augenhöhe außer Gefahr, Partizipation außer Gefahr, Know-how wird nicht benutzt. Also, gemeinsame Planung, sozialräumliche Planung mit den Akteuren vor Ort findet zunehmend weniger statt. Das ist eine Festlegung sozusagen in der Linie derjenigen, die sozusagen der Haushaltsdisziplin zu beachten haben (?). Das ist der wichtigste Punkt.

Ansonsten trifft alles, was sozusagen überall gesagt, von allen Kolleginnen und Kollegen gesagt worden ist, natürlich in Abschwächung und in Nuancen auch auf die Leistungsbereiche der Jugendhilfe zu. Also, auch die Standards zu den Hilfen zur Erziehung stehen unter Druck. Die Tarifsteigerungen werden nicht in voller Höhe finanziert. Also, da wird hart verhandelt da an der Stelle. Und die Träger haben alle die gleichen Schwierigkeiten wie die Träger, die mit Zuwendungen unterwegs sind. Die haben andere Möglichkeiten, das auszugleichen. So ein Träger der Hilfen zur Erziehung kann ja einfach seinen Mitarbeitern sagen, ja, dann macht doch einen Fall mehr. Aber das ist eine Arbeitsverdichtung da an der Stelle. Wenn man das nicht machen würde, wenn alles gleich bliebe, dann wären wir unter den gleichen Bedingungen wie alle anderen auch. Wir müssen auch überlegen, wie wir sozusagen die tatsächlich vorhandenen Kosten refinanzieren, weil in den Entgelten, in den

Verhandlungen über das das genauso wenig eingestellt wird, wie das im Zuwendungsbereich auch passiert.

Diese Programme, die da an der Stelle jetzt auch, diese sozialräumlichen Hilfen, die da gemacht werden, werden gleichzeitig sozusagen ausgestattet mit hohen technischen Begleitprogrammen. Also, Technik wird ja offensichtlich auch sehr angesehen, glaube ich, zur Beherrschung auch der Haushaltsdisziplin, für mich auch irgendwie ein Instrument der Schuldenbremse oder der Versuch mit Technik und Standardisierung von Abläufen und Menschen in Schubladen einsortieren ... Also, JUS-IT ist das eine. In dem Bereich der Sozialhilfen gibt es noch wieder ein anderes neues Verfahren, hochbegleitet, professionell sehr begleitet, aber wahrscheinlich auch nicht ganz billig. Ich weiß nicht, was es kostet. Das hat die Lawaetz-Stiftung im Auftrag, dieses ganze sozialräumliche Hilfenprogramm, da ein besonderes Berichtsverfahren noch einmal zu machen, also eine Jugendhilfe neben der Jugendhilfe neben der Jugendhilfe, die es schon gibt, völlig neue Systematiken und ... Punkt.

Und dann gibt es ja auch noch sozusagen diese Entwicklung in den Zwangssystemen, nenne ich sie immer, also im Schulsystem zum Beispiel. Das ist ja kein Freiwilligkeitssystem, sondern das gibt eine Schulpflicht. Da hat jeder hinzugehen. Es gibt da die jüngsten Urteile – das will ich jetzt nicht kommentieren –, die sozusagen ja sich – Joachim Gerbing hat das auch angedeutet – sozusagen ausweiten, also mehr Lebenszeit der sonst von der Jugendhilfezielgruppe sozusagen in Anspruch nehmen. Und denen wird gesagt, na ja, jetzt gibt es ja euch. Das heißt, wir brauchen dann auch sozusagen im Bereich der Jugendhilfe insgesamt weniger, aber all diese Regelsysteme sind weder ausgebildet dafür ... Also, es gibt sozusagen zum Thema Kinderschutz und Schule, also diese ganze Debatte um Kinderschutz in Hamburg ... Kinderschutz und Schule ist mir nicht bekannt, dass es wäre ... Die Systeme sind völlig unverknüpft. Also, die ASDs haben nichts mit den Schulen zu tun. Wir haben an einer Stelle einmal ausprobiert, irgendwie herauszukriegen, ob es eine Verbindung gibt sozusagen. Gibt es eigentlich viele Schüler, die auch Jugendhilfe erhalten aus dem Leistungsbereich an bestimmten Schulen und könnte man da nicht sozusagen dann bestimmte Dinge organisatorisch anders regeln, dass man da in der Schule sozusagen mehr mit diesen Kindern macht und dann sozusagen es auch so etwas gibt wie schulische Jugendhilfe oder irgendwie so? Da haben die Jugendämter gesagt, das wissen wir nicht. Da haben sie bei den Trägern gefragt, das muss man sich einmal vorstellen, haben die Träger gefragt, könnt ihr uns einmal aufschreiben, wo die Kinder, für die ihr Einzelfallhilfen habt, eigentlich zur Schule gehen, weil die gar nicht in der ... Also, nur um zu sagen, wie wenig Verbindung das gibt.

Und dieser – ich ordne das jetzt einmal zu –, dieser Reflex auf Schuldenbremse und die Antwort sozusagen dieses Budgethilfen zur Erziehung, das ja in der ganzen Bundesrepublik sozusagen einen riesigen Aufwachs hat, wird ja in den letzten 20 Jahren 130, 150, 170 Prozent sozusagen mehr ausgegeben, das führt zu einem ziemlichen Aktionismus auf der Ebene von „Wir probieren alles, um das sozusagen im Griff zu behalten“ und dieser ganze SHA-Bereich ist völlig planlos. So erlebe ich das. Es wird in den Stadtteilen dann von Bausteinen gesprochen. Also, das ist der Jargon. Und es hat mit Planung, mit Jugendhilfeplanung überhaupt gar nichts zu tun. Das ist Aktionismus. Und ich ordne das dem Effekt der Schuldenbremse zu. Vielen Dank.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Ja, vielen Dank. Ich würde dann gleich überleiten, weil wir haben ja ein richtig anspruchsvolles Programm heute. Das ist ja auch eine Zumutung. Das ist mir wohl bewusst, aber es ist uns auch wichtig, in gewisser Weise die verschiedenen Aspekte zusammenzubekommen und wir versprechen ja auch, dass wir alle diese Momente praktisch in die Debatte noch hineinbringen werden. Jetzt Klaus Wicher.

**Herr Wicher:** Ja, Klaus Wicher, Sozialverband, SoVD. Wir sind ein bundesweiter Interessenverband. Wir wirken auf die Sozialgesetzgebung ein auf Bundesebene und auf Länderebene und haben Hilfen bereitgestellt für unsere Mitglieder, die in der Regel zu den Benachteiligten in der Gesellschaft gehören.

Wir haben bundesweit 580.000 Mitglieder, in Hamburg 18.500. Ich sage das deswegen, wir bekommen keine Zuschüsse vom Staat, sondern alle unsere Leistungen müssen wir aus Mitgliedsbeiträgen erbringen. Beispielsweise haben wir für unsere Mitglieder eine kostenfreie Sozialrechtsberatung bereitgestellt. Wir vertreten auch vor Gericht bis, wenn es sein muss, sozusagen bis in die letzte Instanz. Dies hat Vorteile. Wir haben keinen Maulkorb. Das heißt, wir müssen nichts verschweigen, was wir für richtig halten. Das heißt, wir sagen, was wir denken. Das tun wir eben oft und nicht immer zur Freude derjenigen, die dann auf der anderen Seite sitzen, um nicht zu sagen, der Herrschenden oder derjenigen, die die Politik bestimmen. Es hat aber auch Nachteile. Wir würden beispielsweise gerne in Wilhelmsburg, Hamm, Rothenburgsort eine Beratungsstelle einrichten. Das können wir im Moment nicht, weil uns dazu die Mittel fehlen. Gut, da muss dann daran arbeiten.

Ich möchte zunächst einmal Norbert Hackbusch auch ein Lob aussprechen für diese Art von Veranstaltung. Es zeigt doch hier sehr deutlich, wenn man die Träger an den Tisch holt, wo es wirklich drückt und wo Dinge verändert werden müssen und wie die Schuldenbremse letztendlich auf die sozialen Leistungen in der Stadt einwirken. Das finde ich sehr gut und ich will das jetzt auch nicht alles wiederholen, was hier gewesen ist. Ich werde nur ein, zwei kleine Themen noch ansprechen, möchte allerdings noch einmal deutlich machen, die Lage in der Stadt ist ja keineswegs so, dass man sich da zurücklehnen kann, sondern wir haben, wenn man den Landesmedian nimmt, 17,7 Prozent arme Menschen in der Stadt. Wenn man das einmal rund rechnet, um sich das vorzustellen, gehört fast jeder Fünfte in der Stadt zu den Armen. Da wohnen da auch 58.000 Kinder. Wir haben ja gerade gehört, wie dort in diesem Bereich die Leistungen auch zurückgedrängt werden, und wir alle wissen ja, dass die Herkunft ganz wesentlich über den Bildungserfolg auch mitentscheidend ist. Darüber gibt es ja jetzt gerade wieder eine neue Studie, die nicht überrascht für diejenigen, die letztendlich sich damit auskennen. Das heißt, wir haben hier ganz viele Kinder, die auch in der Gesellschaft abgehängt werden, wenn da auch noch Bildungsferne der Eltern dazukommt, die dann in dieser Gesellschaft weitgehend auch chancenlos sind.

Wir merken immer mehr, dass vor allen Dingen auch alte Menschen zu denen gehören, die in der Gesellschaft abgehängt werden. Die Altersarmut, das wissen wir, nimmt dramatisch zu. Das wissen viele gar nicht, weil sie denken, das kommt erst auf uns zu. Die Wahrheit ist, die Altersarmut ist längst in der Stadt und in Deutschland angekommen. Wir haben nicht so viel Altersarme im Moment wie der Durchschnitt in

der Stadt, aber man muss sich die Steigerung einmal angucken. Ich habe es nicht genau im Kopf jetzt, aber so ungefähr von 2005, da waren es etwa 8 Prozent der älteren Menschen, also der über 65-Jährigen – heute sind das knapp 14 Prozent, und das ist eine enorme Steigerungsrate. Das ist eine der größten Steigerungsraten sozusagen im Bereich der Armut, die wir im Moment wahrnehmen können. Das hängt natürlich zusammen mit der sozialen Gesetzgebung, also einerseits mit der Rentengesetzgebung. Wir alle wissen, dass die durchschnittliche Rente, so kann man das auch bezeichnen, bis 2030 sinken wird auf 43 Prozent des letzten Nettos, so um sich das vorstellen zu können. Da hat Frau von der Leyen eine große Leistung gebracht. Im Moment ist sie ja an anderen Feldern wieder tätig. Sie hat nämlich deutlich gemacht, dass jemand, der ein durchschnittliches Einkommen hat, in einer Rente landen wird, die Altersarmut bedeutet. Und ich finde, das haben wir lange früher gesagt, aber ich finde, dass sie das noch einmal sehr deutlich auch in die Gesellschaft eingebracht hat.

Wenn wir uns angucken in Hamburg die Familienarmut, ein Viertel aller Familien mit mehr als zwei Kindern ist in Armut. Ganz schlimm ist übrigens die Situation bei den Alleinerziehenden, übrigens ja immer überwiegend Frauen. Es gibt auch ein paar Männer, aber überwiegend Frauen sind davon betroffen mit zwei und mehr Kindern. Da ist fast die Hälfte der alleinerziehenden Familien in Armut. Und das sind ja alles Zahlen, die nicht nur hier bekannt sind, sondern natürlich auch bei denjenigen, die in der Regierung sind und die Verantwortung an der Stelle tragen. Und es wird relativ wenig strukturell gemacht, um diese Dinge sozusagen zurückzuführen, um also die Chancen und die Teilhaber an der Gesellschaft für diese Menschen zu sichern.

Ein wichtiger Punkt, der hier auch mehrfach genannt worden ist, es muss verpflichtend, gerade vor dem Hintergrund einer Schuldenbremse, eine strukturelle Absicherung der sozialen Leistungen in der Stadt erfolgen und zusätzlich zu dieser strukturellen Absicherung brauchen wir das, was an Mehr dazukommt, das muss auch an mehr Geld und an mehr Ressourcen bei den Trägern landen. Das ist aber in der heutigen Zeit, das haben wir hier mehrfach gehört, nicht gewährleistet. Wir haben dann so etwas wie Feuerwehrfonds, Quartierfonds. Das sind alles Reparaturmöglichkeiten, um die schlimmsten Auswüchse vor Ort abzudeckeln, damit da nicht so viel Ärger hochkommt. So, und das muss man natürlich auch mit Deutlichkeit, das muss man mit Deutlichkeit sagen und man muss mit Deutlichkeit auch sagen, dass an den unterschiedlichen Stellen eine sehr starke Marktorientierung hineinkommt. Das heißt, eigentlich sollen sich die Sozialen Träger in einen Wettbewerb begeben, wer hat die besten Lösungsmöglichkeiten, um die Menschen, die benachteiligt sind, sozusagen an die Gesellschaft mit heranzuführen, ihnen eine Teilhabe zu sichern. Da muss der Wettbewerb hin. Der Wettbewerb soll nicht dahin, dass man um die Kinder und Alten und so weiter buhlt, damit sie Geld gewissermaßen in die Kasse hineinschwemmen.

Ich will einen Punkt benennen, der jetzt auch gerade wieder in der Presse eine Rolle gespielt hat. Das ist die Frage der Langzeitarbeitslosigkeit. Ein Blick auf den Haushalt, wurde ja gewünscht, zeigt, dass unter einer CDU-Regierung, CDU- und Grünen-, der arbeitsmarktpolitische Haushaltsteil rund 50 Millionen Euro groß war. Jetzt gibt es ja diese mittelfristige Finanzplanung und ... Wie hieß das? Das war ein tolles Wort. Wie hieß das da in Altona?

(Zwischenrufe: Abwachsen.)

Da wird abgefrackt (Anmerkung: Er meint wohl „abgewachsen“). Das fiel mir vorhin dazu ein, abgefrackt auf ungefähr 14 Millionen Euro. Das heißt, man sieht hier auch, wie sich der Staat Schritt für Schritt aus der Verantwortung abzieht. Das kann man an verschiedenen anderen Stellen auch noch sich angucken, übrigens auch da, wo Steigerungen im Haushalt drin sind. Die Steigerungen haben ja nichts damit zu tun, dass da die zusätzlichen Maßnahmen finanziert werden, sondern die haben etwas damit zu tun, dass die Menschen das brauchen. Gut, also Riesenmittel, da brauchen wir jetzt nicht im Einzelnen darüber zu sprechen. Also, Langzeitarbeitslosigkeit ist ja fast eine vergessene Gruppe. Es gibt in Hamburg rund immer über die Jahre 23.000 Menschen, die langzeitarbeitslos sind, also länger als zwei Jahre arbeitslos sind. Das IAB (?), das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, hat herausgefunden, dass ein Drittel dieser Langzeitarbeitslosen seit Beginn Hartz IV, also seit 2005 im Dauerbezug ist. Die sind da nie herausgekommen. Das ist eine Sackgasse. Und wer dann weiß, dass am Schluss eine Zwangsverrentung kommt ... Also, da sagen die Mitarbeiter, wir bei Teamarbeit Hamburg, jetzt gehst du in Rente, und der sagt, nein, dann hilft ihm das gar nichts, sondern dann wird das von Amtswegen eingeleitet. Das ist ja, wenn man so will, gelebte Sozialgesetzgebung, die wir im Moment haben, und dann muss man auch einmal sehen, dass diese Menschen wirklich auch chancenlos sind. Die anderen Langzeitarbeitslosen, die kommen tatsächlich manchmal in, ich würde das nicht Arbeit nennen, sondern in eine Art von Beschäftigung, also Ein-Euro-Jobs gehören ja dazu ...

(Zwischenruf: Null Euro.)

Ja, jetzt null Euro höre ich gerade von der Gewerkschaft. Also, man lässt sich da ja viel einfallen. Ich will das ja auch nicht alles verteufeln. Es gibt ja da durchaus, sage ich 'mal, vernünftige Ansätze, denen man auch folgen kann. Letztendlich geraten sie in prekäre Beschäftigung. Das heißt, sie kommen von einem Armutsbereich Hartz IV in den nächsten Armutsbereich „prekäre Beschäftigung“, und das für ein paar Monate bis zu einem Jahr und dann kommen sie zurück. Man darf auch nicht verschweigen, ein paar kommen natürlich auch in eine vernünftig bezahlte Arbeit, aber das sind absolut wenige.

So, und hier würde es ja bedeuten, wenn man diesen Menschen helfen will, dass man wirklich richtig viel Geld in die Hand nehmen muss. Und da hat die Frau Nahles ja nun ein Programm aufgestellt, wo man sagen muss, da gibt es Elemente, die hätte sie auch bei uns abschreiben können, richtig gut, richtig gut. Und dann nimmt sie einen Betrag in die Hand, wo man sagen muss, die hat irgendwie nicht gerechnet. Das kann nicht stimmen. Da ist man völlig verzweifelt, wenn man da hinguckt und sagt, wie vielen Menschen will die da eigentlich helfen. Ein Teil geht da auch noch in die Administration. Das heißt, gut gemeinte Ansätze sind unter dem Diktat der Schuldenbremse so zusammengeschmolzen, dass sie die Menschen gar nicht erreicht und dass den Menschen da auch nicht geholfen werden kann.

Zweiter Punkt, ich will das nur anreißen. Zweiter Punkt ist Thema Altersarmut. In Hamburg betrifft das rund 14 Prozent der alten Menschen, also derjenigen über 65, und diese Menschen, das muss man auch einmal mit Deutlichkeit sagen, sind ja perspektivlos. Das heißt, Altersarmut hält an bis zum Tode. Das ist das Schlimme. Und die Menschen müssen da heraus. Dazu brauchen wir natürlich eine Gesetzgebung im Bund. Das ist klar. Aber Hamburg kann da nämlich auch einiges

tun. Beispielsweise können alte Menschen, wenn sie sich nicht mehr selbst behelfen können, also auf die Leiter steigen, Gardinen abnehmen und so weiter, dann müssen die heraus aus ihrer Wohnung. In allen Programmen der politischen Parteien, wirklich in allen, selbst bei der FDP, die ja – da wollen wir ja die Schnittchen nachher noch nehmen –, selbst dort ...

(Zwischenruf: Die sind längst weg.)

Genau. Selbst dort steht drin, die Menschen sollen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung verbleiben. Um das zu leisten, braucht man sogenannte haushaltsnahe Dienstleistungen. Jetzt haben wir noch einmal nachgeguckt. Wo gibt es die eigentlich? Die sind ja sinnvoll. Und wo sind sie eigentlich kostenfrei? Es gibt auch noch kostenfreie. Die werden mit den sogenannten Ein-Euro-Jobbern bedient. So, dann nimmt man sozusagen Geld vom Bund. Hamburg steuert da fast nichts hinein. Es gibt nicht einmal in jedem Bezirk einen Träger, der eine solche Leistung für die Menschen erbringt.

Unter Dauerdruck sind die Seniorentreffs. Da kommen die ja aus ihren Ängsten und aus ihrer kleinen Umgebung einmal heraus. Auf Dauerdruck. Die werden ja ehrenamtlich geführt mit kleinen Aufwandentschädigungen. Wenn diese Menschen, die das ehrenamtlich machen, sagen, ja, jetzt kann ich nicht mehr, kommt sofort ein Bezirksabgeordneter oder anderer Abgeordneter und sagt, dann lass' uns das doch schließen. Das hat ja gar keinen Sinn. Das heißt also, die Möglichkeiten, an der Gesellschaft teilzuhaben, sind für diese Menschen sozusagen unter der Schuldenbremse gering. Wir sagen übrigens, das will ich auch nicht verschweigen, man kann eine Schuldenbremse machen, wenn man auf der anderen Seite dafür sorgt, dass genug Geld dafür da ist, um das, was wir leisten wollen, in dieser Gesellschaft auch leisten zu können. Und da empfehlen wir, wie andere auch, eine solidarische Steuerreform. Da gehe ich jetzt im Detail nicht darauf ein. Da gibt es eine Menge Möglichkeiten.

Pflege will ich nur einmal kurz ansprechen. Es hat früher die einkommensabhängige Einmalzahlung gegeben. Wir wissen, dass immer mehr Menschen sich die normale Pflege gar nicht leisten können. Die kriegen also, früher hätte man gesagt, Sozialhilfe/Grundsicherung, und diese Einmalhilfe hat gewissermaßen – man muss sich das so vorstellen – die Kaltmiete, also in einem Pflegeheim, bezahlt. Das war eine Leistung übrigens, die die CDU hier eingeführt hat. Sie hat sie aber auch wieder ausgeführt, also bevor sie sozusagen politisch in Rente geschickt worden ist, hat sie diese Leistung zurückgenommen. Man muss ja aber sagen, die Leistung ist aber auch nicht wieder eingeführt worden. Die ist gut ...

(Zwischenruf: In der Opposition hat die SPD noch dafür gekämpft.)

Genau. Da gibt es klare Aussagen dafür. Das sind Punkte bei der Pflege, wo man sagen kann, da kann man sofort auch aus Hamburger Sicht etwas tun.

Ein ganz trübes Kapitel im Bereich Pflege ist die Wohn- und Pflegeaufsicht. Die kennt gar keiner. Dafür wird auch keine Reklame gemacht, denn dann könnten ja da Leute hingehen und sich Hilfe holen. Die soll nämlich auch einzelne Menschen beraten. Das steht im Gesetz. Die Wohn- und Pflegeaufsicht soll über 900 Einrichtungen in Hamburg kontrollieren, beraten, Verbesserungen einbringen und so weiter und hat



ganze 26 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Da braucht man gar nicht zu rechnen. Das geht nicht. Ich bin in allen Bezirken gewesen, habe mit den Sozialdezernenten darüber gesprochen. Unter vier Augen sagen sie auch, haben Sie recht, geht nicht, wir können die gesetzlichen Verpflichtungen gar nicht einhalten. Sie machen ein bisschen etwas bei den stationären Einrichtungen, also, früher würde man sagen, Altenheime, die kontrollieren sie ganz ordentlich. Keiner weiß genau wie, weil, es fehlt ein einheitliches Verfahren dafür. Da muss man allerdings sagen, das haben sie jetzt auf den Tisch gelegt. Da sind wir gerade dabei, das zu bewerten, aber in der Vergangenheit hat es das nicht gegeben. Nun wissen wir, zwei Drittel der Pflegebedürftigen wird zu Hause gepflegt, ein Drittel in diesen Senioreneinrichtungen. Wir wissen, da wird ganz gut kontrolliert. Die ambulanten Dienste, die ja eigentlich für einen Großteil der Pflegebedürftigen zuständig sind, die werden fast gar nicht kontrolliert. Und da muss man sagen, das geht so nicht.

Da möchte ich auf einen Punkt noch einmal hinweisen. Es gibt nicht nur Sparen, sondern es gibt eine sichtbare Unterfinanzierung der Sozialleistung in vielen Bereichen in Hamburg. Und ich finde, man muss auf beides hingucken. Die Unterfinanzierung muss sozusagen weggenommen werden und da, wo gespart wird, das haben wir hier in vielen Bereichen gesehen, dort muss ein Riegel vorgeschoben werden. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Danke, Klaus. Wir merken, dass es so viele Felder gibt, die wir hier eigentlich kurz berücksichtigen müssten, aber wir müssen sehen ein bisschen in unserer Zeit. Als Nächstes ...

**Klaus Wicher:** Darf ich noch einen Satz sagen? Wir werden Wahlprüfsteine dazu – nur einen Satz –, Wahlprüfsteine dazu machen und dort führen wir das alles aus.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Ja, vielen Dank dafür. Siggie und Thomas Auth-Wittke (?) sind jetzt dran.

(Zwischenruf: Der kommt gerade (...).)

**Frau Frieß:** Wir haben uns abgesprochen, erst einmal danke schön für die Einladung. Mein Name ist Sieglinde Frieß, ich bin Fachbereichsleiterin bei ver.di, und Thomas wird dann als ver.di-Fachbereichsvorstandsmitglied sprechen. Und wir haben uns so ein bisschen abgesprochen, dass ich auf den allgemeineren Teil und er auf die Bezirke eingeht.

Also ich bin als Fachbereichsleiterin zuständig für den öffentlichen Dienst, finde es total spannend, was ich an zusätzlichen Informationen hier aufsaugen kann und habe gleichzeitig das Gefühl, dass ich vielleicht ein bisschen die Brücke spannen kann. Weil schon manchmal so gewisse Äußerungen kamen, so nach dem Motto, da sind die in dem öffentlichen Dienst und da sind wir, die da außerhalb sind, mit den unterschiedlichen Bedingungen, und da drin sieht es doch irgendwie noch anders aus. Und das sehe ich mittlerweile gar nicht mehr. Erst mal denke ich, wenn wir uns öffentlichen Dienst anschauen, dann gehören eigentlich alle dazu, egal, wo sie angesiedelt sind. Für mich ist öffentlicher Dienst an sich Daseinsvorsorge, das heißt, was brauchen wir an wichtigen Strukturen in einer Stadt, in einem Land, in einem Europa und international, damit Menschen vernünftig miteinander und gleichberechtigt miteinander leben können.

Und da gehören natürlich ganz wichtig die sozialen Absicherungen dazu, aber es gehören natürlich auch infrastrukturelle Fragen dazu wie Straßen, wie öffentlicher Nahverkehr, es gehört Kultur dazu, Menschen, die arm sind, müssen auch das Recht haben, Theater besuchen zu können, und so weiter und so fort. Also deswegen glaube ich schon, dass wir viel Gemeinsames haben, was auf den ersten Blick dann nicht so aussieht.

Im öffentlichen Dienst selbst, in diesem Kernbereich, wenn man sich das anschaut, ist in den letzten 20 Jahren mindestens 30 Prozent an Personal abgebaut worden. Das ist unterschiedlich, wo, aber sehr stark unter anderem in den sozialen Bereichen und in den Bezirken. Auch das eint wieder, weil, es sind genau die Bereiche, die am Bürger dran sind, an den Menschen dran sind, die Hilfen brauchen, die in Not sind.

Mittlerweile ist ein Zustand erreicht in vielen Bereichen, dass sie so hoch belastet sind und sie die Situation gar nicht mehr aushalten, manche Bereiche stopfen nur ein Loch nach dem anderen und machen das andere wieder auf. Viele sagen unter der Hand, dass sie gesetzliche Aufgaben gar nicht mehr richtig erfüllen können. Das bekommt ihr zum Teil dann auch wieder als Auswirkung mit. Und all dies verstärkt sich jetzt noch durch dieselben Probleme, die ihr auch angesprochen habt, die Nichtausfinanzierung des Tarifergebnisses. Da sind sie im ÖD „großzügiger“, dass sie im Moment sagen, 1,5 Prozent nehmen sie als Grundlage an, aber ich möchte eine Tariferhöhung, die höher ist als 1,5 Prozent. Also auch da findet schleichend, wenn wir es nicht abwehren, weiterhin eine Nichtausfinanzierung statt. Und sie wollen zusätzlich pro Jahr 250 Stellen sparen, weil ja der öffentliche Dienst auch noch aus ihrer Sicht effizienter, wirtschaftlicher arbeiten kann. Und zur Not kann man ja bestimmte Aufgaben auch mal aufgeben.

Wenn man sich das natürlich anschaut, ist wirklich so, dass da, wo Menschen für Menschen arbeiten, es natürlich am prägnantesten wird, aber mittlerweile sehe ich, dass überall im öffentlichen Dienst die Situation so ist.

Ich nehme ein Beispiel. In der Schulbehörde, da gab es ja Einstellungen bei den Lehrern, da gibt es auch viele andere Verträge, die abgeschlossen werden. Dafür braucht man eine Personalabteilung, die das alles umsetzen muss. An die hat man nicht gedacht und diese werden nicht verstärkt.

Ich habe Versammlungen erlebt, da bin ich richtig aufgeschreckt. Ich kann euch jetzt nicht alle Einzelheiten sagen, das sind meistens Personalversammlungen, aber ich sage einfach Trends. Ich habe eine Versammlung erlebt, wo Menschen aufgestanden sind und gesagt haben, ich hatte jetzt gerade einen Herzinfarkt, bin jetzt wieder genesen, aber es sind mittlerweile zwei andere langzeitkrank, ich mach die Arbeit wieder für die mit. Ich weiß nicht, wie lange ich das aushalte. Und die nächste hat wieder so eine Geschichte erzählt. Und es waren viele. Viele, die einfach aufgestanden sind und ihre Not als Arbeitnehmer geschildert haben. Es gab vor Kurzem eine Versammlung, wo eine Kollegin, als sie geredet hat, in Tränen ausgebrochen ist und ein Drittel der Kollegen mitgeweint haben.

Also, es ist mittlerweile auch eine sehr zugespitzte Situation im öffentlichen Dienst. Und eine Rolle spielt, weil auch da ein hoher Prozentsatz an Kollegen und Kolleginnen da sind, die sich mit ihrer Arbeit identifizieren und die das Gefühl haben, nur noch Spielball zu werden in diesem Spannungsfeld zwischen Abbau und den

Bürgern, die vor ihnen stehen oder den Menschen, die jetzt Hilfe brauchen, und sie haben keine Kraft mehr, irgendwie da noch einen Ausgleich für sich selber zu finden.

Und auch sie erleben Not, Elend und Verwahrlosung Menschen und haben keine Zeit, haben keine vernünftigen Angebote, hangeln sich von einer Situation zur anderen, kriegen auch mal eine kleine einmalige Hilfe, damit irgendwie Ruhe herrscht, und haben dabei so das Gefühl, da ist kein Konzept dahinter.

Ich nehme mal das Beispiel ASD, weil viele von euch das angesprochen haben, weil, ASD ist ein Stück weit auch meine Erfolgsstory in dieser Stadt Hamburg. Seit zehn Jahren versuchen wir uns zu wehren. Und ich habe noch nie eine Gruppe gehabt, die so viel Gesicht in der Öffentlichkeit gezeigt hat, die so viel sich als Person präsentiert hat mit ihrem Einkommen, mit ihrem Leben, mit ihrer Arbeit, und die auch sehr viel Risiko eingegangen sind.

Die haben natürlich ein Stück weit eine bessere Situation als ihr, weil sie in diesem großen Bereich öffentlicher Dienst beschäftigt sind. Aber es ist viel passiert und trotzdem sind sie mutig geblieben und haben sich gewehrt und haben immer wieder gesagt, so geht es nicht. Und die, finde ich, sind die einzigen sozialen Bereiche, die effektiv ein wenig erreicht haben, auch wenn es nicht ausreichend ist.

Und deswegen kann man nicht sagen, das ist jetzt eine Gruppe, die ausgenommen wird von Streichung. Natürlich. Aber das ist erkämpft. Die sind jetzt während dieses PUAs, wo schnell hätte die Gefahr bestehen können, dass man ihnen sozusagen von Presse und allen die Schuld in die Schuhe schiebt, sie haben sich trotzdem geäußert und haben gesagt, wir schaffen die Arbeit nicht mehr. Und die Gehaltserhöhung ist auch nicht vom „Himmel gefallen“, die E 10 haben wir durchgesetzt. Das ist wirklich durchgesetzt worden durch ihren Mut.

Irgendwie möchte ich gerne so als Appell auch mit diesem ASD, der sich getraut hat, werben dafür, dass es sich lohnt, sich zusammenzutun, sich abzusprechen und Druck zu machen, und dass es eine Öffentlichkeit auch dafür gibt. Also, wir haben ja gestern eine Aktion gemacht, die bestimmte Schwerpunkte nur auf die Straße gebracht hat. Nichtsdestotrotz haben wir eine große Öffentlichkeit bekommen. Die Presse hat es geschrieben, dass es Armut gibt. Die hat es formuliert. Genauso alles, was wir gesagt haben. Die haben geschrieben, wie es in den Hochschulen aussieht. Also das heißt, es gibt Gehör in der Bevölkerung dafür, und das sollten wir nutzen, und folglich plädiere ich dafür, uns gegenseitig zu unterstützen und Widerstand zu leisten gegen diesen massiven Abbau. Weil, nächstes Jahr kommt eine Tarifrunde, Leute, die nächste, und da geht es wieder darum, sollen die Kollegen in den Trägerbereichen auf ihr Geld verzichten oder vielleicht auf Arbeitszeit, die dann doch kein Verzicht auf Arbeitszeit ist, oder machen wir alle uns zusammen GERADE.

**Herr Auth-Wittke:** Ja, da mache ich gleich weiter. Thomas Auth-Wittke, Personalratsvorsitzender aus dem Bezirksamt Bergedorf. Das habe ich hier mit einer kleinen Bastelarbeit weggedrückt. Ich habe meinen Chef nicht gefragt, ob ich hier reden darf, und bin deshalb als Gewerkschafter hier.

Wir haben viel davon gehört und aus vielen Bereichen, aus allen Bereichen, zu denen wir was gehört haben, haben wir einen Teil Dienstleistung, Transferleistung, Beratungsleistung, Aufsichtsleistung, Klaus Wicher hat es gerade noch mal berichtet,

im Bezirksamt, dem kommunalen Träger für all das, was an Sozialem, an Kulturellem irgendwie in der Fläche vorgehalten werden muss in der Stadt, damit haben wir zu tun. Welche Mechanismen passieren, wenn gekürzt wird? Erst mal wird bei uns total clever und anders, als wir es gerade gehört haben, versucht, strukturiert eine bis zu 10-prozentige Kürzung und im Personalhaushalt, weil, Bezirke geben ihr Geld für Personal aus, bis 2019 zu schaffen, gibt es ein bezirkliches Projekt, Bezirksverwaltung 2020. Das ist ja immer so was, 2020, also bis dahin will man es schaffen, die möglicherweise ... Und auch wir kriegen die Lohn- und Gehaltssteigerung, die Tariferhöhung nicht voll ausfinanziert, auch wir kriegen nicht ... Wir haben auch ein Anwachsen, was in Altona ein Abwachsen ist. Ich habe noch ein Wort. Es gibt eine globale Minderausgabe. Das ist eine Kürzung. Genau, das ist eine Kürzung.

(Zwischenruf: Nur, dass sie nicht sagen, wo.)

Genau. Auch wir haben damit zu tun, dass wir wissen, das, was wir im Moment tun, und mit den Leuten, mit denen wir es im Moment tun, werden wir in fünf, sechs, sieben Jahren nicht mehr so tun können.

Das heißt, wir überlegen oder es gibt ... Im Auftrag der Bezirksamtsleitung wird überlegt, wie kann man das denn anders machen. Es war ganz am Anfang mal zu lesen, nicht aus dem sozialen Bereich, sondern aus einem anderen Bereich, nämlich dem Meldewesen, zentralisieren (...). Leistung nicht mehr überall in der Fläche anbieten, sondern nur noch an wenigen Stellen. Wir haben es auch schon gehört, Synergie, hocheffizient und irgendwie billiger.

Das wird nicht klappen, und das heißt vor allen Dingen auch, sich vom Bürger, mit den Menschen, für die das eigentlich erbracht werden soll, entfernen. Wir haben es von dem Straßensozialarbeiter gehört, dass genau das nicht mehr getan wird. Das ist ein zweiter Mechanismus, der passiert. Da, wo bisher Bezirksamter, wo Kommune freiwillige Leistungen erbracht hat, die, und wir haben es gehört, der kommunale Träger muss mindestens eine Einrichtung irgendwie vorhalten, um dem Gesetz genüge getan zu haben, da, wo er aber den Eindruck hat, das ist besonders freiwillig, da wird eben eingespart, da wird weggelassen.

Weil nämlich auf der anderen Seite getan werden muss. Überall da, wo Transferleistungen irgendwie an Frau und Mann gebracht werden müssen, das muss getan werden. Wir erleben das im Moment gerade im Bereich der Flüchtlinge, der Zuwanderer, die natürlich einen Anspruch darauf haben, ihre Leistung zu kriegen. Und wir erleben auch, wie das zusätzliche Personal dafür immer nachfolgend ... die kommen immer erst hinterher an. Und dann auch nicht in dem Umfang, wie das passieren muss und in den zentralen Aufnahmeeinrichtungen, die von der Innenbehörde betreut werden, ist so Land unter, dass inzwischen die Bezirke aus den Bereichen, wo Überlastungsanzeigen gestellt wurden, Hilfe leisten, damit irgendwie noch vernünftig abgearbeitet werden kann.

(Zwischenruf: Das wird aber nicht geschafft.)

Nein, natürlich wird das nicht geschafft. Weil auch nur nachgereicht wird in dem Bereich. Ein weiterer Mechanismus ist daneben, ach, überlegen wir noch mal, ob wir uns entfernen können vom Bürger und damit dann besser und effizienter handeln

können. Neben der Frage, müssen wir denn bestimmte Dinge tatsächlich noch tun. Und alles, was irgendwie nicht wirklich Pflicht ist, wird dann eben auch nicht mehr getan. Passiert das in den Bereichen, wo auch immer noch Pflicht ist, dass man dann überlegen kann, wo dann Freie Träger da sind, ach, dann sollen die das doch machen. Was wir gehört haben, ist, dass ganz ungeniert der Kostendruck weitergereicht wird.

Natürlich zahlt der Arbeitgeber Freie und Hansestadt Hamburg tarifgemäß und natürlich wird auch jedes Jahr die Tarifsteigerung irgendwie ausgezahlt. Wir, bei uns ist es so, dass es gegengerechnet wird mit Stellenstreichungen. Das wird genauso schnell formuliert und wir haben es ja gehört, alles, was ihr über 1 oder 1,5 Prozent mehr verhandelt, wisst ihr, bedeutet Stellenabbau. So funktioniert das bei uns. Nach außen hin, da, wo über Zuwendungen gearbeitet wird, da geht das ganz klar über den Druck. Wir nicht mehr? Ach, dann lass es doch die anderen machen. Die müssen schon irgendwie sehen, wie sie damit zurande kommen. Das ist der dritte Mechanismus, der da passiert.

Sigi Frieß hat gerade gesagt, dass hinter verborgener Hand irgendwie darüber gesprochen wird, dass man die gesetzlichen Aufgaben nicht mehr leisten kann. Das ist vorbei inzwischen, das ist immer mehr vorbei, dass es hinter verborgener Hand geschieht. So Kleine Anfragen zu Überlastungsanzeigen, die kann man immer gerne mal wieder stellen. Alle Beschäftigten in den Bezirksämtern sind nach der Geschäftsordnung der Bezirksämter aufgefordert, geradezu verpflichtet dazu, anzuzeigen, wenn es droht, dass sie ihre Aufgaben nicht mehr pflichtgemäß wahrnehmen können. Die machen es leider immer erst, wenn sie schon nicht mehr können, und das machen sie jetzt aber. Und aus allen Bereichen. Grundsicherung Sozialamt, Allgemeiner Sozialer Dienst, Amtsvormundschaften, die im Moment in den Bezirken damit zu tun haben, auch davon haben wir gehört, dass es eine Zusage gibt, minderjährige unbegleitete Flüchtlinge werden künftig von der Fachbehörde irgendwie betreut. Passiert nur nicht. Aber ein zusätzliches Personal hat es auch nicht gegeben in den Bezirken, wo das immer noch sein soll.

Wohn- und Pflegeaufsicht. Genauso ein Bereich, die wissen, dass sie ihren Job nicht mehr machen können, tatsächlich, die wissen, dass sie das nicht mehr so tun, wie es eigentlich sein sollte. Und überall, wo sie tatsächlich mal kontrollieren, und ich habe es heute gerade gehört, auch in Bereichen der Pflegedienste, man muss beinahe sagen, jeder Schuss ein Treffer. Also wenn man da tatsächlich mal hinget und guckt, wie wird tatsächlich gearbeitet und unter welchen Bedingungen werden da Menschen zu Hause betreut, kommt Grausiges zutage, was dann am Ende Gott sei Dank abgearbeitet wird, aber auch einen Riesenaufwand bedeutet. Also da ist dann die Staatsanwaltschaft dabei und was alles passiert.

Also diese Mechanismen, rausziehen, wo wir es eigentlich nicht mehr müssen, setzen auf moderne Konzepte wie Onlinedienstleistungen und dergleichen, die Ausgrenzung von ganz vielen bedeuten. Raus aus der Fläche, auch wieder eine Form der Ausgrenzung, nicht mehr da sein heißt, auch nicht mehr niedrigschwellig da sein, für den Bürger, für die Bürgerin. Das passiert. Verlagern des Drucks ohne jede Scham auf Freie Träger, die dann irgendwie zusehen müssen, wie sie zurande kommen. Und am Ende ist es bei uns so wie bei euch, dass die Kolleginnen und Kollegen ... dass die Arbeitsbedingungen eigentlich nicht mehr haltbar sind. Das ist das, was wir erleben in den Bezirken. Vielen Dank.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Ja, vielen Dank. Wir wechseln jetzt schnell Richtung Kultur. Gudrun und dann Thy. Wer zuerst gerne möchte.

**Frau Wohlrab:** Ja, ich bin Gudrun Wohlrab, ich leite das Historische Kinderprojekt vom Stadtteilarchiv Bramfeld. Das ist eine der Hamburger Geschichtswerkstätten. Und ich bin die, deren Projekt immer alle so hübsch finden und, ach, irgendwie auch gesellschaftlich relevant. Ja, und dann bekam ich einen Preis dafür, dass ich durch stadtteilgeschichtliche Angebote zur Persönlichkeitsentwicklung von Kindern beigetragen habe. Da habe ich mich gefreut. Und dann, dann bekam ich einen Preis dafür, dass ich mit dem Mehrgenerationsprojekt Kinder und Senioren zusammenbringe und dazu beitrage, dass Vorurteile abgebaut werden. Und da habe ich mich gefreut. Und dann bekam ich einen Preis dafür, was für ein schönes soziales Projekt als solches ich da gemacht habe. Da habe ich mich natürlich gefreut.

Und nach neun Jahren frage ich nun: Bekomme ich denn nun die dringend notwendige Regelförderung, die mit einer Stelle für Kontinuität, Bestand und Weiterentwicklung sorgen könnte? Und da bekomme ich zur Antwort: Ach nee, bleiben wir doch lieber bei den kurzfristigen, einmaligen Fördermitteln, das belastet uns dann weniger. Stattdessen bekomme ich mal wieder einen Preis. Diesmal ist es ein Beratungsstipendium. Für drei Monate stellen sie mir zwei Coaches aus der Wirtschaft an die Seite. Am Ende winkt eine Einladung ins Bundeskanzleramt für die besten Stipendiaten. Da freue ich mich aber. Und frage mich: Wozu soll ich mich jetzt beraten lassen und mein Projekt von November 2014 bis Februar 2015 optimieren, wenn seine Förderung nur noch bis Ende Dezember 2014 reicht?

Ich habe meine Hausaufgaben gemacht. Ich habe in den letzten neun Jahren für die Sachmittel und mein Honorar durch Förderpreise und Spenden insgesamt 92.000 Euro herangeschafft. Ich arbeite freiberuflich auf Honorarbasis für das Projekt und natürlich ohne Rentenversicherung. Und für einen weiteren Job bleibt jetzt leider keine Zeit.

Die Stadt Hamburg macht ihre Hausaufgaben nicht zufriedenstellend. Sie hat nur 2 Prozent ihres Gesamthaushaltes für Kultur übrig und davon wiederum nur 2 Prozent für Stadtteilkultur. Stadtteilkultur bedeutet Lebensqualität vor Ort, nämlich Kultur für Menschen mit wenig Einkommen, und hat auch Raumbedarf. Und weil mein Projekt auch ein bisschen Platz braucht, setze ich mich für die Kulturinsel Bramfeld ein. Und die Bezirkspolitiker wollen jetzt doch tatsächlich noch vor der Wahl entscheidende Schritte für die Umsetzung gehen. Letzte Woche habe ich mit dem Bezirksamtsleiter gesprochen, und was sagt er? „Es gibt den Startbetrag, aber dann muss sich das selbst tragen.“ Und selbst, wenn eines Tages mehr Stadtteilkulturmittel nach Wandsbek fließen, bekommt Bramfeld davon aber nichts mehr ab.

Und dann sagt er noch: „Ich bin froh, dass Sie, Frau Wohlrab, sagen, dass Sie hoffen, irgendwann eine Regelförderung und eine Stelle für das Kinderprojekt zu bekommen.“ Da kann ich nur sagen, schön, dass sich an dem Tag wenigstens einer gefreut hat. Also, ist eine schwierige Situation. Und Stadtteilkultur ist eben für die Leute vor Ort, und hier ging es ja auch um die Frage, was machen wir eigentlich dagegen. Und ich komme aus einem Bezirk, aus einem Stadtteil, Bramfeld/Wandsbek, da sind die Menschen, die sich für Stadtteilkultur einsetzen,

nicht so laut wie in manch anderen Stellen in dieser Stadt. Wir sind alle ganz brav, wir erzählen immer nur nett, wir führen liebevolle Gespräche und schreiben höfliche Briefe. Also vor uns braucht sich immer niemand fürchten. Entsprechend weiß auch niemand so richtig, was in Wandsbek alles so läuft. Und diese Situation beschert uns natürlich regelmäßig nicht besonders viel Geld.

Und dieses Projekt gehört zu den Geschichtswerkstätten, das sind inzwischen 20 in Hamburg. Diese Geschichtswerkstätten sind schon eine Besonderheit, das gibt es anscheinend nicht in einer anderen deutschen Stadt. Und unter dem Schill-Senat sind 25 Prozent gekürzt worden damals, die sind bis heute nicht mehr geworden. Man hat das immer auf dem niedrigen Niveau gehalten. Dann haben wir uns in diesem Jahr überlegt, gut, wir appellieren mal nett, und haben einen hübschen Brief geschrieben und wollten gerne, dass die Rahmenezuweisung der Stadtteilkulturmittel in die Bezirke erhöht wird. Also eigentlich unser Ziel waren gar nicht die Bezirke, die haben wir auch um einen Beschluss gebeten, die meisten fanden das dann auch irgendwie ganz schön, weil sie dann ja dann mehr Geld haben würden, was sie uns verteilen könnten, aber unser Adressat sitzt natürlich eigentlich in diesem Haus hier. Bislang sieht es nicht so aus, als wenn sich da so viel tut. Also die Perspektive für so eine Arbeit vor Ort und die Perspektive für das historische Kinderprojekt, für das ist jetzt hier bin, ist völlig unsicher.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Vielen Dank, Gudrun. Dann ...

**Herr Nguyen:** Okay, es funktioniert. Hallo, vielen Dank. Ich bin von der Koalition der Freien, mein Name ist Dan Thy Nguyen. Wir sind eine Initiative von freien Künstlern in Hamburg. Wir haben uns letztes Jahr auf Kampnagel zusammengeschlossen. Wir sind ein Zusammenschluss, eine Initiative von etwa 300 bis 400 Künstlern, die für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Hansestadt kämpfen wollen. Und wir haben oftmals das Gefühl, dass die Menschen gar nicht genau wissen, was wir so tun, und ich habe versucht, dass ein bisschen ... Also ich habe manchmal den Hang zum Populismus, ich habe das versucht, ein bisschen das so faktisch zusammenzustellen, und ich möchte ... Wenn man die freie Kultur und Kunstszene in Hamburg natürlich betrachtet, ist die natürlich extrem inhomogen. Wie kann man darüber sprechen?

Es sind natürlich verschiedene Generationen an Künstlern und Kunstinstitutionen und Kunstschulen jeglicher Sparten in der Hansestadt da. Wir sind Leute, die Stadtteilkultur machen, internationale Projekte machen, Leute mit und ohne Migrationshintergrund, wie man so schön sagt, wie kann man da einen gemeinsamen Nenner letztendlich finden? Und natürlich kann ich hier in fünf Minuten nur bestimmte Dinge anreißen, um einen kleinen Überblick zu schaffen. Ich habe dadurch mich an Zahlen orientiert vom Büro der Kulturwirtschaftsordnung in Köln von Herrn Michael Söndermann, der eine empirische Analyse gemacht hat über die Situation der freien Künstler, und seine Analyse zeigt deutlich, dass freie Künstler spartenübergreifend, also es ist egal, welche Sparte man ist und nachweislich ihren Hauptverdienst durch künstlerische Tätigkeit verdient, bei Vollzeitarbeit etwa 700 Euro im Monat verdient. Nimmt man noch die horrenden Mieten in der Hansestadt hinzu, die steigenden Lebenshaltungskosten, sprechen wir eigentlich von einer verarmten Gruppierung, einem verarmten Milieu, was freie Künstler bedeutet. Also wir sprechen hier von Armut.

Und ich glaube, ich kann den Begriff Armut hier, weil er schon oft gefallen ist, auch hier benennen. Ich habe ihn vor zwei Wochen in Leipzig bei einer anderen Tagung genannt und ich wurde als elender Kommunist dann bezeichnet, weil ich dann Armut gesagt habe und nicht Prekariat.

Wir haben letztendlich eine ... Es sind freie Künstler, die zum großen Teil verarmt sind in der Hansestadt, mit allen sozialen und politischen und psychischen Auswirkungen, und so möchte ich letztendlich die Komplexität dieses Problems auf eine andere Ebene auch noch rücken. Es ist natürlich nicht nur ein Künstlerproblem, es ist ein Armutproblem, es ist ein soziales Problem. Und hier müssen wir, glaube ich, auch, wenn wir über freie Künstler sprechen, also die freie Kunst- und Kulturszene, natürlich auch die gesamtgesellschaftliche Entwicklung mit betrachten.

So. Und dabei ist es gleichzeitig, wenn wir sehen, wie Künstler arbeiten, der Großteil der freien Künstler ist verhältnismäßig ... hat ein sehr hohes Bildungsniveau. Sie arbeiten sehr oft mehrsprachig, weil sie sehr oft in internationalen Kontexten arbeiten, sie haben sehr starke Kontakte zur Stadt, zu Bezirk- und anderen Künstlermilieus. Sie haben sehr oft Hochschulabschlüsse und haben natürlich interkulturelle Fähigkeiten, wenn sie interdisziplinäre oder interkulturelle Produktionen machen. Gleichzeitig, wenn wir dann hinschauen, wenn wir sehen, 700 Euro im Monat ist so das Allgemeine, dann sprechen wir ein bisschen über das Gendern, schaut man auf die Zahlen genauer, sehen wir, dass von diesen 700 Euro Frauen wesentlich weniger verdienen als Männer. Und wir können letztendlich auch sagen, wenn das so weitergeht, haben wir einfach nur noch verstärkte Frauenarmut bezüglich der freien Künstler.

Und zusätzlich kommen natürlich diese unsicheren und sozusagen als Künstler nicht normalen Arbeitszeiten und Verhältnisse. Ein Großteil kann eben, also weil sie, ja, abends zum Beispiel, also ich komme aus dem Theaterbereich, wenn ich abends spiele, kann ich mich sozusagen nicht mit den sozusagen normalen Menschen treffen, da arbeite ich halt. Und also oftmals sind wir auch natürlich freie Künstler, sind statistisch gesehen nicht verheiratet, haben keine Kinder, weil die Arbeitszeiten und die Arbeitsverhältnisse es nicht zulassen, auch kein Geld da ist. Unsere Beziehungen, Ehen scheitern unter dem enormen Druck halt in der Szene. Und letztens hatte ich eine witzige Diskussion, da hat jemand gesagt, da könnte man schon fast eine biopolitische Strategie darin sehen, wenn man Foucault ein bisschen benutzt.

Gleichzeitig, demgegenüber stehen wir einer Situation gegenüber, wo ein Unverständnis gesellschaftlich meiner Meinung nach ist, warum man Kultur und Kunst fördern sollte, und zwar massiv. Also letztens hatten wir ja eine Podiumsdiskussion, wo einfach gesagt wurde, in Hamburg sieht man in Kultur eher das Sahnehäubchen, anstatt irgendwie so zum Beispiel in Berlin als die Basis. Ich komme gerade aus Berlin und auf eine gewisse Art schockiert mich auch, ich nenne es mal, diese gewisse Kultur, über Kultur nachzudenken, wie sehr unterschiedlich das ist. Da muss ich ein bisschen, da werde ich jetzt, glaube ich, ein bisschen populistisch. Ich finde es natürlich enorm witzig, dass ich natürlich als Migrant in Deutschland für bessere Kulturbedingungen kämpfen möchte.

So, das sind hier die groben Daten. Wir sehen also verschiedene Formen. Es gibt viel zu wenig Geld. Ich kann total verstehen, was Sie eben beschrieben haben, ich



hatte zum Beispiel, um jetzt den theoretischen Teil abzuschließen, ich hatte zum Beispiel(?) einen Preis letztens bekommen, kostenlos bei Herrn Gauck zu singen. Das war mein Preis. Und da ist die komplette, also ich arbeite unter anderem in der Deutschen Kammerphilharmonie in Bremen, da sind alle hingegangen, waren total froh, aber niemand wusste letztendlich von den Hauptakteuren, wie sie die nächste Woche überstehen sollen. Also, es ist letztendlich etwas ganz Schwieriges diesbezüglich. Ich habe das Gefühl, das unsere, ich nenne es mal, unsere Liebe zu dem Theater, zur Kunst ausgenutzt wird. Wir werden erpressbar dadurch. Also, man bietet uns Chancen an, aber das ist so eine Chimäre. Das ist keine Chance. Also je mehr Chancen man ergreift, desto mehr vertieft man sich in Armut. Und das ist etwas ganz, ganz Furchtbares, weil man da nicht mehr herauskommt.

Ich glaube, was wir brauchen in unserer Gesellschaft, und damit möchte ich es beenden, wir brauchen letztendlich einen öffentlichen, also massiv einen öffentlichen Diskurs und eine intellektuelle Debatte darüber, warum Soziales, Kunst und Kultur und Bildung so unglaublich wichtig ist. Und zwar, nicht nur als ... natürlich, wir müssen irgendwie alle Leute ausbilden, sondern warum es eine Grundsäule unserer Gesellschaft ist. Vielen Dank.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Ja, vielen Dank, Dan Thy, das ist ja noch mal ein ganz anderer Aspekt gewesen. Ihr merkt, es ist schon eine ziemliche Herausforderung, aber wir gehen jetzt mal schnell weiter. Wir kommen jetzt, Angelika Huntgeburth, dann Karin Haas und Michael Schwarz. Angelika.

**Angelika Huntgeburth:** Es leuchtet.

(Zwischenruf: Was?)

Es leuchtet, ich habe das nur kontrolliert. Ich bin hier als Vertreterin von pro:fem, dem Verbund Hamburger Frauen- und Mädcheneinrichtungen. Bei uns sind vor allen Dingen kleine, gemeinnützige Träger organisiert, die sich auf verschiedenen Feldern im sozialen Bereich bewegen und gleichzeitig eben sich dafür einsetzen, dass für Frauen und Mädchen die Teilhabe an allen Ressourcen in unserer Gesellschaft gewährleistet werden soll. Das heißt, wir haben so eine soziale Seite, aber auch eine sehr politische Seite.

Diese Einrichtungen für Mädchen, Frauen und junge Frauen sind fast ausschließlich entstanden über innovative Ideen und auch sehr hartnäckige Verhandlungen von engagierten Frauen. Bis heute ist diese Arbeit, die wir machen, vom Grundsatz her, habe ich immer so das Gefühl, nicht gerade hochgeschätzt und in Zeiten des Gender Mainstreamings, wo also Gleichstellungsvorgaben sogar aus Brüssel kommen, und wenn es um soziale Gerechtigkeit geht, wird die frauen- und mädchenspezifische Arbeit, die wir machen, punktuell dann gelobt und auch sehr begrüßt. Gleichzeitig haftet uns aber im Politikalltag das Etikett „Luxus“ an, also wir sind Luxuseinrichtungen.

Ein bisschen in die Vergangenheit geguckt, ist es so, dass, als die Schuldenbremse einsetzte sozusagen, unsere ganzen Einrichtungen schon so gedeckelt waren, dass sich die erst einmal ...

(Zwischenruf)

Bitte?

(Zwischenruf: Durch Schill.)

Wer das nun war, ist ja auch wurscht. Sodass also in dem Moment, wo die Schuldenbremse einsetzte, wir also so auf so einem Stand von so einer Grundversorgung waren, würde ich mal so behaupten. Das heißt, inzwischen sind wir da weit drunter.

Gleichzeitig damit ist uns damals sehr klar geworden, dass von einer Fachlichkeit und von einer an Bedarfen gesteuerten Versorgungslandschaft für unsere Zielgruppen überhaupt nicht mehr die Rede sein kann. Inzwischen läuft wirklich diese Steuerung ohne Steuermann beziehungsweise auch ohne Steuerfrau. Es wird dabei dem Zufall überlassen, wie lange die jeweiligen Einrichtungen und Träger in der Lage sind, mit den bisher festgesetzten und festgehaltenen Beträgen auskommen, das heißt, die Steuerung läuft über Geld.

Vorausgegangen war auch in unseren Bereichen, ist bisher noch nicht genannt worden, dass eben die wirtschaftlichen Kriterien auf die soziale Arbeit angewendet wurden und auch Organisationsstrukturen aus der Wirtschaft übernommen werden sollten. Das Ganze lief dann unter der Überschrift „Vergleichbarkeit herstellen“ und natürlich Kontrolle. Und die Folge war, dass die Bedarfe, die wir also dann so feststellen, überhaupt nicht mehr mit uns abgesprochen wurden, sondern nur nach Zahlen und nach politischen Vorgaben und am grünen Tisch festgelegt wurden. Das heißt, in dieser Zeit übernahmen Verwaltung und Politik die Definitionsmacht, die oft auch dann natürlich so eine Zeitgeistkomponente ausgewiesen hat. So wurden aus Subjekten Objekte staatlichen Handelns.

Gleichzeitig bedeutet das natürlich auch, dass eine Gesellschaft, die aufgebaut ist auf Daten, immer starrer wird und kein individuelles Handeln mehr zulässt. Das heißt, Abweichungen von der Norm, die festgelegt wird, wird nicht mehr gedeutet als Hinweis auf Unterschiedlichkeit von Menschen oder Veränderungen in der Gesellschaft, sondern sie werden sanktioniert. Und gleichzeitig herrscht in der Arbeit auch eine allgemeine Starre, die Innovation und bedarfsgerechte Weiterentwicklung von Angeboten gerade auch bei uns verhindert. Die Folge ist natürlich zunehmende Differenz von Wirklichkeit und Papier und, nicht zu vernachlässigen, das Versorgungsdefizit für Frauen und Mädchen wird immer größer. In vielen Bereichen gibt es schon keine Angebote mehr für Frauen.

Der soziale Bereich ist eigentlich immer ein sehr innovativer Bereich gewesen und ist es auch in den Möglichkeiten, die wir haben, immer noch. Das liegt zum Glück daran, dass wir es mit Menschen zu tun haben. Und diese Menschen haben eigene Entscheidungsmöglichkeiten und ihr Verhalten ist selten voraussehbar. Wir finden das natürlich gut, dass diese menschlichen Seiten, dass die Frauen bei uns auch sagen können, nein, jetzt reicht mir das und nun gehe ich aber oder eben auch andere Ansprüche stellen, das ist natürlich eine Qualität auch der Arbeit.

Das heißt, die Bedarfe unserer Frauen und Mädchen ändern sich auch ständig, unter anderem auch durch staatliche Gesetzgebung. Eine fehlende Rückkopplung mit uns führt dazu, dass die wichtige Qualität unserer Arbeit, diese Innovationsfähigkeit,

zunehmend einer behördlichen und von oben angesagten Veränderungsansage weicht. Und die zu erbringenden Leistungen werden nicht mehr ausgehandelt, sondern sie werden beauftragt. Das bezieht sich auch auf Aufgaben, das ist auch schon mehrmals hier gesagt worden, die oft auch für uns sehr einsehbar und aus gutem Grund immer noch getan werden müssen. Und das natürlich ohne neue und finanzielle Ressourcen.

Der nächste Punkt, den ich habe, ist auch schon angesprochen, dass nämlich im Zuwendungsrecht kleine Träger benachteiligt sind. Da sie im Unterschied zu den großen Trägern keine Rücklagen bilden dürfen, werden die kleinen Träger auf die Dauer durch immer größere Eigenmittelansätze belastet. Und wir können die aber nicht anders als andere, die einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb haben oder so, von unseren Klientels oder von unseren Kundinnen erwirtschaften, denn obdachlose Frauen, die leben ja nicht in einer Einrichtung, weil sie das Geld haben, sich irgendwie das einzukaufen, was wir ihnen da bieten.

Ein anderer Punkt, denke ich, und das ist eine Besonderheit, die sich vor allen Dingen auf die Frauen- und Mädchenarbeit bezieht, ist, dass die Verwaltung und die Politik in ihrer Argumentation sehr gern das Gender Mainstreaming aufgreift. Dies ist ein Konzept beziehungsweise eine Strategie, die auf der vierten Weltfrauenkonferenz 1995 entwickelt worden ist und bedeutet, dass sich die Entscheidungsprozesse der Organisationen verändern sollen, und zwar von oben nach unten, und dass in allen Bereichen und allen Politikbereichen von oben nach unten geprüft wird, wie wirken sich bestimmte Entscheidungen auf Frauen beziehungsweise auch auf Männer aus.

So, dieses ist inzwischen 18 Jahre her und ich weiß nicht, wer von Ihnen das überhaupt schon mal in dem Sinne gehört hat. Zusätzlich muss auch gesagt werden, dass – Moment, wann war das – 1996 die europäische Union die Gender-Mainstreaming-Strategie im Amsterdamer Vertrag als verpflichtend für alle EU-Staaten festgelegt hat. Und wer hat schon mal was von dieser Verpflichtung gehört? Aber alle kennen von Ihnen wahrscheinlich den Begriff Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe. Das ist alles, was bisher hier in Hamburg und eigentlich auch in ganz Deutschland von Gender Mainstream übriggeblieben ist. Und es wird vor allen Dingen dazu benutzt, dass Angebote für Frauen und Mädchen als überflüssig erklärt werden, das heißt, alle müssen alles machen, also können auch alle Frauen- und Mädchenarbeit machen und es braucht gar keine Angebote mehr. Dabei wird überhaupt nicht darüber nachgedacht, dass eine ernste Wahrnehmung dieser Strategie wirklich bedeuten würde, dass eine Frauen- und Mädchenarbeit nur dann aufgehoben werden würde, wenn es tatsächlich in allen Bereichen umgesetzt würde, gleichzeitig wird völlig ignoriert, dass es durchaus auch möglich sein kann, dass eine wirkliche Wahrnehmung dieser Aufgabe, dass dabei hinten rauskommen könnte, dass es tatsächlich auch Frauen- und Mädchenangebote geben muss.

Ich fasse also zusammen, diese derzeitige Haushaltsentwicklung bewirkt eine stetige Reduktion der Angebote für eine eh schon marginalisierte Gruppe von Frauen und Mädchen, das heißt, eine Versorgungsverschlechterung. Es bedeutet eine Starre und Unbeweglichkeit und Innovationsfeindlichkeit bei der Gestaltung der Angebote. Es bedeutet langfristig ein langsames und unauffälliges Sterben der Einrichtungen für Frauen und Mädchen und das Verschwinden von fachlich und als wirklich evident bezeichneten Angeboten von frauen- und mädchenspezifischen Kompetenzen in verschiedenen Arbeitsfeldern, ohne Diskussion, ohne Steuerung, ohne

Verantwortungsübernahme. Es bedeutet auch, dass geschlechtlich verankerte Verzerrungen in der Gesellschaft wieder zum Problem der Einzelnen werden, der einzelnen Mädchen, der einzelnen Frauen. Und unser Eindruck ist auch, dass Politikerinnen und auch Bürgerschaftsabgeordnete zu Marionetten von Verwaltung werden, die mehr oder weniger wahllos alles nach monetären Regeln laufen lässt. Und das kann nicht in Ihrem Sinne sein.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Gut, darauf werden wir achten. Christiane.

**Christiane Schneider, MdHB:** Ich mache es ganz kurz, weil ich so streng angeguckt wurde. Das ist mir jetzt bei Ihrem Vortrag wirklich aufgefallen, wir schlagen uns bei den Haushaltsdebatten damit rum, dass es ja Kennziffern gibt, die steuern sollen. Und eigentlich stellt man sich das ja so vor, man geht davon aus, was sind die Bedarfe und danach werden die Gelder entsprechend eingesetzt. Es ist genau das Gegenteil der Fall, was für ein Geld will man in den Bereich noch stecken und dann werden die Kennziffern genauso gemacht. Das führt teilweise wirklich zu Absurditäten, kann man sagen, dass auf zwei Seiten etwas Entgegengesetztes steht, aber das ist mir jetzt grad noch einmal ... da schlagen wir uns wirklich mit rum und das kriegt man im Moment überhaupt nicht durchbrochen.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Gut, eine Frage war es nicht.

**Christiane Schneider, MdHB:** Nein, das war keine Frage.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Karin, hinter dem ... ich sehe dich zwar nicht, aber ...

**Karin Haas:** Hier bin ich, ja. Ja, ich bin Karin Haas. Bis zum Sommer war ich Lehrerin an der Stadtteilschule am Hafen und habe nach 41 Jahren meine Rente oder meine Pension begonnen. Ich habe jetzt im Sommer, also was ich sagen will, ist ein Kapitel zu der Geschichte versprochen-gebrochen. Und zwar hat der SPD-Senat ja gesagt, keiner geht verloren, alle kriegen einen Ausbildungsplatz. Und ich habe im Sommer eine zehnte Klasse abgegeben, die ich sechs Jahre lang als Klassenlehrerin geführt habe. Und wir haben die Verpflichtung, als Lehrerin einer zehnten Klasse oder Lehrer, einen Anschluss für alle Schüler zu finden.

Das war vor 30 Jahren, wenn ich an meine erste Gesamtschulklasse erinnere, überhaupt kein Problem, da hatten alle einen Ausbildungsplatz oder eine weiterführende Schule. Ein einziger Schüler war ein Problem, aber der hat dann auch etwas gefunden. Also das kannte ich bisher gar nicht. Und wir kennen es ja eben seit gut 20 Jahren, kann man sagen, dass die Jugendarbeitslosigkeit so horrend ist, dass die Schüler eigentlich nach der Schule zu einem Großteil keine Perspektive haben. Wenn man dann bedenkt, dass geplant war, 1.100 überbetriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und nur 470 jetzt da sind, kann ich das mal am Beispiel meiner Klasse sagen, wie sich das für die, die dann übrig bleiben, horrend auswirkt.

Also, in meiner Klasse waren 27 Schülerinnen und Schüler, von denen sind neun in die gymnasiale Oberstufe gegangen. Also ich bin an einer Stadtteilschule, klar, ist das genau das Drittel, also 30 Prozent. Vier Schülerinnen hatten einen Realschulabschluss und suchten einen Ausbildungsplatz in den Bereichen Elektrotechnik, zahnmedizinische Fachkraft, Kfz-Mechatroniker und Kauffrau für

Kommunikation. Alle haben nichts gefunden. Eine Schülerin hat allein für diese zahnmedizinische Fachkraft 30 Bewerbungen geschrieben, andere weniger Bewerbungen, aber jedenfalls war keine Aussicht, dort, obwohl sie einen Realschulabschluss haben, einen Ausbildungsplatz zu bekommen.

Man muss noch sagen, dass während der Schulzeit in der neunten und zehnten Klasse, fängt mit achter Klasse an, von verschiedenen Institutionen, meistens so von außen ausgesourct, Berater, Coachingprojekte da sind, die aber leider in der Regel nicht durchgängig sind. Die werden dann ... also in der neunten Klasse durfte ich dann die Schüler, die vielleicht keinen Ausbildungsplatz bekommen, praktisch mit Gutachten versehen an so einen Berater geben. Dann war eine Beziehung geknüpft und am Ende des Schuljahres stellte sich heraus, diese Institution macht das nicht mehr und dann konnten sie mit Beginn der zehnten Klasse sich wieder neue suchen. Das war natürlich fataler Unsinn und so ist es leider organisiert, weil sie natürlich nicht Lehrkräfte, die Lehrkräfte, die vor Ort sind, haben dafür keine Zeit. Das wird man sowieso, über den (...) muss es gemacht werden und man müsste eigentlich viel mehr Lehrerinnen und Lehrer in der Schule einstellen, um praktisch eine Berufsorientierung zu entwickeln, die praktisch auf der Basis der Kenntnis der Schüler und deren Umfeld basiert.

Ja, und jetzt bin ich also bei neun Schülern und vier, bei 13 Schülern, und dann gibt es eben noch 14 Schüler, die einen Hauptschulabschluss hatten. Davon wiederholt eine Schülerin, ein Schüler jobbt, der ist nämlich schon 18. Der ist eigentlich, um noch einmal auf die Jugendberufsagentur zurückzukommen, der wäre eigentlich ein sogenannter Fall für die Jugendberufsagentur, denn die betreuen Schüler, die 18 sind und keinen Ausbildungsplatz haben und auch keinen besonders guten Abschluss. So, der ist aber auch durchs Rost gefallen, also er jobbt und hat keine Ausbildung bekommen.

Dann sind sechs Schüler in dem sogenannten AV, das ist die Ausbildungsvorbereitung. Die soll dafür sorgen, dass die Schüler innerhalb von einem Jahr einen Ausbildungsplatz finden. Die haben zwei Tage Praxis in verschiedenen Betrieben und drei Tage Unterricht. Wer da noch keinen Hauptschulabschluss hat, der kann den nachmachen, aber zum Beispiel die Schüler aus meiner Klasse hatten alle einen Abschluss, insofern haben die sich total deplatziert und disqualifiziert gefühlt, dass sie in so eine Klasse mussten, weil die eigentlich nichts groß dazugelernt haben, denn es gibt nur eine Institution, wo man etwas, was sinnvoll ist, das ist die sogenannte berufsqualifizierende Schule, wo man praktisch nur reinkommt, das ist so eine, wenn man genügend Bewerbungen geschrieben hat, die dann zeigen, der Schule, dass dieser Schüler oder diese Schülerin es ernst meinen mit diesem Beruf, sagen wir mal jetzt, Fachschule, Gewerbeschule für Elektrotechnik, da kommen nur solche rein, die drei, vier, manchmal bei Zahnmedizin jetzt verlangen sie zehn Bewerbungen, die kommen dann da nur rein. Und dann müssen sie, um in diese Schule zu kommen, ein Bewerbungsschreiben, ein Auswahlgespräch machen und dann dürfen sie diese berufsqualifizierende Schule besuchen, die den Vorteil hat, dass das erste Jahr, was sie dann da verbringen, zu ihrer Ausbildung gezählt werden kann, also angerechnet werden kann, und man auch versucht, dort innerhalb dieses Jahres einen normalen Ausbildungsplatz, also keinen überbetrieblichen, sondern betrieblichen zu finden.

So, und dann gibt es ... die Jugendberufsagentur hat noch einen weiteren Schüler betreut, da weiß ich leider jetzt nicht, weil ich da keinen Kontakt mehr zu habe, was daraus geworden ist.

Fakt ist, dass jetzt von den Schülerinnen, die einen Hauptschulabschluss haben, zwei, drei in die Wiederholungsschleife gegangen sind, also ein Großteil bei der Ausbildungsvorbereitung sitzen und ganze zwei Schüler haben so diese berufsqualifizierende Schule, konnten die besuchen aufgrund ihrer Bewerbungen, die sie geschrieben haben.

Dann wird ja, also wenn man jetzt sagt, man müsste ja eigentlich 100 Prozent, müssten ja diese 14 Schüler, die jetzt keine weiterführende Schule besuchen, müssten ja eigentlich jetzt einen Ausbildungsplatz haben. Dann haben nämlich ganze vier von diesen 14, wenn man die gleich 100 Prozent, haben einen Ausbildungsplatz gefunden. Das heißt, sie haben, wenn man das prozentual rechnet, sind das 29 Prozent. Und wenn man jetzt die rechnet, die sozusagen, nachdem sie ... also vom Job hat einer aufgehört, also sind noch zwei hinzugekommen, zwei, die noch eine andere Schule besucht haben und dann auch, nur, weil sie keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, dann kann man rechnen, dass 18 Schüler übrig sind, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, die einen haben wollten, davon sind es ganze vier, dann sind es nur noch 22 Prozent. Also weit weg von den angestrebten Prozentzahlen.

Und was man auch noch einmal zu den Jugendberufsagenturen sagen muss, wenn Schüler und Schülerinnen in meiner Klasse überhaupt etwas gefunden haben, dann war das Eigeninitiative, dann waren das die Freunde, die Familie und Bekannte. Also es gibt keine Institution, wenn man so ein ... und es haben, meine ganzen Schüler, alle Schüler haben Migrationshintergrund. Und wer also keinen Hintergrund hat, wer keine Familie hat, dann finden die, ehrlich gesagt, nichts. Das war schon, die haben versucht über Internet, dann war ihr Name natürlich da, ein türkischer Name, und dann wurden sie schon gar nicht eingeladen. Und das Schlimme, finde ich, dass sie, die Schüler und Schülerinnen, sich also total, sagen wir mal, schlecht fühlen dabei. Also ihr Misserfolg wird individualisiert. Sie haben das Gefühl, sie sind schuld daran, sie machen nicht genug. Und jeder versucht, klarzukommen, aber sie haben im Grunde, ja, wenn sie ihre Familie nicht hätten, ihre Community nicht hätten, dann wären sie echt verloren in dieser Gesellschaft.

Und insofern müsste man eigentlich, ja, Widerstand, wie soll man Widerstand leisten? Es müsste eigentlich wieder so ein Jugendaufschrei kommen gegen diese Arbeitslosigkeit und gegen diesen Ausbildungsplatzmangel. Es müsste eigentlich wieder kommen, aber es kommt leider im Augenblick nicht. Und so etwas muss man gucken, wo man da ansetzt, DGB-Jugend, vielleicht, wäre eine Stelle, dass man das noch stärker zum Thema machen kann, oder von den Jugendorganisationen der Parteien, jedenfalls da ist wirklich Handlungsbedarf.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Vielen Dank. Michael.

**Michael Schwarz:** Michael Schwarz aus dem Stadtteil St. Georg. Ich bin Mitglied im Einwohnerverein St. Georg und Mitglied im Stadtteilbeirat St. Georg. Der Einwohnerverein ist eine Alternative zu den bekannten Bürgervereinen, alternativ und setzt sich eben insbesondere für die Bewohner, für die Mieter des Stadtteiles ein

und hat in St. Georg sehr großen Erfolg. Wir sind in unseren Sitzungen, bislang zehn Sitzungen pro Jahr, so zwischen 50, 60, 70 Personen, bei einer einzigen Veranstaltung 200, und haben eine ganze Reihe von Erfolgen vorzuweisen.

Ich habe die Pressemitteilung der SPD-Bezirksfraktion mir aus dem Netz geholt und betrachte das, was da geschrieben steht, eigentlich als unverschämt und, in St. Georg sagt man dumpfrich – „Versprechen gehalten, alle Beiräte in Hamburg Mitte bleiben bestehen“. Es geht also um das Thema Bürgerbeteiligung, Basisdemokratie, Mitreden, Mitwirken. Wir sind im Beirat keine gewählten Vertreter des Volkes, sondern wir beraten die Ausschüsse und auch die Verwaltung. Und die Vergangenheit zeigt, dass sie gut daran tun, wenn man auf die Leute vor Ort hört. Es steht dort, Beiräte sind in Hamburg Mitte wichtig, schreiben alle. Dazu muss man wissen, dass von den insgesamt 50 Beiräten, Quartiers- oder Stadtteilbeiräten, die meisten Hamburg-Mitte sind. Und es heißt eben da, Hamburg Mitte hat viele verschiedene Beiräte, jeder muss individuell betrachtet werden. Deswegen soll es künftig einheitlich 6.000 Euro für jeden Beirat geben pro Jahr, weil man das eben individuell sieht. Dazu muss man wissen, St. Georg ist ein sehr kritischer Bereich, weil wir natürlich ganz viele Themen und Situationen aus Hamburg dort bei uns mit behandeln und lösen, sozialen Frieden schaffen, Konflikte einbringen, reden, miteinander reden und versuchen auch zu lösen. Deswegen ist das, diese 6.000 Euro sind weniger als 10 Prozent von dem, was wir jetzt haben, was wir jetzt brauchen. Wir werden betreut von ASK, das ist ein Sanierungsträger ursprünglich mal gewesen für ein Sanierungsgebiet. Der Beirat besteht seit 37 Jahren und die ASK leistet hervorragende Arbeit, weil sie uns praktisch betreut, nicht nur die Protokolle schreibt und moderiert, allparteilich moderiert, sondern im Prinzip diese ganze Vernetzung zu den ganzen Initiativen und Vereinen und Parteien und so macht.

Es heißt hier also weiter, dadurch, dass man jetzt so großzügig 6.000 Euro pro Jahr pro Beirat zahlen möchte als Verwaltungspauschale, damit soll die Quartiersarbeit gestärkt werden. Es gibt nämlich noch zusätzlich, muss man wissen, einen Verfügungsfonds, den der Beirat eigeninitiativ, das steht hier ausdrücklich noch einmal, vergeben kann an soziale, kulturelle, sonstige Projekte. Das wird vorgetragen und dann im Beirat beschlossen, erst durch das gesamte Plenum, damit auch die Mitglieder des Beirates sich ein Bild machen, wie ist denn die Stimmung im Stadtteil, und dann selber als Beirat abstimmen. Und das wird dann reduziert auf 3.000 Euro bis 5.000 Euro. St. Georg kriegt dann künftig 4.000 Euro, es gibt Kriterien dafür. Bisher haben wir 20.000 Euro gehabt. Und das ist eben die tolle Bürgerbeteiligung.

**Michael Schwarz:** Ich finde das, wenn man das so schreibt, dass das ein Erfolg ist und dass man ... alle Beiräte bleiben bestehen, dann wird nicht berücksichtigt, dass eben der Quartiersbeirat, der wichtige Arbeit leistet auch in Iserbrook, nicht vergleichbar ist mit dem in St. Georg. Das gesteht der Quartiersbeirat in Iserbrook und auch die anderen Beiräte uns zu, weil, gestern gab es ein Treffen des Netzwerks der Hamburger Beiräte. Es ist also klar, dass wir im Prinzip das Geld haben wollen, was wir bisher gehabt haben, und unsere Forderung ganz konkret an euch ist, das Thema einzubringen, uns also nicht aus dem Quartiersfonds Bezirkliche Stadtteilarbeit zu finanzieren. Dieser Etat ist tatsächlich pro Jahr von 1,5 Millionen auf 2 Millionen Euro erhöht worden für 2015 und 2016. Aber man muss dazu wissen, dass aus diesem Etat eben auch ein Sportplatz saniert wird bei Bedarf oder das Dach zum Beispiel eines Bürgerhauses in Wilhelmsburg neu gedeckt wird, wenn es

durchregnet, oder aber auch eine Stadtteilzeitung mal unterstützt wird. Das ist so, dass der Beirat dann im Prinzip einzeln einen Antrag stellen muss, wenn er weitere Hilfe braucht. Und für 6.000 Euro im Jahr ist das nicht machbar. Unser Quartiersmanager Andreas Fahrt(?) kann das nicht gewährleisten. Also für 6.000 Euro ist das nicht machbar und das ist wirklich sehr schade.

Wir fordern nicht nur jetzt im Einwohnerversammlung, im Beirat St. Georg, sondern im Netzwerk, wir fordern insgesamt einen eigenen Etat von zunächst vielleicht mal 1 Million Euro. Das ist, wenn man das mit seinem Gehalt vergleicht, ist das immer viel, aber vom Gesamthaushalt sind das Peanuts, für den Etat, Förderung des Quartiers oder der Quartiers- oder der Stadtteilbeiräte. Unter dem Motto, das Geld ist da, es muss nur anders verteilt werden, ist das machbar, wenn man das für wichtig hält, dass die Menschen in den Bezirken, in allen Bezirken, in allen 106 Hamburger Stadtteilen einen Beirat wollen, dass die einen Beirat kriegen und auch finanziell unterstützt werden. Es geht nicht nur um die Sicherung und Förderung der bestehenden Beiräte, sondern um den Ausbau der Mitbestimmung, des Mitredenwollens. Und wir haben richtig gute Beispiele zum Thema Busbeschleunigung Lange Reihe oder Allianz Bauprojekt, wo man beweisen kann, dass wir dadurch, dass wir mitwirken und mitmischen und wieder zum Beispiel wahrscheinlich am 20.11.2014 und am 18.12.2014 in die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte gehen und Ärger machen, Druck machen und fordern, die Presse einschalten, haben wir richtig gute Erfolge. Deswegen die Forderung, sprecht bitte noch einmal in euren Möglichkeiten das Thema an eigener Etat, und zwar nicht immer von Jahr zu Jahr, weil, das macht die Beiratsarbeit unmöglich, weil die Honorarkräfte, die da arbeiten, natürlich einen Arbeitsvertrag haben und jetzt nicht einfach im Oktober gekündigt werden, wenn man nicht weiß, ob das Geld vom nächsten Jahr da ist. Die Wahl ist im Februar und deswegen ist das im Zweifel ein Versprechen jetzt für das nächste Jahr, für 2015. Aber was passiert danach?

Wir haben 37 Jahre einen Beirat gehabt und unabhängig von irgendeinem Sanierungsgebiet oder RISE-Gebiet. Uns ist klar, dass die RISE-Förderung ausläuft, aber wir brauchen fortlaufend einen Etat in eigentlich allen Stadtteilen, der es denen da ermöglicht, eine sinnvolle produktive Basisarbeit weiterzuführen. Das ist das eine Thema.

Das Zweite Thema ist RISE, das ist das Rahmenprogramm für integrierte Stadtteilentwicklung. Da wird ganz viel Geld in die Hand genommen, in der Öffentlichkeit, auch bundesweit publiziert, 2013 und 2014, 25 Millionen Euro, davon sind 5 Euro einfach weggefallen, weil sie nicht abgerufen worden sind. Die Kommunikation zwischen Bezirken und zwischen BSU, also Behörde für Soziales und für Stadtteilentwicklung und Umwelt, funktioniert da überhaupt nicht. Das gibt eine Datei in der BSU, die wird von den Bezirken überhaupt nicht geführt. So war das zumindest in Hamburg-Mitte. Deswegen, von unseren drei Schlüsselprojekten, das ist der Lohmühlenpark, das ist das Jugendzentrum SCHORSCH und das ist ein Ersatzprojekt für unsere Mehrfeldsporthalle in der Rostocker Straße. Da wusste die BSU gar nichts von, weil das Fachamt einfach diese drei Dinge gar nicht eingestellt hat in diese Datei. Das heißt, jetzt am Ende der Förderzeit, auf den letzten Drücker, versuchen sie jetzt diese drei Dinge noch durchzubringen. Skandal. Da haben wir richtig Ärger gemacht und Druck gemacht, sodass das irgendwie noch gesichert ist. Gibt auch eine Zusage, dass das noch läuft, aber wir glauben erst daran, wenn das fertig ist.



Aktuell, für das Jahr 2015, 2016, sind diese 20 Millionen Euro, glaube ich, noch mal um 5 Millionen Euro reduziert worden. Also, Stadtteilentwicklung scheint nicht mehr so wichtig zu sein, Wohnungsbau. Ich möchte, weil ich der Letzte bin und der letzte Beitrag ja am längsten ...

(Zwischenruf)

– Oh nein, Entschuldigung, einer der ... die letzten Beiträge im meisten in Erinnerung bleiben, darauf hinweisen, dass es jetzt am Freitag ein Beteiligungsforum gibt in der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in der Alexanderstraße 1. Wer sich also für das Thema Bürgerdemokratie, Stadtteilbeiräte, Quartiersbeiräte interessiert, hinten liegen Einladungszettel aus, und ihr seid alle herzlich eingeladen, daran mitzuwirken, weil, ich glaube, mehr Demokratie vom Bürger aus, von der Basis aus, ist in allen 106 Stadtteilen wichtig. Vielen Dank.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Vielen Dank. Bevor ich den beiden das Wort gebe, noch mal Heike.

**Heike Sudmann, MdHB:** Einmal ganz kurz. Heike Sudmann ist mein Name. Ich bin zuständig für Stadtentwicklung, unter anderem in der Bürgerschaft und Michael war familiär bedingt letzte Woche nicht in Hamburg. Wir haben letzten Donnerstag, als dieser Beschluss in der Bezirksversammlung gefallen ist, das zweite Mal hier in der Bürgerschaft gesagt, wenn ihr eine Beteiligung wollt, wenn ihr nicht immer klagen wollt, dass die Wahlbeteiligung zurückgeht, dass die Menschen sich nicht engagieren, müsst ihr Geld in die Hand nehmen und haben genau diese 1 Million Euro als dauerhaften Titel, also dauerhaftes Geld Jahr für Jahr gefordert. Und wir sind abgebügelt worden wie schon vor zwei Jahren. Und das Schlimme ist, weil ihr so erfolgreich seid in St. Georg, seid ihr das absolut rote Tuch. Es heißt immer, ja, wir haben also einen Luxusbeirat, sage ich mal, ganz so haben sie es nicht formuliert, der so ganz viel Geld gekriegt hat, ohne zu gucken. Du hast es ja gerade so schön beschrieben, Vergleich Iserbrook und St. Georg, was wirklich läuft. Also wir haben es schon gemacht, wir werden es weiterhin machen, wir werden weiter nerven, aber bei der SPD beißt du echt auf Granit. Es ist unglaublich, dass sie sagen, Beteiligung wollen sie alle haben, aber nicht so, nicht so erfolgreich wie bei euch.

**Michael Schwarz:** Aber die GRÜNEN machen mit.

**Heike Sudmann, MdHB:** Es haben alle letztendlich gegen unseren Antrag gesprochen.

(Zwischenrufe)

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Da gibt es noch eine, aber das ist eine andere, aber das machen die ...

**Heike Sudmann, MdHB:** Noch gibt es die FDP.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Aufklärung.

**Heike Sudmann, MdHB:** Alle vier haben dagegen gestimmt.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** So, die beiden letzten Beiträge jetzt von Artur und seinem Nachbarn.

**Artur Brückmann:** Genau. Ich bin Artur Brückmann, ich bin Referent für Soziales im AStA der Uni Hamburg. Und ich würde deswegen zum Hochschulbereich gern etwas sagen und zu der Bundesarbeit, die wir davon ausgehend machen.

Ja, auch im Hochschulbereich, euch wird es nicht überraschen, gibt es jahrelang schon Kürzungen. Man kann eigentlich sagen, seit den Siebzigern sind die Studierendenzahlen explodiert und die Mittel im Wesentlichen eingefroren. Ich möchte dabei eigentlich was betonen, was ich auch hier sehr relevant finde, dass diese Finanzierung ja nicht nur eine formale Frage ist, sondern ja bewusst die Kürzung eingesetzt wird, um inhaltlich eben zu ändern, was in diesen Bereichen passiert. Und das kann man im Hochschulbereich deutlich machen, zum einen an der Forschung, da ist in den letzten, ich weiß nicht genau, die Zahl, 20 Jahren oder so, das Verhältnis von Grund- zu Drittmitteln in der Forschung jetzt war 1:2, mittlerweile ist es bei 0,85:1, also es hat sich quasi komplett umgekehrt. Das heißt also, es sind nicht alles wirtschaftliche Mittel, aber der Mechanismus, der Marktmechanismus, ist bei der Steuerung, wofür jetzt geforscht wird, da extrem eingezogen worden. Man kann das im Studienbereich auch sagen mit Bachelor/Master, einerseits die Konkurrenz eingezogen überhaupt, gegeneinander zu studieren, um dann einen der wenigen Masterplätze zu bekommen, direkt auch, das ist immer die sogenannte Berufsorientierung verstärkt da reingezogen worden, dass die Studierenden sich eben direkt an unmittelbaren Marktinteressen orientieren sollen bei dem, was sie da lernen und eben nicht mehr sich dahin entfalten sollen, mündige Menschen werden sollen. Die jüngste Zahl jetzt, die im Hochschulbereich, die ich gestern im „Hamburger Abendblatt“ gefunden habe, also neben diesen 630 Millionen Euro Investitionsstau bei den Gebäuden nur an der Universität Hamburg, war jetzt, das kann ich auch zitieren in dem Kommentar von Insa Gall, da schreibt sie: Also auch 2011 wurde die Hochschulvereinbarung geschlossen mit diesen 0,88 Prozent quasi Aufwuchs, die ja real dann die Kürzungen sind, und selbst gegenüber diesen 0,88 Prozent, die da vereinbart wurden, zitiere ich jetzt Insa Gall, Kommentar im „Hamburger Abendblatt“, also jetzt nicht das kommunistische Kampfblatt ...

(Zwischenruf)

Bitte?

(Zwischenruf)

Genau, Insa Gall. Da schreibt sie: „Wenn die Hochschulen bis 2020 nicht nur 256 Millionen Euro einsparen müssen wie zunächst ausgehandelt, sondern wegen Tarifsteigerungen sogar 486 Millionen Euro, bedeutet das dramatische Kürzungen bei Forschung und Lehre, die nicht hinnehmbar sind. Für die Entscheidung, die BAföG -Millionen nicht in die Hochschulen zu stecken, bekommt der Senat nun zu Recht die Quittung: einen heißen Herbst“. Also, man hört, selbst das „Hamburger Abendblatt“ muss zur Kenntnis nehmen, hm, irgendwie ist das nicht so ganz sauber, jetzt mal exemplarisch, was da passiert, und die machen zu Recht einen heißen Herbst.

Das möchte ich kurz an zwei Beispielen umreißen, was dieser heiße Herbst an den Hochschulen bedeutet. Zum einen arbeiten wir sehr stark eben daran, uns von dieser neoliberalen Umformung, was da an den Hochschulen passiert, zu lösen. Zum Beispiel im Studiensystem machen wir eine Studienreform, eben weg von dieser, ja, mit sehr strikten Fristen, Anwesenheitspflichten, mit, ich sage mal, allgemeinen berufsqualifizierenden Kompetenzen, hin wieder zu einem Studium, das die Bildung mündiger Menschen ermöglicht, und sind da mittlerweile soweit, dass Herr Lenzen, der Präsident der Uni Hamburg, jetzt auch beim letzten Studienreformtag eben angekündigt hat, nächstes Jahr, Mitte nächsten Jahres die 50 Tophochschulen in Hamburg zu versammeln und eine Anti-Ba/Ma-Koalition zu bilden. Also zu sagen, das reicht, wir brauchen eine Wende, wir müssen wieder Bildung ermöglichen statt, sagen wir, diese marktkonforme Erziehung. Das ist das eine.

Und das Zweite ist, das kann ich zitieren aus einem Papier, das der Akademische Senat verabschiedet hat und ganz viele Fakultätsräte auch unterstützt haben von der Uni Hamburg, was so die inhaltliche Grundlage für diesen heißen Herbst sein soll. Und da wird eben sich darauf fokussiert zu zeigen, was entgegen diesem neoliberalen Zwang, der ja ausgeübt wird, an den Hochschulen schon Positives für die gesellschaftliche Entwicklung geleistet wird. Und da habe ich auch gestern auf der Demo schon dieses Beispiel gebracht, das auch da gebracht wird eben, Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf ist eine der wenigen Gesundheitseinrichtungen, die eben noch nicht komplett privatisiert sind. Das heißt, sie bieten zumindest in der Tendenz die Möglichkeit, jenseits von direktem, sagen wir mal, ökonomischem Druck Forschung zu machen, Menschen zu einer Gesundheit beizutragen. Und das jüngste Beispiel war jetzt eben die geheilte Person, die mit Ebola infiziert war, die, wie gesagt, geheilt wurde, und man jetzt auf Basis dieser Erkenntnisse gerade dabei ist, Impfstoffe zu entwickeln, die es ja hoffentlich dann ermöglichen, dass das gar nicht mehr ausbricht. Das war so ein Beispiel, was so ein Bereich, wenn er sich davon befreit, ökonomisch sich rechnen zu sollen, für so eine Gesellschaft eigentlich beitragen kann. Und das finde ich eigentlich einen ganz relevanten Punkt, mit dem man jetzt in die Auseinandersetzung um die Schuldenbremse auch gehen muss, nämlich zu sagen, die Schuldenbremse, die soll ja nicht wirklich Schulden bremsen, sondern die ist, sagen wir mal, das letzte Mittel, um vermeintlich zu argumentieren oder zu begründen, eben diese Bereiche, wie jetzt hier auch wirklich sehr lebendig dargestellt wurde, was für einen wichtigen Beitrag die leisten, dass diese Gesellschaft irgendwie es noch ermöglicht, einen kulturellen, sozialen, ja, Teilhabe da irgendwie zu ermöglichen. Und dass das in diesem schreienden Widerspruch eben nur noch damit argumentiert werden kann, zu sagen, ja, es gäbe irgendwie kein Geld. Und ich finde, genau da müssen wir irgendwie ran, müssen diesen Widerspruch zwischen, was hier Tolles geleistet wird, und was da kaputt gemacht werden soll, ja auf die Straße bringen.

Wir im Hochschulbereich, jetzt der nächste Schritt am 9. Dezember 2014, wo wir hochschulübergreifende, gruppenübergreifende Großdemonstrationen jetzt planen. Die Flyer habe ich hier, die kann ich sonst auch gleich noch mal rumgeben. Und ansonsten sind wir eben noch im Rotstiftbündnis aktiv. Da gab es gestern die Demonstration(?), die aus bestimmten Gründen, weil tatsächlich sehr viel Druck auch ausgeübt wurde, dieses Wegducken wurde auch mehrfach angesprochen, jetzt in der Konstruktion gelaufen ist, dass das GEW, die LandesAStenKonferenz, Attac und so getragen haben, unterstützt vom Rotstiftbündnis. Das finde ich einen ganz

wichtigen Punkt, weil man tatsächlich da gemerkt hat, mehrmals direkt von SPD der Druck kam, ihr sollt diese gemeinsame Bündnisarbeit nicht machen. Da wurde tatsächlich, wir kennen die Tricks spätestens seit Johannes Kahrs, mit welchen Tricks die SPD da arbeitet, so etwas zu verhindern. Die hatten richtig Schiss, dass die Bereiche zusammenkommen und gemeinsam deutlich machen, wir wollen nicht immer weniger, sondern wir brauchen relevant mehr Mittel. Genau, das finde ich einen ganz wichtigen Ansatzpunkt, weil jetzt auch viele gesagt haben, ja, ja, wir reden ja immer mit der Behörde, wir machen ganz viele Behördengespräche und so. Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass man so individualisiert, auch gegeneinander ausgespielt, nicht sehr viel erreichen wird können. Und deswegen, sagen wir mal, finde ich gerade in der jetzigen Zeit, wo das ja verdichtet ist mit Haushaltsverhandlungen, mit Bürgerschaftswahl, dass man diese Bündnisarbeit, gerade, weil man sich eben auch unterschiedlich viel trauen kann auch tatsächlich aufgrund der Kampfbedingungen, wenn die Bereiche sich jetzt irgendwie zusammentun, die auch hier waren, und zum Beispiel noch einmal sagen, wir wollen vor dem 15. Februar 2015 noch einmal eine große Demonstration machen. Wir fangen jetzt an, wir planen das, wir tragen das da hin, glaube ich, ist das mal so der relevante Ansatzpunkt, weil, wenn man sich jetzt auf diese Schuldenbremsenparteien verlässt, wie einer auf diese AG (...) auch gesagt hatte, ein Beschäftigter, dann ist man garantiert verlassen. So, und deswegen muss man das selber in die Hand nehmen, muss den Druck erzeugen. Und Schuldenbremse, die ist für mich schon überwunden, nicht erst, wenn sie aus der Verfassung gestrichen ist, sondern die Ideologie der Schuldenbremse ist für mich schon dann geknackt, wenn der Senat eben, weil das einfach so wahnsinnig ist, das nicht einhalten kann, diese Schuldenbremse zu haben. Und dann muss man eben jetzt kurzfristig erst einmal Schulden aufnehmen und langfristig dann natürlich auch an die Einnahmenseite rangehen.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Ja, vielen Dank, Artur. Das Schlusswort.

**Matthias Butenob:** Schlusswort, ja. Vorhin gab es die These, dass der besonders lang reden darf. Ich versuche es ...

(Zwischenrufe)

– Eine These, eine These! Ich werde sehen. Nein, nein, ich versuche es genau andersrum.

Mein Name ist Matthias Butenob, ich spreche für die Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung Hamburg. In dieser Landesarbeitsgemeinschaft sind viele Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen organisiert, aber auch Einzelpersonen und eine bunte Mischung, die ich in dieser Form sehr genieße. Wenn ich jetzt spreche, spreche ich allerdings von den Beratungsstellen, die in den Genuss, ja, so sage ich es mal, gekommen sind, für die Hansestadt Hamburg die kommunale Aufgabe Schuldner- und Insolvenzberatung durchzuführen. Es gibt aber auch noch andere Beratungsstellen, das ist ganz wichtig. Also jetzt zukünftig für das, was ich gleich sage,

die gerade genannten Vertragspartner der Hansestadt.

Wie kam es zu diesem Vertrag? Das ist nämlich ganz wichtig. Kurzer Blick in die Vergangenheit. 2007 gab es einen Haufen gerichtliche Prozesse mit dem Ergebnis, dass der Senat glaubte, so formuliere ich es mal, die Schuldnerberatung nach VOL ausschreiben zu müssen. Ich halte das für falsch. Ich glaube auch, dass das Urteil

des Oberlandesgerichts Hamburg das nicht gesagt hat, aber das sind jetzt juristische Feinheiten. Es wurde halt ausgeschrieben nach VOL. Das ist sehr, sehr misslich und falsch und schlimm.

Das muss man sich ein bisschen so vorstellen: ,will die Hansestadt Hamburg, keine Ahnung, 5 Tonnen Kopierpapier haben oder Arbeitspapier, dann schreiben die es halt aus, oder was weiß ich, wie viel die da brauchen, und der billigste gewinnt, so. Das ilm Bereich der sozialen Arbeit, das liegt auf der Hand, kann dies nur schiefgehen

und das ist völlig verquer. Fairnesshalber muss ich sagen, dass der Preisanteil in der Ausschreibung 2008 nur, aber immerhin doch 40 30 Prozent betragen hat, aber eben doch 40 30 Prozent, und das heißt ganz platt, der Billigste gewinnt. Punkt. So. Das ist der eine Nachteil.

Der andere Nachteil ist, dass im Rahmen der Ausschreibung das Ganze über Fallpauschalen

läuft. Fallpauschalen ... ich hasse ja das Wort Fälle, aber gut, pro Fall, so heißt es nun mal, bekomme ich Betrag X und das hat natürlich horrende Auswirkungen.

Eine schlichte Erhöhung des Titels Haushaltstitels würde da gar nicht mehr ausreichen,strukturell nichts ändern. denn statt, weiß ich, stattDenn erhalte ich statt etwa 100.000 Euro, alles ausgedachte Zahlen, kriege ich dann meinetwegen 120.000 Euro, dann muss ich bei einer Pauschale von 1.000 Euro aber auch 20 Fälle mehr, also dann 120 statt 100 Fälle, wie nenne ich das, Fälle, bearbeiten, also, ihr wisst, was ich meine. Also das ist ja auch schon schief.

2

Und, was völlig wegfällt, sind das, wasdie Themen, die ja unabhängig von den von mir nicht so geliebten sogenannten Fällen ja bestehtbestehen, zum Beispiel das ganze Thema Prävention. Diese findet in der Schuldnerberatung findet nicht als solche

von der Hansestadt finanziert nicht statt, muss man deutlich sagen.

Selbstverständlich

versuchen wir, präventiv zu wirken, aber das bezahlt uns kein Mensch. Also das muss man deutlich so sagen. Da kommen wir auch wieder mit der Schuldenbremse,

von wie viel was mit struktureller

Zu den von meinen Vorrednerinnen angesprochenen Themen Absicherung oder und Planungssicherheit, ich muss mal das bitter(?) sagen,kann ich sagen: strukturell gesprochen

haben wir das sogar. Wir haben einen insoweit wunderbaren Vertrag und wir, damit meine ich wie gesagt, diese die Vertragspartner, haben über fünf Jahre, und mit Verlängerungsoption, zehn Jahre sogar, wo wir völlig klar haben, Planungssicherheit:

, der und der Betrag in einem festen Haushaltstitel, der bisher auch die letzten vier, fünf Jahre unverändert war, also wir konnten planen. , aberAber das ist ein goldener Apfel, der hochvergiftet ist. Das muss man deutlich sagen, denn es ist ja über dieses Vergabeverfahren gelaufen und, es gab gibt die Fallpauschalen.

Und und, - das ist der dritte Punkt - oder der andere Punkt im Rahmen dieser Vergabe,

das muss man sich so vorstellen, es gibt dann diesen Betrag und da ist am

einmal geschlossenen Auftragsvertrag der Hansestadt mit den Beratungsstellen ist nichts, aber auch gar nichts dran zu ändern. Und das über Jahre, zehn Jahre in diesem

konkreten Fall. Weil, sobald etwas verändert werden würde, würde sofort vergaberechtlich

das Ding dem Senat um die Ohren fliegen, ist ja klar, weil dann ein Konkurrent klagen würde. Und es gibt eben auch wieder Beratungsstellen, die ich nicht für seriös halte, die aber nach Paragraph 305 InsO anerkannt sind, die würden klagen, die würden und auch gewinnen, also rein formal, ist ja klar. Und das ist gewollt, würde

ich sagen behaupte ich, weil natürlich alle Innovation ja damit abgebügelt wird werden kann, auch sämtliche Veränderungen und, neue Aufgaben, komme ich gleich zu. Wenn man das an den Senat heranträgt, heißt es, ja, aber wir haben den Vertrag, wir können da gar nichts dran ändern. Was ich übrigens in Details falsch finde, kann ich ein Detail auch gleich nennen. Und das geht ja so nicht. Also das ist da eine völlig fürchterliche Situation.

Mit einem kleinen Exkurs will ich das nämlich auch in der Zusammenfassung von der die aktuelle Situation verdeutlichen: ... Die zuständige Person für die Schuldnerberatung

in der BASFI hat jetzt in den letzten drei Jahren viermal dreimal gewechselt, nur mal so. Also das ist schon ... Stichwort hier ... Wir haben gar keinen richtigen Ansprechpartner. Also, den müssen wir ja fast jedes Mal erst mal einarbeiten, damit der grob weiß, worum es überhaupt geht. Und also die Motivation, jetzt die nächste Person, es steht jetzt zum ersten Januar Jahreswechsel wieder ein neuer Wechsel an, einzuarbeiten, sinkt rapide, denn also so viel Besuche und Besprechungen kann man gar nicht machen, also, weil wir. Wir haben ständig irgendwie neue Ansprechpersonen haben.

Und das passt aber dazu, nämlich das Ganze, auch mit der Vergabe, ist, Kurzum: wir haben einen sehr gepflegten inhaltlichen Stillstand, und zwar auch von der BASFI gewollt, zu sagen, das. Das meine ich auch mit dem vergifteten goldenen Apfel. , man muss selbst oder ich muss schon selbstkritisch sagen, so ein paar Sachen genießen wir ja auch. Das ist auch wieder eingehört auch zum von einigen Vorrednern

genannten Thema beim Wegducken so ein bisschen.: Ja, wenn der Titel Haus3 haltstitel erst mal gesichert ist, so ein Titel, der ist auch unverändert und dann kriegen

wir davon ein Sechstel als eine Beratungsstelle, das hat ja auch was Nettes, gebe ich selbstkritisch zu. Aber eigentlich ist das überhaupt kein Zustand so. Und da müssen wir auf jeden Fall weg von der Vergabe, aber, um auch noch einmal die These zu untermauern, warum das, und dann wechsele

ich rüber zu den mehr

Zu den neuen Aufgaben, die wir haben, warum das ist es zum Teil auch schlicht falsch ist, zu behaupten, dass die Vergabe eine Reaktion der BASFI nicht ermöglichen würde:.

Es wurde beispielsweise – das ist ja schon zwei Jahre her schon – das sogenannte

P-Konto eingeführt, Pfändungsschutzkonto. Ein wichtiges Instrument, um überschuldeten

Personen zu sichern, dass sie trotz Pfändung des Kontos an ihr Geld kommen, dieses sogenannte P-Konto. Und da ist ganz wichtig. Dabei ist die Möglichkeit wichtig,

einen Grundfreibetrag zu erhöhen, wenn es Unterhaltspflichten gibt oder auf dieses Konto Geld für eine gesamte Bedarfsgemeinschaft eingeht. Dann ist ja ein Grundfreibetrag, der auf eine Einzelperson ausgelegt ist, muss ja erhöht werden.

Dafür

gibt es aber sogenannte P-Konto-Bescheinigungen und wer darf die ausstellen?

Auch die anerkannten Stellen nach Paragraph 305 InsO, also die Schuldnerberatungsstellen.

Steht in der ZPO, sind wir sehr stolz drauf, aber ist eine erneute neue Aufgabe.

Und momentan lief läuft das so, Hamburger Konsens, dass die Beratungsstellen, wie gesagt, immer die Vertragspartner, machen das für die Personen, die bei uns schon

in der Beratung sind, für Lutsche machen, muss man deutlich sagen. Also da

haben wir wieder die BremseSchuldenbremse. Und für alle anderen gibt es die Bescheinigung

aber nicht. Das könnten wir auch seriös schlicht nicht leisten. Also das,,

wenn man das seriös machen wollte, also wenn jemand da vorbeikommt, nur zu diesem

Zweck, nur richtig verstanden, also es ist . Obwohl es also eine enorm wichtige, existenzsichernde Aufgabe ist, müssen wir diese Person schlicht wegschicken. Das muss man deutlich sagen.

Und das ist ein Punkt, als das eingeführt wurde, hat da diese Problematik keinen Menschen im Senat interessiert, also jetzt im Senat, weil, das hätte man nämlich .

Dabei hätte man dies gesondert – also neben den bestehenden Verträgen – noch einmal klären können. Also, Doch da hieß es ja immer nur, wir haben Vertrauen und irgendwie Vergabe eines unabänderlichen Vertrag und das ist jetzt irgendwie zehn Jahre gültig und ... . Das ist Quatsch, also das ist fantasieloses, demotivierendes Desinteresse. Das war denen egal. Es gab dann zwar so einen hübschen Schaufensterantrag,

der wurde, glaube ich, genehmigt, also einen riesig großen Antrag und

der wurde dann da durchgewunken, dass jetzt die Bürger darüber informiert werden, dass es das P-Konto gibt. Also das war so ganz süß, aber die wichtige Frage zu dieser

Bescheinigung, wer stellt die eigentlich aus, nur als ein Beispiel für diesen Stillstand, wurde überhaupt nicht aufgegriffen. Dies nur als ein Beispiel für den aktuellen Stillstand.

Um noch mal zwei, drei andere Sachen Beispiele zu mehr weiteren Aufgaben zu nennen: , nach Nach der InsO-Reform, 01.07. diesen Jahres in Kraft getreten, dürfen die Beratungsstellen die Schuldnerinnen und Schuldner auch vor dem Insolvenzgericht

vertreten. Deutlich, Das machen wir indes nicht, weil wir dürfen. Wir dürften das

zwar nach der neuen Insolvenzordnung, sehr schön, das steht jetzt auch drin, das

ist welches auch eine Anerkennung unserer Arbeit ist, aber – dies können wir von den Ressourcen her gar nicht leisten. Auch das ist wieder ein Punkt, mit dieser Konstruktion, noch mal wieder das Stichwort, ich musste so lachen, da Herr Wichert es mir

einfach gesagt(?) mit der strukturellen Absicherung und so, also ... oder und Planungssicherung

kam ja von anderen. Also, das hat aber auch einen anderen Punkt, weil, das ist so starr und so unbeweglich, da kann man gar nichts machen. Also so zumindest, wenn man, wie der SPD-Senat, so herangeht, dass man damit alles totschießt

sozusagen irgendwie, und nicht noch mal neu denkt. Also, man könnte ja auch mal andere Pötte oder andere Möglichkeiten da versuchen zu finden, aber das passiert alles nicht.

Eine erweiterte Aufgabe, die auch ein der Vertrag aus dem Jahre 2008 halt zum Beispiel

ja gar nicht im Blick hat, sind zwei Sachen nur als Beispiel. Inist, dass in meinem Erleben nimmt die Anzahl der psychisch belasteten Personen in der Beratung erheblich zunimmt. Das ist überhaupt nicht abgebildet in unserem Aufgabenfeld. Also da geht es ja nur um die monetären Schulden und dann muss man sich ein bisschen mit den Gläubigern rumverhandeln und dann schickt man die am besten ins Insolvenzverfahren,

dann ist gut. Aber dass das natürlich alles viel, viel komplexer ist und die psychischen Belastungen, also das können wir gar nicht auffangen. Das ist also ein ganz wichtiger Punkt.

Und zweites ein weiteres Beispiel:, Schuldnerberatung ist im Wesentlichen Existenzsicherung,

also das ist, glaube ich, so beim Senat in dieser Deutlichkeit, glaube ich, auch nicht so bekannt. Und die Hartz-IV-Gesetzgebung und Entwicklung und überhaupt

die soziale Kälte, die da in den letzten Jahren eingezogen ist, die belasten unsere Arbeit sehr und erhöhen auch ganz platt unseren Aufwand.

Ich nenne es ja die legale Sauerei, nämlich die den Paragraf 43 SGB II, die Aufrechnung.

Also ich würde mal sagen, ich mache keine Statistiken dazu, aber mindestens ein Drittel, eher mehr, der Menschen, die bei uns in der Beratung sind, haben massive Probleme nur aufgrund der Aufrechnung mit dem durch das Jobcenter. , alsoAlso

das Jobcenter mit eigenen Forderungen und die dann aufrechnen mit Paragraf 43, 10 Prozent, 30 Prozent, alles bekannt, vermute ich.

Einerseits, dann Dann gibt es noch die Sanktionsgeschichten, das ist ja auch ... und da sind wir so viel mit beschäftigt und haben noch nichts damit gemacht mit den anderen

Gläubigern, die bestehen, gemacht, also mit den anderen. Also wirklich, es geht einfach nur da... Doch, ehrlich gesagt, ich

Ich kann mich mit einem Ratsuchenden nicht über Schulden unterhalten im Sinne von Regulierung der Schulden, wenn der morgen nicht weiß, wie er seinen Kühlschrank

füllen soll, so. Und das findet sich in der aktuellen Situation überhaupt nicht kaum wieder, das ist allenfalls mal so ein Satz irgendwie in der

Aufgabenbeschreibung

oder ein Wort, ein Stichwort, Existenzsicherung, ja, gut, aber ... he, he. Und das ist also ein soweit dann sehr schlechter Zustand. Und da finde ich die Schuldenbremse



soweit wieder, als dass da auch nicht ansatzweise versucht wird, das aufzufangen. Und das wird aktuell versteckt in diesem Vertrag, entstanden durch die Ausschreibung.

Das ist auch insoweit fies, weil, es gibt jetzt seit einiger Zeit ja die Landesarbeitsgemeinschaft

Schuldnerberatung, für die ich jetzt spreche, Wegducken war ja das Thema, das bietet so ein bisschen die Möglichkeiten, also ich leite auch andere(?) Beratungsstellen, ich brauch den (...) aber gar nicht sagen, gut, wer mich googelt, hat das in einer Minute raus, aber formal spreche ich für die Energie, das ist natürlich ein Vorteil. Trotzdem wägt das bis heute nach, weil die große Angst ist, 2018 kommt die nächste Ausschreibung. Und dann geht es wieder ganz platt, das steht in irgend5 welchen Gesetzen, es wird mindestens dann die 40 Prozent sein wieder, wer ist der billigste. Da gibt es auch auf gewissen Ebenen keinen Austausch, völlig nachvollziehbar.

Also da guckt sich ja niemand in irgendwelche Karten rein und so weiter, das ist also ganz schwierig, was das betrifft. Und das wäre schon sehr hilfreich, davon

wegzukommen und noch einmal, wie gesagt, Schuldenbremse, diese Zahl Haushaltstitel, also, weil, das wäre ja ganz platt der Punkt, wieso gut dran(?), seit dann und dann ist das geblieben ...

Ach so, hatte ich vergessen zu sagen, da stimme ich dem den Vorrednern natürlich vollkommen zu. Eine, dass eine Einfrierung eines Titels Haushaltstitels ist natürlich eine de facto Kürzung ist, das ist ja klar, das wurde ja auch schon ganz oft gesagt, das mal nur ... dem schließe ich mich an, ist ja logisch. Wobei, das Perfide, doch noch kurz bekanntergänzt, ist etwa auch folgendes: , also ich ... In meiner Beratungsstelle

hat uns hatte dieses Jahr eine langjährige, sehr verdiente Kollegin uns verlassen, mehr aus private Gründen. In der Sache ist es total schade, absolut sehr bedauerlich, weil die wirklich gut gearbeitet hatte und langjährig dabei war. , aber Doch als Leitung einer Einrichtung habe ich mich unter dem finanziellen Aspekt total gefreut, weil, die neue Kollegin kriegt einen schlechteren schlechter bezahlten neuen Vertrag. Also. Und das ist perfide. Das nenne ich so, das ist perfide. Und es gab noch mal einen anderen Wechsel, das ist schon ein bisschen länger her, vor zwei Jahren, und ohne Quatsch, also wenn es diesen Wechsel nicht geben würde, also, aber das brauche ich hier gar nicht ausführen. Aber das – ja, aber so.

Deswegen jetzt mal eher zumZum Schluss vielleicht doch noch mal ein Wort zu den Wartezeiten, weil die ganz gerne immer politisch benutzt werden. Ich bin immer sehr – ich rolle dann mit den Augen, wenn ich das sehe, wenn das abgefragt wird und so weiter, dann werden irgendwelche Zahlen genannt werden. Viel spannender finde ich, wenn man das schon so nennt, ohne den Gesichtspunkt zu benennen, wie ist die Wartezeit überhaupt definiert ist. Nämlich das sind Statistisch erfasst werden nämlich nur die, die in der Beratung auch ankommen. Sprich die Zeit vom, sprich Erstkontakt, Zeit bis bis zum Erstgespräch. Aber all die, die in der Zwischenzeit verloren gehen, finde ich in der Wartezeit gar nicht wieder.

Ja, ja, nun. Das heißt, wenn ich natürlich eine Struktur schaffen würde, die unattraktiv ist, dann finde ich das zumindest nicht in der Wartezeit wieder. So.

(Zwischenruf: Das hängt vom Bedarf ab(?).)

Ja, ja. Wenn ich es richtig unattraktiv mache, dann senkt es sogar in die Wartezeit.

Na ja, aber dasDas nur mal so als Kommentar zum Thema Wartezeit. Also deswegen bin ich immer genervt, wenn das so ... ist eine Zahl, kann man sich angucken, aber ... Und auch genau dies, ja, esEs kommen ja nur die Ratsuchenden an, die beharrlich sind., Wartezeiten sprechen sich herum. Also, und wenn ich weiß, da(?)bei der Stelle X muss ich jetzt noch vier Y Monate warten oder was weiß ich wie lang, gehe ich erst gar nicht hin. Also ja, es ist klar, brauche ich gar nicht ausführen, aber Dieser Effekt ist so banal und gleichzeitig wird es er so oft vergessen, dieser Aspekt. Und das war mir noch wichtig einzubringen.

Formen Protest, und soweit zumZum Abschluss ein Wort zu den Formen des Protestes.

, also bBezüglich der BASFI selbst ist es gerade ein sehr mühsames Geschäft, 6

weil der Referent ständig wechselt oder die Referentin. Ansonsten werden wir am 03.12. ein sogenanntes Wahlhearing machendurchführen mit dem Titel „, quoQuo vadis Schuldnerberatung“, und das ist ja auch eine Form des Protestes, das überhaupt

zu thematisieren und dann die Kandidatinnen und Kandidaten mit den Fragen zu konfrontieren. Das ist jetzt für uns so ein bisschen der Versuch, jetzt vor der Wahl da ein bisschen wenig was zu bewegen. Ansonsten sind wir schon halt immer in dem Versuch, was zu piesacken. Aber was das große Ganze betrifft, haben wir zusammenfassend

noch mal gesagt, eigentlich eher den großen Stillstand. Und das ist auch in dem Bereich ... ich habe viele Sachen weggelassen, aber es Dabei ist so viel in Bewegung bei uns, also fachlich-inhaltlich, was zu tun wäre, und auch über Bedarfe

habe ich noch gar kein Wort drüber gesprochen, der ist ja da. Das ist eigentlich gar kein Zustand. Und von daher:, wer Interesse hat, am 03.12. ist, Wahlhearing, könnte werde ich auch was den Flyer hier auslegen., zZugegebenermaßen recht speziell, aber vielleicht doch hat der eine oder andere Interesse - herzlich willkommen.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Ja, vielen Dank. Artur hatte noch eine Frage, kurzen Augenblick noch.

**Artur Brückmann:** Ja, ich meine, weil jetzt, du bist Schuldnerberater und wir haben jetzt heute ganz viel über Schuldenbremse gesprochen und auch ganz viel über das Sparen, da an dich die Frage, was du denn dazu sagst, wenn man den Bereich von, dass da jetzt weniger Geld in diese ganzen Bereiche fließen soll, die wir gehört haben,

was das aus deiner Sicht mit Sparen zu tun hat oder ob wir nicht doch mal lieber uns auf einen anderen Begriff festlegen sollten, weil das auch in der öffentlichen Auseinandersetzung sehr relevant wäre.

**Matthias Butenob:** Ach, einen anderen Begriff. Ja, das ist ein langes Thema. Ich finde das sehr hübsch. Der Udo Reifner, ich weiß nicht, ob der bekannt ist, iff, institut für finanzdienstleistungen, der kann sich sehr lange darüber auslassen über Kredite und vor allen Dingen über die verantwortungsvolle Kreditvergabe. Die Antwort kommt noch, nämlich, in In einem herrlichen Buch zur Finanzkrise, den Titel habe ich jetzt prompt vergessen, zur Finanzkrise, ist schon zwei, drei Jahre alt, da stellt er in einem Kapitel sehr anschaulich dar, dass Kredite überhaupt nichts Schlimmes sind, dass Kredite überhaupt nichts Schlimmes sind. Also es ist ja so, du bist ja so ... diese

schwäbische Hausfrau, dieses fürchterliche Bild, so. Und es ist ja vordergründig merkwürdig, wenn ein Schuldnerberater sagt, nein, Kredite, finde ich in Ordnung, also völlig in Ordnung. Die spannende Frage ist nur, wofür, und ist es verantwortungsvoll

und was passiert in der Krise. Und noch ein paar andere Fragen, ich will das nur andeuten. Das sind die spannenden Kriterien. Die Kreditaufnahme als solches

ist erst mal nichts Ehrenrühriges. Das ist wirklich, nein, das ist wirklich, tatsächlich nur die Frage ...

(Zwischenruf)

– Hm?

(Zwischenruf: Es ist wirtschaftlich (...))

– Ja, volkswirtschaftlich, aber nein, es ist wirklich die ganz, bildlich. Folgendes Bild fällt mir jetzt ein, zu diesem, sagt : so sagt der Reifner also, wenn ich ein Auto kaufen muss, um mit diesem Auto zur zu einer Arbeitsstelle zu fahren, die ich nur auf diesem

7

Wege erreichen kann, und ich für dieses Auto dann einen Kredit aufnehmen muss, dann ist das ein zutiefst sinnvoller Kredit und das ist also super, warum nicht? Natürlich.

So.

(Zwischenruf)

– Ja, aber das ist also ... ist ja hübsch. Deswegen, merkwürdig für einen Schuldnerberater,

aber ich würde niemandem einen Kredit ausreden. , ilch würde nur sehr, sehr genau fragen, wofür denn eigentlich. Also, das ist vielleicht ... also. Und das fasst ja ein bisschen etwas zusammen, vielleicht doch. Also, wie gesagt, Der Titel des Buches fällt mir wieder ein: Udo Reifner, „Die Geldgesellschaft“, so heißt das Buch. Kann ich nur empfehlen.

**Norbert Hackbusch, MdHB:** Gut, vielen Dank. Ich möchte mich bei allen hier bedanken,

die so viel Zeit und so lange geblieben und so viel Aufmerksamkeit. Ihr merkt selbst am letzten Beitrag noch, wie wertvoll das war, so lange auch durchzuhalten

und die verschiedensten Aspekte, die da drin sind, in gewisser Weise aufzunehmen.

Die sind für uns ja auch besonders bedeutend und wir versprechen, dass

wir nicht nur das Ganze verschriftlichen und dementsprechend für die Nachwelt auch gut erhalten und nicht nur für unseren Kopf heute Abend, sondern auch, das in den Auseinandersetzungen, die wir praktisch im Haushalt haben jetzt in der nächsten Zeit und auch in die Zeit danach auf jeden Fall mit unterbringen werden. Das ist das Versprechen

von uns. Und jetzt wünsche ich noch einen schönen Abend. Tschüss